

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich bei Anfall der Lieferanz für die höhere Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.— Mark monatlich zuzüglich Zustellgebühr Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Titelvorschriften ohne Verbindlichkeit

Redaktion und Verlag: Berlin SW 10, Inselstr. 8a. Fernruf: P 7 Jannowitz 5909. Postcheckkonto Berlin Nr. 204 60 (Internationale Verlagsanstalt G m b H.).

NUMMER 307 A

BERLIN • Freitag, den 27. Januar 1933

2. JAHRGANG

Polizeikrieg gegen Links.

Überall Tote durch polizeiliche „Schutzmaßnahmen“.

Das Presseamt des Dresdner Polizeipräsidioms teilt nachts gegen 3 Uhr mit:

„Im Kegler-Heim auf der Friedrichstraße fand gestern Abend eine Versammlung des Kampfbundes gegen den Faschismus mit dem Oberleutnant a. D. Frädrich als Redner statt. Da Frädrich auch in dieser Versammlung wieder in außerordentlich gemeingefährlicher Weise zu Tötlichkeiten aufforderte, wurde die Versammlung von dem überwachenden Beamten der politischen Abteilung aufgelöst. Da der polizeilichen Aufforderung zum Verlassen des Saales nicht nachgegeben wurde, wurde von vorsorglich bereit gehaltenen uniformierten Polizeibeamten vor dem Podium eine Sperrkette gebildet, die mit der Räumung des Saales zunächst ohne Anwendung des Gummiknüppels begann. Im gleichen Augenblick setzten insbesondere auf den Galerien Sprechchöre ein: „Wir bleiben da! Sitzen bleiben!“ u. s. w. Auch wurde von den Galerien herab mit Biergläsern, Aschenbechern, Stühlen u. s. w. nach den den Saal räumenden Beamten, die teilweise dadurch auch getroffen wurden und denen auch im Saal stärkerer Widerstand entgegengesetzt wurde, geworfen. Gleichzeitig wurde von Versammlungsbesuchern auf den Galerien auf die Beamten scharf geschossen.“

In der Notwehr machten die Beamten nunmehr von der Schußwaffe Gebrauch. Diese Gegenwehr hatte

neun Todesopfer

und, soweit sich bis jetzt hat feststellen lassen, elf Verletzte zur Folge.“

Den Anlaß zur Auflösung der Versammlung soll eine Bemerkung des Redners, Frädrich, gegeben haben, der von dem Kampf „gegen die nationalsozialistischen Mordbanden“ gesprochen hatte. Die Kommunisten bestreiten, daß von den Galerien herab auf die Beamten geschossen worden sei.

Wie im Zusammenhang mit dem schweren Zusammenstoß weiter mitgeteilt wird, hatte sich bereits am Mittwoch nachmittag in den Straßen der Stadt eine rege kommunistische Tätigkeit bemerkbar gemacht. Von Sammelplätzen in verschiedenen Stadtteilen aus waren Demonstrationzüge nach dem in der Johannstadt gelegenen Bönisch-Platz gezogen, wo eine antifaschistische Kundgebung stattfand, zu der das kommunistische Dresdener Organ „Arbeiterstimme“ in den letzten Tagen aufgefordert hatte. Während der Anmarsch und die Kundgebung selbst ohne größere Zwischenfälle verliefen, gab es gleich nach Beendigung die ersten Zusammenstöße mit der Polizei. Ein großer Teil der Kundgebungsteilnehmer wollte im geschlossenen Zuge das Kegler-Heim erreichen, um dort an der Frädrich-Versammlung teilzunehmen. Da die Kommunisten auf dem Marsch hochverräterische Rufe ausstießen und verbotene Lieder sangen, sah sich das begleitende Polizeikommando genötigt, den Zug aufzulösen. Als sich die Kommunisten aber immer wieder zusammenrotteten, gingen die Beamten schließlich mit dem Gummiknüppel vor.

Wie von der Polizei mitgeteilt wird, befinden sich unter den Toten und Schwerverletzten keine Polizeibeamten.

Diese polizeiliche Meldung spricht ohne nähere Erklärungen für sich. Wir berichten an anderer Stelle über die Erschießung dreier Teilnehmer an einem kommunistischen Demonstrationzug in Köln, die genau das gleiche Bild zeigt, und auch das Verhalten der Berliner Polizei bei der Sonntags Provokation der Nazis und bei der Mittwoch-

Staatsnotstand, Staatsnotwehr und Staatsstreich.



barere Formen an; im Reichsverwaltungsblatt, das von hohen Staatsbeamten herausgegeben wird, heißt es dazu u. a.:

„Das Reichsgericht hat gewisse außerhalb des Artikels 48 und überhaupt außerhalb des Gesetzes stehende Akte gegen Einzelangriffe auf den Staat als Rechtsform und gegen seine verfassungsmäßigen Organe als Träger der Staatsgewalt prinzipiell anerkannt. Es geht dabei von den Gedanken aus, daß dem Staate und seinen Organen gestattet sein muß, was jedem beliebigen Bürger zur Befreiung eines anderen oder seiner selbst aus einer Notlage erlaubt wird. Es hat daher ein Notwehrrecht gegen derartige Angriffe auch außerhalb des Artikels 48 anerkannt.“

Nun kommt also zum „Staatsnotstand“ noch der Begriff der „staatlichen Notwehr“; wir zweifeln nicht, daß gefällige Juristen noch einiges zur Bemäntelung von Verfassungsbrüchen leisten werden.

Goebbels

erklärte am Mittwoch in einer Rede in Gleiwitz, wenn man nach dem Sturz Schleichers noch einmal an der NSDAP vorbeigehen würde, dann würde der nächste Kanzler nur wenige Tage die Geschicke Deutschlands leiten.

Die Deutschnationale Volkspartei

hat auf die bereits von uns gemeldete Entschließung gegen Schleicher noch eine Erklärung folgen lassen, aus der deutlich hervorgeht, daß ihr die Bemühungen Schleichers, auch andere Leute als Arbeitermörder und Osthilfeschlucker an der Gestaltung der Geschicke des deutschen Volkes teilnehmen zu lassen, unerträglich ist. Daß sie in dieser Erklärung die Regierung Brüning für die Mißstände in der Osthilfe verantwortlich macht, für die offenkundig zum großen Teil die deutschnationalen Barone und auch wohl Herr von Braun verantwortlich sind, erwähnen wir hier nur als eine Kennzeichnung ihrer eifelturmhohe Unverschämtheit.

Demonstration der Kommunisten war das gleiche, wenn auch hier, dank der (schwer aufzubringenden) Disziplin der Berliner Arbeiterschaft, am Mittwoch lediglich der Gummiknüppel der mindestens nervösen, wenn nicht sogar — was wir eigentlich glauben — durch ihre Vorgesetzten besonders scharfmacherisch instruierten Polizisten in Tätigkeit trat. Auch hierüber bringen wir Näheres an anderer Stelle.

Die linke Arbeiterschaft ist von der Polizei eines kapitalistischen Staates selbstverständlich noch niemals mit Sympathie behandelt worden. Die linke Arbeiterschaft legt darauf auch keinen gesteigerten Wert. Worauf sie aber Wert legt, und

worauf sie ein Recht hat, das ist eine gleichmäßige Behandlung aller Staatsbürger.

Eine schreiende Ungerechtigkeit liegt in der Tatsache, daß gegen Arbeiterdemonstranten fortwährend eingeschritten wird, weil sie „hochverräterische Rufe ausstoßen oder verbotene Lieder singen“. Was insbesondere das Verbot von Liedern betrifft, so ist die Aufforderung in den nationalsozialistischen Kehrreimen, die sich z. B. der Berliner Polizeipräsident Melcher persönlich angehört hat, ohne einschreiten zu lassen, sowohl hochverräterisch als auch lumpenhaft schmutzig.

Eine Polizei deren leitende Beamte so offenbar unzuverlässig sind, und zwar unzuverlässig in bezug auf Anwendung gerechter Maßstäbe, während sie im Sinne reaktionärer Macht-

Der Bayerische Industriellenverband fordert politischen und wirtschaftlichen Burgfrieden für ein Jahr, damit in Ruhe ein Arbeitsbeschaffungsprogramm durchgeführt werden könnte.

Angesichts der Drohungen der Deutschland beherrschenden Kreise mit der offenen Konterrevolution unter dem Namen „Notstandsabwehr“ hat der Parteivorstand der SPD und der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion folgenden Beschluß gefaßt:

„Der Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion erheben schärfsten Protest gegen den Plan der Proklamierung eines sogenannten staatlichen Notstandsrechts. Seine Verwirklichung würde auf einem Staatsstreich hinauslaufen, der dem Volk seine verfassungsmäßigen Rechte raubte und jenen Cliquen zugute käme, die ohne Rücksicht auf die Gesamtheit und vor allem auf die Arbeiterklasse ihre Sonderinteressen vertreten und dabei die Kritik des Parlaments zu scheuen alten Grund haben.“

Ein solcher Staatsstreich würde einen rechtlosen Zustand schaffen, gegen den jeder Widerstand erlaubt und geboten ist.“

Ein solcher Widerstand hat natürlich nur dann Aussicht auf Erfolg, wenn er durch eine einzige Arbeiterschaft in die Wege geleitet wird.

Und die Regierung?

Wie die Schleicher-Regierung erklären läßt, wird der Staatssekretär der Reichskanzlei, Planck, in der Freitag-Sitzung des Ältestenrates ausdrücklich erklären, daß die Regierung sich mit einer weiteren Vertagung — auch wenn sie hinter technischen Schwierigkeiten sich verstecken sollte — nicht einverstanden sein wird.

Unser Urteil zu den Schwierigkeiten der politischen Situation haben wir häufig gesagt: Ohne eine durchgreifende Aktion in Richtung auf die sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft bleiben alle Eingriffe in die Wirtschaft und Politik Stümperei. Wie weit die Arbeiterschaft entfernt ist von einer Organisiertheit zur aktiven Durchsetzung ihres sozialistischen Ziels, davon geben die erfolgreichen Aktionen der herrschenden Gewalten gegen die Arbeiterschaft, von denen wir heute berichten, ein eindrucksvolles Zeugnis — allerdings geht auch immer wieder daraus hervor, daß der Abwehrwille der Arbeiterschaft keineswegs erloschen ist, sondern daß es nur eines beherzten Anstoßes bedarf, um den heute in kleine Rinnsale aufgeteilten Strom der Arbeiterkraft in ein gemeinsames Bett zu leiten.

haber natürlich zuverlässig sind. — eine solche Polizei darf sich nicht wundern, wenn ihr durch die Arbeiterschaft ihr gewiß nicht einfacher Beruf nicht erleichtert wird, sondern jeder vernünftige Mensch sie für bloße Aufrechterhalter einer zu verachtenden Ordnung hält.

Die proletarischen Schutzorganisationen, wie die Internationale Hilfs-Vereinigung und die Rote Hilfe, sollten Aktionen einleiten zur

gerichtlichen Bestrafung der Verantwortlichen an der leichtsinnigen Draufloskullerei durch die Polizei. Weiter sollten die Vertreter der Arbeiterschaft, wo sie darauf Einfluß haben, auf die

Entlassung oder andere disziplinarische Bestrafung solcher Diener der Reaktion dringen.

Gewiß werden durch solche Schritte nicht die heutigen Zustände bis auf das notwendige Maß einer gerechten Staatsordnung gebracht werden. Aber es heißt das Rechtsgefühl und die Kampfbereitschaft der Arbeiterschaft auf das empfindlichste abtumpfen, wenn solche Dinge einfach lediglich mit Worten kritisierend abgetan werden.

Wir wir hören, erwägt die Regierung, angesichts der Vorfälle in Dresden, die schon vor einigen Wochen angekündigten verschärften Maßnahmen gegen politische Verhetzung durchzuführen.

Vulkan: Italien-Jugoslawien-Frankreich brodet.

H. M. Alle Hoffnungen auf Verständigung zwischen Italien und Frankreich sind jetzt vorläufig im Schwinden. Der französische „Friedensapostel“ de Jouvenel hat zwar bereits am ersten Tage nach seiner Ankunft in Rom die Ausstellung der faschistischen Revolution besucht. Aber die faschistische Presse läßt sich durch derartige Demonstrationen nicht betören. Mehr als mit dem Besuch, beschäftigt sie sich mit dem vor einigen Tagen im „Temps“ erschienenen Artikel, in dem es hieß, mit der Ernennung des neuen französischen Botschafters in Rom würden die italienisch-französischen Verhandlungen wahrscheinlich schneller vorwärtskommen. Man dürfe aber dabei niemals aus den Augen verlieren, daß alles vermieden werden müsse, was die Staaten der Kleinen Entente beunruhigen könnte.

Die Antwort der italienischen Presse auf diese Feststellung ist außerordentlich scharf. Man mache, so schreibt das halbamtliche „Giornale d'Italia“, die Entwicklung der französisch-italienischen Beziehungen davon abhängig, daß Italien die

gegenwärtige politische Lage und Haltung Serbiens als gegeben betrachte.

„Wir erwidern dem ‚Temps‘ sofort, daß bei seinen Bedingungen

von einer Klärung der Beziehungen zwischen Italien und Frankreich gelegentlich der Ankunft des neuen französischen Botschafters in Rom gar nicht erst geredet werden kann.

Vor allem denkt Italien durchaus nicht daran, seine Rechte und seine Stellung in Europa und der Welt denen Serbiens unterzuordnen, und es nimmt die Abstufung der Werte, wie sie das französische Organ beliebt, nicht an. Ferner gedenkt Italien keineswegs, sich mit der Politik Serbiens und der Kleinen Entente solidarisch zu erklären, so wie sie heute ist und wie die französischen Zeitungen sie darstellen und verteidigen.“

Nachdem „Giornale d'Italia“ so den Weg gewiesen hat, folgen die anderen Zeitungen. Jeder Hieb gegen Jugoslawien richtet sich auch gegen Paris, das Jugoslawien unterstütze und mit Waffen versorge.

In den Zeitungen wird offen und wiederholt vom Krieg gesprochen.

Die Bedeutung dieses Pressefeldzuges darf nicht unterschätzt werden.

Die inneren Wirrnisse in Jugoslawien sind so ernst, daß ein Krieg der einzige Ausweg zu sein scheint.

Nicht nur in Jugoslawien! Wie wir von Italienern, die mit der Lage im Lande vertraut sind, auf Umwegen erfahren, ist

die Lage in Italien so kritisch, daß auch dort der Krieg als der einzige Weg aus den innenpolitischen Schwierigkeiten betrachtet wird.

Keine Nationalregierung in Südafrika.

General Smuts brachte im südafrikanischen Parlament einen Mißtrauensantrag gegen die Regierung Hertzog ein und forderte eine „Nationalregierung“ nach dem Vorbild Großbritanniens.

General Hertzog brachte als Antwort darauf einen Antrag ein, in dem seiner Regierung das Vertrauen ausgesprochen wird.

Die neueste japanische Volkszählung

hat, wie das staatliche statistische Büro in Tokio mitteilt, zu folgendem Ergebnis geführt, das wir durch Mitteilung einiger Vergleichszahlen über China und Europa ergänzen:

	Einwohnerzahl	Bevölkerungsdichte
Japan mit Kolonien (Formosa, Korea, Süd-Sachalin, Kwantung u. a.)	90,4 Millionen	134 pro qkm
Eigentliches Japan	64,15 Millionen	169 pro qkm
China (Schätzung 1930)	174 Millionen	43 pro qkm
Europa	498 Millionen	44 pro qkm
Deutschland	63,2 Millionen	134 pro qkm

17 koreanische „Kommunisten“ wurden von der japanischen Polizei verhaftet. Sie sollen mit einer kommunistischen Zentrale in Schanghai zusammengearbeitet und die Gründung einer KP in Korea versucht haben.

In einer Sitzung des japanischen Kabinetts am Mittwoch berichteten der Innen- und der Justizminister über die innenpolitische Lage. Es wurde beschlossen, zwecks schärferer Bekämpfung der marxistischen Ideen in Japan ein „Sondergesetz zum Schutze der nationalen Gesinnung der Nation“ zu erlassen. Ein Schlaglicht! Der japanische Imperialismus führt seinen Eroberungskrieg auf dem Vulkan einer furchtbaren Bauern-Massennot.

Streik wegen Lohnrückstände.

In Lodz (Polen) sind die Arbeiter der Textilfabrik Widzewska Manufakturen in den „italienischen Streik“ getreten, um so die Auszahlung der 100 000 Mark zu erzwingen, die die Firma ihnen an rückständigem Lohn schuldet. Die Arbeiter weigern sich, die Fabrik zu verlassen, haben aber die Arbeit niedergelegt. Die Fabrik wurde durch Polizei geräumt, und mehrere Arbeiter wurden dabei verhaftet.

Die Internationale Konferenz für die Einführung der 40-Stunden-Woche hat am Mittwoch ihre Arbeiten beendet. Der Bericht der Konferenz wird der Maisitzung des Internationalen Arbeitsamts, auf der Einzelheiten einer Konvention für die Einführung der 40-Stunden-Woche beraten werden, und der Weltwirtschaftskonferenz überwiesen werden.

„Winterhilfe“.

Das wahre Gesicht kirchlicher „Wohlfahrtspflege“.

Wie die Kirche das Werk der Winterhilfe für ihre eigenen Interessen auszubeuten versucht, geht aus einem Aufruf des Pfarrers Keil in Lauscha hervor. Darin wird gesagt, daß am 10. Januar 1933 eine Notstandsküche eröffnet werden soll, woran

nur Mitglieder der evangelischen Kirchengemeinde

teilnehmen können. Persönliche Meldungen sind zwecklos, nur schriftliche können berücksichtigt werden. Der Zweck dieser Maßnahme wird aus den folgenden Sätzen klar: „Wir machen ausdrücklich darauf aufmerksam, daß wir die Frage der Bedürftigkeit einer sehr genauen Prüfung unterziehen werden. Auch scheiden von vornherein alle diejenigen aus, die zwar formell zur Kirche gehören, sich aber in kirchenfeindlichem Sinne betätigt oder öffentlich geäußert haben. Bei schriftlichen Meldungen sind genau anzugeben: Name, Wohnung, Zahl und Alter der Kinder, ob Wohlfahrts-, Krisen- oder Arbeitslosenunterstützungs-Empfänger. Pfarrer Keil.“ — Es ist direkt schamlos, wie hier die Not der Thüringer Heimarbeiterbevölkerung zur Gewissens- und Gesinnungsknechtung ausgebeutet wird. Die beiden

Pfarrer von Lauscha sind Mitglied der Hitler-Partei.

Bei der Einsammlung der Mittel für die evangelische Winterhilfe werden die Spender natürlich nicht einer so strengen Prüfung auf Herz und Nieren unterzogen, dann huldigt man vielmehr dem Grundsatz: Non olet! (Geld stinkt nicht)

Deutsche Schuldige am nächsten Krieg. Kriegshetze im Rundfunk.

„Man habe hier im Osten ein Kleinod aus der deutschen Krone gebrochen. Ein Rest sei uns aber geblieben, und diesen Rest gelte es zu schützen und zu erhalten, bis das Verlorene wieder an seinen Platz angefügt werde.“

Bis dahin gelte es, die schutzlose Grenze mit den besten Kräften zu schützen. Die körperliche und die seelische Erziehung der Grenzbevölkerung sei ihm daher stets als höchste Aufgabe erschienen. Nur mit wehrhaften Männern könne die Grenze verteidigt werden. Die Provinz Grenzmark sei ein Übergangsgebilde, dem ein ewiges Bestehen zu wünschen, Wahnsinn wäre. Er hoffe, daß der Tag nicht mehr fern sei, an dem die Einheit des deutschen Ostens aufs neue begründet werde.“

So gesprochen von dem Oberpräsidenten der Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen, Dr. von Bülow,

in einer Rundfunkansprache,

in der er sich von der Grenzbevölkerung verabschiedete, da er in den Ruhestand tritt.

Arbeiter, bestellt den Rundfunk ab, dieses Instrument zur Verbreitung von Kriegshetzen und Propagandaorgan der Reaktion!

Bauernsiedlung in Pommerellen.

Der polnische Ministerrat hat einen Gesetzentwurf gebilligt, wonach den polnischen Bauern, die in den letztvergangenen Jahren in Pommerellen angesiedelt worden sind, Zahlungsaufschub auf unbestimmte Zeit gewährt wird. Das bedeutet praktisch, daß den Siedlern ihr Land übereignet wird. In den Grenzgebieten Galizien und Kongreßpolen sind bereits früher die gleichen Maßnahmen ergriffen worden.

Rumänisches Finanzabkommen mit dem Völkerbund.

Das Genfer Protokoll, das Rumänien wirtschaftlich zu einer Kolonie des Völkerbundes gemacht hatte, ist zwar nicht unterzeichnet worden. Statt dessen ist aber jetzt zwischen der rumänischen Regierung und dem Völkerbund ein Abkommen zustande gekommen, das praktisch den Völkerbundsmächten die gleichen sehr weitgehenden Vollmachten in Rumänien einräumt, obwohl Rumänien keine Finanzhilfe, sondern nur technisches Zusammenarbeiten mit dem Völkerbund beantragt hatte. Das Abkommen kann jederzeit gekündigt werden, falls die rumänische Regierung die Finanz- und Verwaltungsreform, die vom Sachverständigen-Aus-

schuß des Völkerbundes gefordert worden ist, schneller als in vier Jahren durchgeführt hat. Auf Vorschlag des Völkerbundes muß die rumänische Regierung ausländische Sachverständige für Finanz- und Wirtschaftsfragen ernennen. Der Rumänischen Nationalbank wird ein ausländischer „Berater“ beigegeben, der das Recht hat, die Ausführung des Reformprogramms zu überwachen. Alle anderen Sachverständigen sind ihm unterstellt. Dieser „Berater“ wird also praktisch der Herrscher Rumäniens werden. Er hatte alle drei Monate einen Bericht über die Finanz- und Wirtschaftslage in Rumänien an den Völkerbund zu erstatten. Die finanziellen Lasten des Sachverständigen-Apparates hat — selbstverständlich — die rumänische Regierung zu tragen.

Schuldenregelung und Wirtschaftskrise.

Der britische Botschafter in Washington überbrachte dem amerikanischen Staatssekretär Stimson eine an Roosevelt gerichtete Note der britischen Regierung, in der diese erklärt, sie sei gern bereit, wirtschaftliche Fragen mit der Regierung der USA zu erörtern, müsse aber Entscheidungen über die die Weltwirtschaftskrise betreffenden Punkte der Weltwirtschaftskonferenz überlassen.

Präsident Hoover betonte in einer Pressekonferenz noch einmal den Standpunkt der amerikanischen Regierung, daß die Währungsfrage eine der wichtigsten Voraussetzungen zur Überwindung der Wirtschaftskrise sei. Wenn die Währungen nicht stabilisiert würden, würden die USA gezwungen sein, die Zolltarife weiter zu erhöhen.

Die britische Regierung hat angeblich, vielleicht wegen des englisch-französischen Freundschafts-Abkommens, bei der amerikanischen Regierung die sofortige Einbeziehung Frankreichs zu den Schuldenverhandlungen verlangt. Der englische und der amerikanische Botschafter in Paris haben mit dem französischen Ministerpräsidenten eine Unterredung über die Schuldenfrage gehabt.

Gefälschtes Geld in Höhe von 50 000 Schilling wurde in Oesterreich von der Polizei entdeckt. Das Geld befand sich in mehreren Paketen bei einem Geschäftsmann, der angab, daß es für ein bevorstehendes großes Geschäft bestimmt sei. Als die Polizei die Pakete untersuchte, fand sie, daß das Geld gefälscht war. Die Nationalbank erklärte, daß die Fälschung außerordentlich geschickt ausgeführt sei. Zwei Personen sind unter dem Verdacht, an der Fälschung beteiligt gewesen zu sein, festgenommen worden.

Mit dem Fahrrad über die Alpen.

Von Otto Pfothhauer.

Lockerung der Bodensperre.

Die Badesaison hat noch nicht begonnen, darum können wir „gewöhnlichen Sterblichen“ auch noch den Lidostrand genießen. Wir stürzen uns in die blauen Fluten der Adria und schwimmen, daß es nur so eine Lust ist. Das Wasser ist noch etwas kühl, aber dafür haben wir das Meer in seiner natürlichen Reinheit, ohne das üble Beiwerk der angemalten, übergeschnappten Modedamen, die sonst mit ihren Kavaliern die Zeit hier totschielen.

Der Heimweg.

Der Heimweg führt uns über Verona, — wo noch die größte und am besten erhaltene alte Arena Italiens zu sehen ist, — am Gardasee entlang auf die Brennerstraße, über Trient und Bozen nach Innsbruck. Von Innsbruck fahren wir über den steilen Ziller Berg nach Mittenwald, dann am Walchensee vorbei nach München; und von hier aus sind wir in wenigen Tagen wieder in Weimar. — 31 Tage hat die ganze Fahrt gedauert.

Gardasee!

Unvergesslich bleiben uns die Eindrücke vom Gardasee. Die neue Autostraße zwischen Gardone und Riva, die in mehr als 70 gesprengten Tunnels durch die steilen Uferfelsen führt, ist ein Wunderwerk moderner Straßenbaukunst. Hier am Gardasee verstanden wir erst so richtig die ewige Sehnsucht der Deutschen nach dem Süden; denn hier ist Licht und Farbe, Sonne und Wärme, ewiges Blühen und Fruchtbarkeit in schöner Harmonie vereint. Schlanke, dunkle Zypressen stehen an den kristallklaren, blauen Fluten. Kleine, flotte Schiffechen mit gelben, braunen und roten Segeln ziehen zwischen den

weißen Wellenkämmen in die Ferne. Die Zitronen blühen und reifen in geschützten Buchten; Oliven- und Orangenhaine beleben die Hänge, weiter oben wachsen Reben und edle Kastanien bis hinauf an den Bergwald, der den grünen Übergang bildet in die schneebedeckten Höhen.

Als „Nutznießer“ der Krise.

Die großen Hotelunternehmungen in Riva, die bisher fast nur vom deutschen Fremdenverkehr existiert haben, sind infolge der Wirtschaftskrise und der deutschen Devisenbestimmungen in eine schlimme Not gekommen. — So kam es, daß wir armen, einfachen Radfahrer von den Hoteldienern in die Hotels hineinkomplimentiert wurden, wie es vor Jahren vielleicht nur mit den Insassen der Luxusautos geschehen ist. Wir sollten uns nur ganz unverbindlich die Hoteleinrichtungen ansehen. Wir hatten nichts dagegen. Zimmer wurden uns zu „jedem, annehmbaren Preise“ zur Verfügung gestellt, und man konnte noch handeln. Dabei standen uns Lift, Lese-, Schreib- und Musiksalon, erstklassige Badeeinrichtungen zur freien Verfügung. Jugendherbergen gibt es in Italien nicht, und so war es wie ein gerechter Ausgleich, wenn wir z. B. für 4 Lire (85 Pfennig) einige Male schöne Hotelzimmer bekamen.

Der Druck des Faschismus.

Selbst der letzte Tag in Italien führte uns noch zweimal den kriegerischen Glanz der Faschistendiktatur deutlich vor Augen. Es war einer der vielen Nationalfeiertage. In Bozen fand eine große Parade unter Anwesenheit eines Prinzen statt. Aus ganz Südtirol war die faschistische Jugend zusammengekommen. Gravitätisch stolzierten die Doppelposten der Karabinieri in ihren Galauniformen über die Straßen. Ein Kellner sagte uns über die Karabinieri im Vertanen, daß sie deswegen stets zu zweien gingen, weil der eine nicht lesen und der andere nicht schreiben könne. Wenn diese Behauptung auch sicherlich stark übertrieben ist, so zeigt sie doch — was uns auch sonst immer im vertraulichen Gespräch

mit dem einfachen Volke bestätigt wurde —, daß die Polizei-, Spitzel- und Gewalt Herrschaft Mussolinis nur Haß und heimliche Auflehnung bei der unterdrückten Klasse zur Folge hat. In einem kleinen Städtchen versicherten uns junge Arbeiter, die erst vor kurzem aus dem Militärdienst entlassen worden waren, daß bald der Tag kommen werde, da selbst Mussolinis Gefängnisse für die revolutionären Arbeiter nicht mehr ausreichen würden.

Den riesigen Ausgaben für das Militär steht die erdrückende Armut des Volkes gegenüber. Eine Eisenbahnerfrau, deren Mann in Deutschland geboren ist, klagte uns, wie gern sie nach Deutschland möchten, daß sie aber von der Regierung keine Ausreisegenehmigung bekämen; der Mann hätte durchschnittlich elf bis zwölf Stunden Dienst am Tage, und dabei müßten sie mit ihren Kindern noch in großer Armut leben.

Am Brennerpaß konnten wir zunächst nicht weiter, weil gerade ein militärischer Aufmarsch stand. Infanterie, Maschinengewehrabteilungen, Polizeitruppen, Kriegervereine und faschistische Jugend marschierten in einem Zuge bis direkt an die Grenze und stellten sich hier in der Richtung nach Norden auf. Ein Offizier hielt eine Rede, dann wurde das Nationallied gesungen. Während dieser Feier war die Grenze gesperrt. Gleichgültig sahen die österreichischen Grenzbeamten herüber.

Kalter Abschied von den Alpen.

Ohne eine Hochtour wollten wir die Alpen nicht verlassen. So stiegen wir von Mittenwald aus ins Karwendelgebirge. Diese Hochtour hätte bald ein tragisches Ende für uns genommen. Das Wetter war schlecht. In der Nähe des Gipfels gerieten wir in Nebel und Schneesturm. Einer unserer Kameraden rutschte über ein großes, fast senkrechtes Schneefeld ab und blieb — wie durch ein Wunder — vor dem Abgrund hängen. Frierend und vom Schnee ganz durchnäßt mußten wir abwärts klettern; die erhoffte Sicht vom Gipfel blieb uns vorsagt. (Schluß folgt.)

Hinterhältige Manöver gegen KP.

Mordprozeß Guhl.

Hk. Der Kommunist oder ehemalige Kommunist Guhl, gegen den das Schwurgericht beim Landgericht II in Berlin eine Woche lang verhandelt hat, wurde vor einigen Tagen

zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt. Die Anklage lautete auf vollendeten Mord in einem und auf versuchten Mord in zwei Fällen. Das Urteil lautete auf gemeinschaftlichen Totschlag.

Es handelt sich um die Ermordung des Gastwirts Böwe, des Inhabers eines kurz vor der fraglichen Tat in der Richardstraße in Neukölln aufgemachten Nazilokals. Die Errichtung dieses Lokals im September 1931, „ausgerechnet in dieser Gegend“, hatte, wie der Gerichtsvorsitzende feststellte, die Neuköllner Arbeiter äußerst gereizt. Am 15. Oktober 1931 ist ein Feuerüberfall verübt worden, bei dem heftig in das Lokal hineingeschossen worden ist. Während dieses Ueberfalls zog ein Trupp Kommunisten durch die Richardstraße und demonstrierte gegen den Nazistützpunkt in dem Arbeiterviertel. Der Wirt wurde erschossen, ein paar Nazis wurden verletzt.

Wegen dieses Ueberfalls ist vor längerer Zeit gegen 22 Angeklagte verhandelt worden. Der Prozeß endete damit, daß keiner der Angeklagten für schuldig befunden wurde, unter den Schützen gewesen zu sein. Es wurde lediglich eine Reihe von Gefängnisstrafen wegen Landfriedensbruchs verhängt. Guhl war nach Rußland geflohen, kehrte von dort im September vorigen Jahres zurück und wurde ein paar Tage später verhaftet.

Auf Grund dessen, was ich selber in dem Prozeß angehört habe, und dessen, was in der Presse darüber berichtet worden ist, sehe ich nicht, wie der Nachweis des gemeinschaftlichen Totschlags gegen den Angeklagten geführt werden könnte. Die Meldung über das Urteil schweigt sich darüber aus. Der Nachweis, die tödliche Kugel stammte aus einer von Guhl geführten Waffe, ist mißlungen. Guhl ist deswegen nicht wegen Totschlags, sondern lediglich wegen gemeinschaftlichen Totschlags verurteilt worden. Wir behalten uns vor, auf das Urteil selber zurückzukommen, wenn uns Näheres über seine Begründung bekannt ist. Die Strafe hat jedenfalls eine Höhe, die bisher gegen Nazis in Totschlagsfällen nie erreicht wurde.

Wichtiger an dem Prozeß sind aber einige politische Erfahrungen.

1. Spitzel haben ihre Hand im Spiel.

Ein gewisser Richard Hamann, jetzt Nazi, trieb sich damals in verschiedenen kommunistischen Organisationen herum, war am 15. Oktober 1931 beteiligt und hat ausgesagt, die Täter seien RFB-Leute gewesen. Ein unparteiischer Zeuge, der während der Schießerei in dem beschossenen Lokal war, hat ausgesagt, daß vorher jemand in dem Lokal Andeutungen gemacht hätte, daß ein Ueberfall bevorstünde; dieser Jemand hat, zur Rode gestellt, wie er zu diesen Andeutungen komme, gesagt:

er wisse doch Bescheid, er sei ja als Spitzel bei den Kommunisten.

2. Fahnden nach einer angeblichen kommunistischen Feme.

Der Angeklagte machte eine Bemerkung, nach seiner Rückkehr sei er wahrscheinlich von Kommunisten der Polizei „verpiffen“ worden. Der Vorsitzende preßt den Angeklagten, mehr zu sagen: es gehe um seinen Kopf; er solle sagen, was er wisse, ohne jede Rücksicht auf die Partei und die Parteigenossen. Guhl weiß aber nichts Greifbares. Der Staatsanwalt bohrt nochmal: ob Guhl sich bedroht fühle und deswegen nicht mehr sagen wolle? Dann solle er das sagen;

vielleicht ließe sich etwas unternehmen, um Guhl gegen die Bedrohungen zu schützen. Es kommt aber nichts weiter aus Guhl heraus.

3. Jagd auf Rechtsanwalt Litten und kommunistische Nebenorganisationen.

Ein qualendes Bohren vollführen Vorsitzender und Staatsanwalt, um aus Guhl herauszukriegen, wer seine Flucht nach Rußland organisiert habe. Guhl weiß nichts. Ob Rechtsanwalt Litten (der im ersten Richardstraße-Prozeß verteidigt hatte) ihm den Rat gegeben hätte, nach Rußland zu fliehen — fragt der Staatsanwalt, Vorsitzender: „Sind Sie bei Rechtsanwalt Litten gewesen?“ „Nein.“ Der famose Hamann hat „bekundet“, daß kurze Zeit nach der Tat Litten eine Reihe kommunistischer Funktionäre in seine Wohnung geladen habe zu einer Besprechung über den Prozeß. Dabei habe Litten einem jetzt noch in Rußland sich aufhaltenden Kommunisten zur Flucht geraten. Heimtückischer Weise wird Derartiges nur angetippt.

Litten ist nicht vernommen worden

— weil das ja nicht zur Klärung der Schuldfrage bei Guhl nötig war! Aber breit wird in der Rechtspresse über die Anschuldigungen gegen Litten berichtet.

4. Rußland soll schlecht gemacht werden.

In der Voruntersuchung und in einem Brief aus dem Gefängnis hat Guhl sich schlecht über die Verhältnisse in Rußland geäußert. In der Hauptverhandlung wird er weiter danach gefragt

— wobei man wiederum fragen muß, was das mit der Klärung der Schuldfrage zu tun hat —,

wie es ihm in Rußland ergangen und weshalb er zurückgekehrt sei. „Darüber möchte ich nicht sprechen.“ Dann liest der Vorsitzende „im Interesse der Wahrheitsfindung (!)“ einen Brief aus dem Gefängnis vor, in dem Guhl sich über die Verhältnisse in Rußland beklagt hat.

Im Ganzen: dunkle und hinterhältige Machenschaften, die — wie der Chemnitz Sprengstoffprozeß vor kurzem — eine mehr als dürftige Ausbeute gegen die KPD geliefert, die aber

die Verfolgungsmethoden der politischen Polizei und der Staatsanwaltschaft gegen die KPD und den verhafteten Litten von neuem in ein blendendes Licht gerückt haben.

Der Mörder des Gewerkschafts-Funktionärs

Neben in Pressen bei Eilenburg ist ermittelt worden, und zwar in der Person des

SA-Gruppenführers Siebert.

Neben war auf dem Heimweg von einer Veranstaltung überfallen und zu Tode mißhandelt worden.

Wurde der Wiener Tränengas-Ueberfall in München organisiert?

In der Sache des Tränengas-Attentats, das vor einigen Tagen in dem Wiener Kaufhaus Gerngroß verübt worden ist, sind bisher 23 Nationalsozialisten verhaftet worden. Angeblich verfolgt die Polizei im Zusammenhang mit ihren Versuchen, die Urheber des Attentats aufzudecken, eine Spur, die über die Wiener Nationalsozialisten hinaus nach München führt!

Die Angestellten unter dem Druck der Krise.

Forderungen der deutschen Angestelltenbewegung.

(IGB) Der reaktionäre Kurs der jüngsten beiden deutschen Kabinette hat den Allgemeinen freien Angestelltenbund (Afa-Bund) veranlaßt, Ende 1932 in einer Denkschrift seine Forderungen aufzustellen. Der Afa-Bund weist darauf hin, daß 1932 mehr als eine halbe Million Angestellter in Deutschland arbeitslos gewesen ist, von denen $\frac{1}{2}$ überhaupt keine Unterstützung erhält. Im Jahresdurchschnitt 1932 gab es in Deutschland 616 000 arbeitsuchende Angestellte gegenüber 461 000 im Jahresdurchschnitt 1931, und die Arbeitslosigkeit unter den Mitgliedern der dem Afa-Bund angeschlossenen Verbände betrug im Jahresdurchschnitt

1932 22,2% gegenüber 14,5% im Jahre 1931, 8,3% im Jahre 1930 und 4,8% im Jahre 1928.

Diese wenigen Zahlen beweisen, wie scharf die Krise in Deutschland die Angestellten getroffen hat. Hinzu kommt, daß nach Berechnung des Afa-Bundes die Tarifgehälter der Angestellten mit Hilfe des staatlichen Schlichtungsapparates und durch die verschiedenen Notverordnungen bis zum Herbst 1932 um mehr als 20% gekürzt worden sind. Da gleichzeitig die übertariflichen Bezahlungen in Fortfall kamen, stellt der Afa-Bund fest, daß die Gehälter der heute noch voll beschäftigten Angestellten um

durchschnittlich 40% unter dem Gehaltsniveau von 1929 liegen.

Ebenso bedeutsam ist die Tatsache, daß zum Jahresende rund $\frac{1}{2}$ aller Angestellten verkürzt arbeitete und sie dadurch entsprechend niedrigeres Einkommen haben, da die Rechtsprechung in Deutschland für den Fall der Kurzarbeit den ursprünglich bestehenden Anspruch auf die Zahlung der vollen Monatsgehälter aufgehoben hat.

Der Afa-Bund verlangt deshalb neben der Sicherung der geltenden Kündigungsschutzbestimmungen insbesondere die Einführung des Abkehrgeldes bei Entlassungen und verlangt weiter die

gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit auch für die Angestellten auf höchstens 40 Wochenstunden.

Ueberarbeit und Doppelarbeit sollen durch gesetzliche Maßnahmen eingeschränkt bzw. verboten werden. Zugleich wird gefordert, daß bei Ueberstundenarbeit zugunsten der Arbeitslosen hohe Ueberstundenzuschläge gesetzlich festgesetzt werden sollen. Außerdem verlangt der Afa-Bund das Verbot jeglicher Gehaltskürzung für die Angestellten im Falle von Kurzarbeit vor dem Ablauf der Kündigungsfrist.

Eine Reihe weiterer Forderungen stellt der Afa-Bund im Hinblick auf die Arbeitslosen-, Angestellten- und Knappschaftsversicherung (Versicherung für Bergbauangestellte). Er weist darauf hin, daß durch die Abbaumaßnahmen den jahrelangen erheblichen Beiträgen der Angestellten in der Arbeitslosenversicherung heute nur noch ein versicherungsmäßig relativ geringfügiger Rechtsanspruch von 6 Wochen gegenüber steht und weitere Unterstützungsleistungen von dem Vorliegen der Hilfsbedürftigkeit abhängen. Er fordert die Angleichung des versicherungsmäßigen Anspruchs an den früheren Stand und die Erhöhung der Versicherungssätze, die Abschaffung der Hilfsbedürftigkeitsprüfung und insbesondere der Vereinheitlichung der Fürsorgeunterstützungen für die Arbeitslosen in einer Reichsarbeitslosenfürsorge.

Besonders krass liegen die Verhältnisse bei der Versicherung für die Bergbauangestellten, wo im Durchschnitt eine

Rentenkürzung um 37% eingetreten ist, die gegenüber der hohen Beitragsleistung von rund 11% des Einkommens

als sozial unverträglich charakterisiert wird. Der Afa-Bund weist darauf hin, daß die vom Reich gewährte Hilfe für die Knappschaftsversicherung vollkommen unzureichend ist und verlangt höhere Zuschüsse des Reiches sowie die Erhebung einer Umlage auf Grund der Produktionsleistung der Bergbaubetriebe. Außerdem wird gefordert, daß die Beiträge der Versicherten dem Einkommensrückgang der Bergbauangestellten angepaßt werden.

A. M. FREY



DIE PFLASTERKÄSTEN

Unberechtigter Nachdruck verboten. Copyright 1929 by B. Klepner Verlag AG. Berlin.

Funk überlegt, weshalb man sich um den toten Gegner wohl so sehr bemüht. Aus Ehrerbietung, aus christlichen Gründen?

Der Feldwebel setzt sich in Bewegung auf einen äußersten Zipfel des Pensionatbaues zu, er zieht ein Schlüssellband aus der Tasche und hält es wichtig in der beringten Faust. Er führt aus: „Sie müssen nämlich wissen, man läßt Leichen höchst ungern im Drahtverhau liegen — obendrein bei dem warmen Wetter. Was eine einzige Leiche den Graben verpestet kann, das glauben Sie gar nicht. Es ist unhygienisch. Wenn der Wind zum Gegner hinüberweht, ist's ja gut, dann hat der den Gestank in der Nase. Aber damit kann man nicht rechnen — zudem haben wir fast immer Wind von drüben. Das ist im ganzen recht, denn wir hören so den Feind, und er hört uns weniger.“

Sie sind vor einem Tor angelangt, das in eine Art Remise führt. Fähnlein sperrt auf.

Hier sind leere Hüllen, die Sandsäcke werden sollen, gestapelt, hier ist Stacheldraht in Rollen aufgeschichtet, hier stehen spanische Reiter geordnet bereit, und zwischen dem allem, auf der freien Mitte des Steinbodens, liegt der Tote.

„Ein Oberleutnant“, belehrt Fähnlein. Er gibt vor, das aus irgendwelchen Abzeichen zu erkennen. „Wir haben ihn auch deshalb hereingeschafft, weil der Regimentsstab darauf aus war, ihn genau auf Papiere zu durchsuchen. Manchmal tragen sie was bei sich, Dienstanweisungen oder gar Korpsbefehle, die für uns aufschlußreich sein können. Aber die Kerle sind schlau geworden: sie lassen neuerdings alles daheim, ehe sie anfangen, Indianer zu spielen. Ich selber hab'

ihn untersucht und um und um gewendet: nix war zu finden.“

Funk wundert sich im stillen, wie sorgsam des Engländer Uniform sitzt; Fähnlein muß den letzten Knopf und Haken und jede Schnalle wieder geschlossen haben. Die Ordnungsliebe hat nirgends hältgemacht.

Der Getötete hat einen Gewehrstoß durch den Kopf. Die Kugel ist zur einen Schläfe hinein, zur anderen herausgegangen. Der Einschub ist glatt, aber der Ausschub hat ein halbfautgroßes Stück Schädel mitgenommen. Es ist, als sei gewaltsam das halbe Gehirn ins Freie durchgebrochen. Die Stirn ist graublau, die Augendeckel sind grün, und wächsern wird das Gesicht erst um das Kinn herum.

Fähnlein beobachtet den Untergebenen, wie er's aufnimmt. Aber er kann nichts Besonderes entdecken. So ist die Expedition eigentlich überflüssig. Er sagt: „Tot ist er gleich gewesen. Ein feiner Hund. Schauen Sie, wie gut er gepflegt ist, die Hände, die Nägel an den Füßen! Der hat noch am Tag, wo er hat ins Gras beißen müssen, Fußpflege, Pedicure nennt man's, gemacht.“

„Weshalb ist er nackt da unten?“

„Die unsren sind wie narrisch auf englische Schuh und englische Socken aus. Das Zeug hat er bereits vorn im Graben verloren“, lacht Fähnlein.

Es ist seltsam, wie man ganz ungehemmt über den Toten plaudern kann, indes er zuhört und doch nichts hört. Die grünen Augendeckel sind halb über den Pupillen, die nach oben gedreht sind, als denke er nach und begreife nicht, was mit ihm geschehen ist.

„Wer hat ihn erschossen?“, fährt es plötzlich aus Funk heraus.

Der Feldwebel staunt, dann grinst er nachsichtig. „Wer ihn —? Ja, Funk, eine Kugel hat ihn erschossen. Welcher Hannes die in der Dunkelheit abgefeuert hat, das weiß kein Herrgott mehr.“

„Ein Unglücksfall also oder ein ganz dummer Mord“, sagt Funk vor sich hin.

„He — hallo — Funk, schlafen Sie“, ruft Fähnlein, auf dem Wege, sehr unsicher zu werden.

„Oder hat er sterben müssen, weil jemand englisches Lederzeug, weil jemand Schuhe gebraucht hat —? Ich begreife auf einmal nicht ganz —“, flüstert Funk, es sieht aus, als wolle er zu wanken beginnen.

„Aha, jetzt hat es Sie doch angegriffen“, stellt Fähnlein freudig fest — und beruhigt, weil er den Grund für des anderen Merkwürdigkeiten zu fassen bekommt. „Da gehen wir lieber gleich an die frische Luft.“

Wie sie draußen stehen und Atem schöpfen, denn der Engländer hat süßlichen Geruch ausgestrahlt, kommt ein fremder Krankenträger auf sie zu.

„Da ist der Renoth, der führt Sie hinaus, Funk“, befiehlt Fähnlein. „Das ist der, mit dem Sie auf den Verbandplatz gehen sollen. — Glückliche Reise“, scherzt er und entfernt sich.

S.

Sie ziehen miteinander los: Renoth und Funk. Es ist wieder heiß wie im Sommer. Sie wandern die Dorfstraße entlang; es begegnen ihnen ein paar Frauen, barhäuptig und in blauen Schürzen, die Brotlaibe tragen. Die Brote lächeln braun und duften, aber die Trägerinnen, die gerade mit ihnen von ihrem Franzosenbäcker kommen, stürzen vorbei wie auf der Flucht. Renoth legt beruhigend zum Gruß einen Finger an die Mütze und sagt: „Bonschur Mädä!“

„—jour m'sieur“, erwidern sie ängstlich und laufen.

„Wie gut das Brot riecht“, meint Funk. Es befriedigt ihn zu sehen, daß die Zivilbevölkerung offenbar solide verpflegt wird.

Riecht gut, taugt aber nichts“, erläutert Renoth. „Ich bin auch schon drauf hereingefallen, im Tauschhandel. Das ist Mais und Häcksel und schmeckt, als ob du Papier kaust. Da ist unser Kommiß, der auch alleweil schlechter wird, noch zehnmal besser.“

Und damit rennen die Weiber, denkt Funk, als trügen sie Millionenschätze nach Hause. Eine spaßige Sache, der Krieg — jawohl, ein brüllender Spaß, der Krieg, jetzt will ich ihn mal so ansehen — nach dem im Gehirn zerfetzten Engländer.

(Fortsetzung folgt.)

Schauderhaftes Wohnungselend trotz leerstehender Wohnungen.

Wenn in Kassel Mieter infolge langjähriger Erwerbslosigkeit von ihren menschenfreundlichen Hausbesitzern wegen rückständiger Mieten auf die Straße gesetzt werden, nimmt sich ihrer „fürsorglich“ die Obdachlosenpolizei an. Sie bringt sie in sogenannten Wohnbaracken unter, die an verschiedenen Stellen am Stadtrand gelegen sind. Dort bekommen die bedauernswerten Opfer des Ausbeuterstaates ein „Wohnzimmer mit ungefähr 12 qm Bodenfläche, in dem sie dann für 3 Mark wöchentlich Miete in dumpfer Hoffnungslosigkeit dahinvegetieren. Die für solche Verhältnisse hohe Miete wird den Unterstützungsempfängern gleich bei ihrer Unterstützungsauszahlung einbehalten.

Wie „wohnen“ diese Menschen?

Dafür einige Beispiele aus einem dieser Barackenlager:

Familie A. besteht aus 8 Personen, Eltern und 6 Kindern. Die Frau ist bereits wieder schwanger. Sie steht kurz vor der Entbindung. Das älteste Kind, ein Mädchen, ist zwölf Jahre alt, das jüngste ungefähr zwei Jahre. Diese 8 Personen kampieren in zwei Betten und einem Kinderbett.

Familie B. besteht aus 6 Personen, Eltern und 4 Kindern. Auch hier erwartet die Frau das fünfte Kind. Die Kinder sind zwölf, elf, zehn und zwei Jahre alt. Zum Schlafen stehen der Familie 1 Kinderbett und 1 Chaiselongue zur Verfügung.

Familie C. besteht auch aus 6 Personen, Eltern mit 3 Kindern und 1 Enkelkind. Die älteste Tochter, Mutter des Enkelkindes, ist geschieden und möchte sich wieder verheiraten. Sie kann aber nicht, da sie keine Wohnung bekommt und deshalb weiter bei ihren Eltern hausen muß. Schlafgelegenheit: 2 Betten, 1 Kinderbett.

Die Menschen sind also zusammengedrückt wie das Vieh. Das Empörendste bei diesen Wohnverhältnissen besteht darin, daß seit längerer Zeit die Hälfte der „Zimmer“ in den Baracken unbewohnt sind. Sie stehen also leer, während diese Menschen sich in ihrem engen Raum kaum zu helfen wissen. Die Bewohner haben bei dem zuständigen Beamten der Obdachlosenpolizei vor einiger Zeit darum gebeten, den größeren Familien noch je einen Raum zum Wohnen gegen Zahlung von weiteren 3 Mark Miete zu geben. Der Beamte hat das mit der Begründung abgelehnt, daß er pro Familie nur einen Raum hergeben dürfe.

Ein anderes Kapitel ist hier die Frage der Sittlichkeit! Zwölfjährige Kinder sind hier gezwungen, Geschlechtsver-

kehr, Geburten, Ehezwistigkeiten und mancherlei anderes mitzerleben. Welche Eindrücke auf die besonders empfänglichen Kinderselen! Daß diese Jugend sittlich stark gefährdet ist, wird wohl niemand bestreiten können. Warum kümmert sich hier keine Behörde darum, die Jugend „vor sittlicher Verwahrlosung“ zu schützen?

Katholische Ehevermittlung zum Glück in Nöten!

M.H. In der katholischen Zeitung „Der Westfälische Kurier“ wird in einer Betrachtung zum „Ehesonntag“, der alljährlich an einem bestimmten Sonntag im Januar zu Ehren der „Einheit Heiligkeit und Unauflöslichkeit“ der christlichen Ehe veranstaltet wird, darüber gejammert, daß so viele Ehen von Katholiken nicht nach den Grundsätzen der katholischen Kirche geschlossen werden. Für keinen dürfe die Ausrede gelten, er habe keinen passenden katholischen Partner gefunden und sich deswegen mit einem Ketzer oder Heiden verheiratet. Denn wozu gibt es die katholische Ehevermittlung, den sogenannten „Katholiken-Ehebund“, der „Heiraten zwischen gläubigen Katholiken in die Wege leitet“?

Diese Vermittlungsstelle wird aufs wärmste empfohlen: „Ihre Vorschlagslisten weisen gar manche Herren und Damen aus ganz Deutschland auf, die bereit sind, eine Ehe nach den Grundsätzen der katholischen Kirche zu schließen.“ Ferner bahnt der Bund auch „Einheiraten“ an, und die Mädchen ohne Vermögen werden angelockt mit dem Versprechen, daß selbst solche Mädchen durch diesen Bund „schon oft einen braven, guten Mann gefunden haben“.

Allerdings scheint sich das noch nicht allzu sehr herumgesprochen zu haben; denn die Zeitung konstatiert die „betrübbliche Tatsache“, daß „Das Familienglück“, die „Zeitschrift für Anbahnung und Verinnerlichung katholischer Ehen“, nur „wenig Abonnenten“ zählt,

während die Blätter der Liga für Mutterschutz und des Reichsverbandes für Geburtenregelung leider, leider „große Auflagen“ hätten!

Unterstützt „Das Familienglück“! So ruft der „Westfälische Kurier“ seinen Lesern zu. Aber auch unter ihnen sind heute gewiß manche, die wissen, daß ein Familienglück ohne die von der katholischen Kirche so bekämpfte Geburtenregelung für Leute ohne Geld unmöglich ist, und die deshalb lieber zu den erwähnten Blättern mit den „großen Auflagen“ greifen, die ihnen eine vernünftige Aufklärung vermitteln.

Wir sollten unermüdet daran arbeiten, daß derer recht viele werden. Dann bröckelt an dieser Stelle die Mauer von Dummheit und Knechtseligkeit wenigstens etwas ab.

Hessischer Hungermarsch.

F.W. Dem Aufruf der kommunistischen Landtagsfraktion Hessens folgend, fanden sich am Montag abend in Mainz etwa tausend Genossen zusammen, um an dem Hungermarsch nach Darmstadt teilzunehmen. Gegen 22 Uhr, bei 11 Grad Kälte, setzte sich der Zug in Bewegung. Ein großer Teil Arbeiter und ein Ueberfallwagen begleiteten sie bis zur Stadtgrenze. Durch die IAH waren auf dem Wege nach Darmstadt Verpflogungsstationen eingerichtet. Nach Mitternacht traf der Zug in Groß-Gerau ein. Dort gab es heißen Kaffee, und in den bereitgestellten Unterkünften konnten die Teilnehmer einige Stunden rasten. Ein Teil der Demonstranten mußte jedoch den Marsch hier abbrechen. Das gar zu schlechte Schuhzeug und die mangelhafte Bekleidung hinderten bei der riesigen Kälte viele am Weitermarsch. In den ersten Morgenstunden trafen die Genossen in Darmstadt ein.

Die KP hatte aufgefordert, am Dienstag in Darmstadt für Arbeit, Brot, Kohle, Holz und Kartoffeln als Winterhilfe zu demonstrieren. Der Regierung war mitgeteilt worden, daß eine Delegation diese Forderungen unterbreiten werde.

Staatspräsident Adeling (SPD) lehnte jedoch den Empfang der Delegierten ab.

In der Begründung heißt es:

„Die hessische Regierung ist über die Not und Bedrängnis der hessischen Bevölkerung in allen Teilen fortlaufend und genau unterrichtet. Sie ist seit langem mit allen Kräften bemüht, die Nöte der Erwerbslosen zu lindern und Arbeit zu schaffen. Botsprechungen der von Ihnen gewünschten Art können erfahrungsgemäß eine förderliche Wirkung nicht haben. Die hessische Regierung verspricht sich deshalb auch von der von Ihnen angekündigten Vorsprache keinen Erfolg und ist nicht in der Lage, die von Ihnen angemeldeten Vertreter zu empfangen.“

Am Dienstag morgen um 11 Uhr begann der Aufmarsch der Demonstranten. Aus allen Teilen Hessens, besonders Rhein Hessens und Starkenburg, waren die Teilnehmer erschienen.

Die ganze Demonstration mag wohl an die 15 000 Genossen gezählt haben.

Ein überaus starkes Polizeiaufgebot, das den Zug in vier Teile getrennt hatte, überwachte ihn. Alle Banken, die Arbeits- und Wohlfahrtsämter sowie das Ministerium waren von starken Polizeiaufgeboten besetzt, um letzteres war als besondere Sicherung eine Bannmeile gezogen.

Leider ging der Rückmarsch der Demonstranten in fast totaler Auflösung vor sich. Um der grimmigen Kälte schnellstens zu entgehen, versuchte jeder, so schnell als möglich in seinen Heimatort zurückzugelangen. Auf dem Rückmarsch blieb eine Anzahl Genossen an Entkräftung unterwegs liegen.

So haben 15 000 Erwerbslose unter Leitung der KPD demonstriert. In Hessen gibt es mehr als 600 000 Erwerbslose und Wohlfahrtsempfänger. Weshalb bringen die Gewerkschaften nicht den Mut auf, sich an der Organisation solcher Demonstrationen zu beteiligen und sie dadurch auf eine breitere und schlagkräftigere Basis zu stellen?

Volksschulen im Ruhrgebiet werden wegen Kohlenmangels geschlossen.

In Hattingen, also mitten im Ruhrgebiet, sind drei Volksschulen geschlossen worden, und zwar „wegen Koks mangels“, natürlich nicht, weil es in der Gegend überhaupt keinen Koks gibt, sondern weil die Gemeinde Hattingen kein Geld hat, welchen zu kaufen.

Herr Lünick, über dessen wirtschaftliche Weisheiten wir gestern berichteten, würde auch diese Zustände in Hattingen auf „bolschewistische Umtriebe“ zurückführen!

Verantwortl. Schriftleiter: Willt Eichler, Berlin Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Verl.: Internationale Verlagsanstalt GmbH., Berlin SW 19, Inselstr. 8a. Tel.: F 7 Jannowitz 5909 Druck A. Janiszewski Buchdruckerei und Verlag GmbH., Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.

Streikerfolg.

Die Berliner Dekateure haben einen vollen Streikerfolg erzielt: sämtliche maßgebenden Betriebe haben nach zwei Streiktagen die Forderungen der Streikenden angenommen. Diese Forderungen waren: Erhöhung der im November um etwa 10 Prozent gekürzten Löhne um 4 Prozent; Umwandlung der eintägigen in eine einwöchige Kündigungsfrist; Arbeitskräfte werden in Zukunft nur vom öffentlichen Nachweis angefordert. Die Berliner Dekateure weisen ein gutes freigewerkschaftliches Organisationsverhältnis auf.

Schiedsspruch im Hamburger Gastwirts-gewerbe: 6 1/2 Prozent Lohnabbau verlangt.

Am Dienstag abend ist nach längerer Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuß der Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Hamburger Gastwirts-gewerbe ein Schiedsspruch gefällt

worden, zu welchem sich die Parteien bis zum Sonnabend mittag erklären sollen. Nach dem Spruch soll ein genereller Lohnabbau von 6 1/2 Prozent durchgeführt werden, und zwar in gleicher Weise für Lohn- und Prozentempfänger. Die bisher noch strittigen Punkte des Rahmentarifs bleiben vorläufig unverändert. In den Hamburger Hotels werden in Zukunft statt eines Bedienungszuschlages von 20 Prozent nur noch 15 Prozent genommen.

Aberglauben über Nutzen des Alkohols.

Ein alter, durch nichts gerechtfertigter Aberglaube geht dahin, daß ein Hilfsmittel gegen die Grippe reichlicher Alkoholenß sei. In Betätigung dieses Aberglaubens tranken in Krefeld zwei Ehepaare zur Abwehr gegen die Grippe Methylalkohol. Bald stellten sich so schwere Vergiftungserscheinungen ein, daß die vier Personen ins Krankenhaus gebracht werden mußten. Die beiden Männer und eine Frau sind inzwischen gestorben.

Feinbesohl-Anstalt
und Schuhfärberei
HANS SACHS
Berlin SW / Dresdener Straße 111
garantiert für erstklassige Arbeit

Pflanzen-Butter
(vegetabile Margarine)
garantiert reine Nuß-Fette
Sonder-Angebot:
Post-Päckchen 3 Pfd. netto
nur 2,20 RM. Frei Haus
gegen Voreinsendung auf
Postcheck Magdeburg 179 24.

Frischkost-Reformhaus
Ernst Held, Magdeburg
Otto v. Guerickestraße 104.

Sprechapparate Koffer/Schallplatten/Schränke
Schallplatten für Konzert und Unterhaltung in allen Preislagen / Verlangen Sie Angebot!
Otto Pfothenauer, Weimar
Gilsenerstr. 14

LIGA FÜR MUTTERSCHUTZ
und soziale Familienhygiene
(Bund für bewußte Geburtenregelung e. V.)
Sitz Berlin C 2, Breite Str. 7
Die größte sozialistische Organisation für Sexualreform u. Geburtenregelung, Medizinische u. juristische Beratung Sexual- und Eheberatungsstellen an vielen Orten im Reich.
Die Sexualberatungsstelle, Breite Straße 7
Leitung: Dr. Levy-Lenz.
ist Montags und Mittwochs nachmittags von 2-5 Uhr geöffnet. Gebühr 50 Pf. Schriftliche Beratung erfolgt gegen Voreinsendung des Rückpostos.
Neu angegliedert:
Säuglings- und Kinderberatung
Leitung: Dr. Martin Wolf.
Freitags von 4-5 Uhr.
„Liebe und Leben“
das reich illust. Blatt für Sexualaufklärung
Probenummer kostenlos

Nähmaschinen
Reparaturen / Reinigung
Ersatzteile
gut schnell billig
EUGEN GEHM
Frankfurt a. M., Riederwall
Friedrichplatz 12

Oberhemdenstoffe,
Tricoline, Flanelle, Oxfords
günstige Posten Maccotuch
kauft man gut und billig bei
Kurt Levy, Berlin O 112
Scharnweberstr. 18/17.

Maßarbeit erstklassig
und billig
Herren - Anzüge, Mäntel, Damen-
Kostüme, Aufbügeln und Reparaturen
Alfred Arensberg
Berlin-Reinickendorf-Ost
Hinter der Dorf-Aue 14

C. Lotze
Göttingen
Johannisstr. 2

Butter
Käse, Eier
Landbrot

Warum werfen Sie Ihr Geld weg
für minderwertige Konfektionskleidung?
Sie erhalten bei mir z. B. eine Kniekerbeckerhose nach Ihren Maßen und genaueren Wünschen, von besserem Stoff und besser verarbeitet, für fast dasselbe Geld.
Rudolf Schönheit
Herren- und Damen-Maßschneiderei
Magdeburg, jetzt Johannisbergstr. 10 III

„Haltet Euch gesund durch naturgemäße Kost“
Reformhaus Gesundheitsquelle
Berlin, Köpenicker Straße 96
BERLIN

KAMERA
Unter den Linden 14 - A1 Jäger 2987
Seit 23. Januar;
Verlängerte Uraufführung des
Eskimo-Films
IGLU
Wildwasserfahrt
Ein Kanusportfilm
Anfangszeit: 15, 17, 19 und 21 Uhr.

Bürobedarfsartikel
Reparaturen und Reinigung
von Schreibmaschinen
A. H. Timmermann
Hamburg 85, Lutsenweg 61 III.

Anfertigung eleganter
Damengarderobe
und
Reformkleidung
I. Fürchtenicht
Göttingen, Nikolausberger Weg 87.

Freunde
und Leser des
„Funken“!
Unterstützt
EURO
Zeitung!
Werbt Abonnenten!
Sammelt Anzeigen!
Bevorzugt bei Einzelnen
einstufige Inseraten!

Werbeprosperkte
Zeitungen
Zeitschriften
bei billigster Preisberechnung druckt
A. Janiszewski
Buchdrucker und Verlag, GmbH
Berlin SO 36, Elisabethufer 28, Fernruf Nummer 1234567

Sieben erschien in neuer Ausstattung:
Philosophen für und wider die Revolution.
Von
HELLMUTH FALKENFELD.
72 Seiten. Kartoniert 0,60 M.
Inhalt:
I. Die Philosophen der französischen Revolution.
II. Immanuel Kant. VII. Stirner,
III. Johann Gottlieb Fichte. VIII. Tolstoj,
IV. Jakob Friedrich Fries. IX. Nietzsche,
V. Hegel. X. Popper-Lynkeus,
VI. Marx. XI. Leonard Nelson.
Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin SW 19, Inselstr. 8a.
Postcheckkonto Berlin 81342

Die Linke ist vogelfrei!

Zur polizeilichen Erschießung der 3 Kölner Arbeiter.

J.H. Während vor dem Berliner Karl-Liebknecht-Haus die Nazis ihre polizeilich geschützte Provokation durchführten, wurden in Köln drei Arbeiter anlässlich kommunistischer Demonstrationsversuche von Polizei erschossen. Die nicht-kommunistische Presse findet kein Wort der Kritik für diese Tätigkeit der Polizei.

Die Schießereien entstanden, als die Polizei kommunistische Demonstrationen auflösen wollte. Nach der Notverordnung vom 19. Dezember 1932 sind aber Demonstrationen erlaubt und bedürfen keiner Anmeldung. Ein örtliches Demonstrationsverbot lag ebenfalls nicht vor. Am 20. Januar 1933, also erst zwei Tage vor der Erschießung der drei Arbeiter, hatte der Kölner Regierungspräsident „an alle politischen Parteien“ folgendes Schreiben gerichtet:

„Durch die Verordnung des Reichspräsidenten zur Erhaltung des inneren Friedens vom 19. Dezember 1932 ist die Verpflichtung, Aufzüge und Versammlungen unter freiem Himmel vorher den Ortspolizeibehörden anzumelden, weggefallen...“

Die Auflösung der Demonstrationen durch die Polizei war also unberechtigt. Der Einwand, daß die Auflösung wegen Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung erfolgen mußte, ist haltlos. Die Arbeiter hatten nämlich schon längere Zeit demonstriert, ohne dadurch die öffentliche Sicherheit und Ordnung zu gefährden, noch dazu in den Arbeiterstraßen, wo die Demonstranten zum größten Teil wohnen. Das Vorgehen der Polizei ist unberechtigt und provokatorisch gewesen. Somit trägt die Polizei die Verantwortung für die drei Todesopfer.

Bisher ist nichts bekannt geworden, daß gegen die verantwortlichen Polizeioffiziere ein Verfahren eingeleitet worden wäre. Diese Tatsache und das Fehlen öffentlicher Kritik an dem Vorgehen der Polizei (mit Ausnahme kommunistischer Kritik) erwecken den Eindruck, daß linke Arbeiter in Deutschland vogelfrei sind.

Ohne daß die Schuldigen bestraft werden und ohne Aufsehen zu erregen, dürfen linke Arbeiter von der Polizei erschossen werden, selbst wenn diese Arbeiter nur das tun, wozu sie gesetzlich berechtigt sind.

Gegen diese grauenhaften Zustände kann nur eine einzige Arbeiterschaft etwas unternehmen. Proteste gegen solche Vorgänge sind Sache der gesamten Arbeiterschaft und Anlässe, die Einheitsfront zu schmieden.



Die Beisetzung der Opfer sollte ein Anlaß zu großen Protestaktionen, etwa in der Form eines befristeten Proteststreiks der gesamten Kölner Arbeiterschaft sein.

Alle Kölner Arbeiterorganisationen sollten sich über Dauer und Zeit eines Proteststreiks verständigen und in einem gemeinsamen Aufruf die Kölner Arbeiterschaft zum Streik auffordern. Eine solche Aktion würde ihren Eindruck nicht verfehlen und auch von der Polizei nicht zu verhindern sein.

„Berlin bleibt rot!“

Ipp. Wo noch vor drei Tagen die Schlagtote Hitlers, behütet von der Polizei, das „rote Berlin“ provozieren durften, erfolgte gestern als wichtiges, wenn auch spätes Echo, der Aufmarsch der proletarischen Klassengenossen.

Glasklar war die Luft, eisiger Januarwind fegte durch die Straßen. Aber unverdrossen stampften über drei Stunden lang die Arbeiterkolonnen, zumeist Kommunisten oder Sympathisierende, über den Bülowplatz. Vor dem Karl Liebknecht-Haus, vor den Mitgliedern des ZK der Kommunistischen Partei mit Thälmann an der Spitze defilierten diese Massen mit geballter Faust. Die KP hat sicherlich schon diszipliniertere, geschlossener Aufmärsche zu verzeichnen. Aber eine solche Demonstration im harten Winterfrost, mit solch elementarer Kraft, mit solchem fast wütenden Ingrimm noch nie. Obwohl sich die Polizei verschiedentlich sehr provokatorisch benahm, kam es kaum zu Zusammenstößen, selbst da nicht, wo die Züge wegen „des Singens verbotener Lieder“ aufgelöst wurden.

Jeder Demonstrierende im Zug oder auf dem Platz fühlte, daß es um mehr ging, als um eine Parteisache oder um irgend eine beliebige Herausforderung des Gegners. Jeder fühlte, daß es um die Existenz der organisierten Arbeiterbewegung schlechthin ging. Deshalb hatte diese kommunistische Demonstration einen Klassencharakter.

Deshalb wurde der „Reichsbanner“-Trupp im Zug als Symbol der Einheitsfront leidenschaftlich begrüßt.

Aber leider nur als Symbol! Denn am kommenden Sonntag wird das andere Heerlager der Arbeiterschaft, werden die sozialdemokratischen Massen aufmarschieren, um wiederum von neuem die Spaltung der Arbeiterschaft sowohl den Gegnern als auch den Klassengenossen buchstäblich vor Augen führen.

Solidaritätsaktionen für Poelzig.

Der Gesamtsenat der Preußischen Akademie der Künste hat in einer zu diesem Zweck besonders einberufenen Sitzung Hans Poelzig, der vor einigen Tagen sein Amt als stellvertretender Präsident der Preußischen Akademie der Künste niedergelegt hatte, wiedergewählt. Der Senat erklärt in einem längeren Schreiben, daß die Verantwortung für die belgische Ausstellung bereits Max Liebermann übernommen hätte und daß auch der jetzige Präsident Max von Schillings die volle Verantwortung für die belgische Ausstellung übernehme.

Der preußische kommissarische Kultusminister, Prof. Dr. Kähler, hat eine Eingabe des „Kampfbundes für deutsche Kultur“, der Hans Poelzig von seinem Posten als Leiter der Vereinigten Staatsschulen für freie und angewandte Kunst abgesetzt wissen wollte, scharf ablehnend beantwortet, indem er darauf hinweist, daß Poelzig in nicht viel weniger als drei Jahrzehnten preußischen Staatsdienstes seine Eignung hinlänglich bewiesen habe. Auch die drei Abteilungsleiter der von Poelzig geleiteten Schulen haben erklärt, daß sie im Interesse

Welch eine glückliche, aber leider verpaßte Chance für die KP, gestern einen entscheidenden Schritt zur Einheitsfront zu tun. Die SP-Führung hatte die Hand ausgestreckt. Die KP hätte einschlagen sollen, oder wenn ihr das zu „kameradschaftlich“ dünkte, zupacken sollen. Und der Protest gegen das Brüderkriegsgelärm der faschistischen Kohorten wäre zu einem Generalappell der gesamten Arbeiterbewegung geworden. Die Staatsstreich-Pläne der Reaktion wären wie Seifenblasen zerplatzt. Und die Arbeiterschaft hätte sich endlich zum aussichtsreichen Gegenangriff rüsten können. Noch steht diese Einheitsfront-Aufgabe ungelöst vor uns, vor Dir, vor mir, vor jedem Genossen.

Polizeiarbeit in Erfurt.

E.H. Fast wöchentlich veranstaltet in Erfurt die SA unter starker Polizeibedeckung Demonstrationen in das Arbeiterviertel Erfurt-Nord. Fast bei jeder dieser Provokationen kommen Zusammenstöße sowohl mit Kommunisten als auch mit „Reichsbanner“-Arbeitern vor, da die Umzüge gewöhnlich am Gewerkschaftshaus „Volkshaus“ vorbeiziehen. Bei allen Zusammenstößen werden seitens der Polizei immer nur Arbeiter festgenommen und den Gerichten zugeführt, obwohl nachweisbar die SA viel stärker mit verbotenen Waffen ausgerüstet ist als die demonstrierenden Arbeiter.

Vor einigen Tagen sollte in Erfurt „Die Maßnahme“, ein „proletarisches Lehrstück“ von Brecht-Dudow-Eisler aufgeführt werden. Ein starkes Polizeiaufgebot war im Theater erschienen. Bald nach Beginn der Aufführung, als in dem Lehrstück ein junger Genosse die Worte sprach: „Wir wollen also die Propagandaschriften verteilen und die Kasernen erstürmen“, erklärte der überwachende Polizeioffizier die Veranstaltung für aufgelöst. Wie der Polizeibericht mitteilt, wird gegen die Veranstalter der Aufführung ein Verfahren wegen Hochverrat eingeleitet werden.

einer ruhigen Weiterentwicklung der Schulen einen erneuten Wechsel der Leitung auf tiefste bedauern würden.

Damit hat die scheußliche Hetze einiger deutschnationaler Postenjäger fürs erste ein glücklicher Weise unrühmliches Ende gefunden.

Heimannsberg wird Verbandsvorsitzender.

Der 7. ordentliche Verbandstag des Verbandes Preussischer Polizeibeamter (des sogenannten Schrader-Verbandes) ging am Mittwoch zu Ende und nahm eine Reihe polizeilich fachlicher Entschlüsse an. Im Anschluß an die Abstimmungen wurde eine Vertrauenskundgebung für den von der Reaktion abgesetzten Ministerialdirektor Klausener vom Preussischen Innenministerium angenommen.

Am Schluß der Tagung wurden die Vorsitzenden gewählt. Zum ersten Vorsitzenden wurde mit 99 von 151 abgegebenen Stimmen der frühere Kommandeur der Berliner Schupo, Heimannsberg, gewählt.

Kirche und Krieg.

Essen, im Januar 1933.

Liebe Käte H...!

Ich komme gerade aus dem französischen Film „Die hölzernen Kreuze“. Der Eindruck des Krieges, so, wie er dort geschildert wird, steht noch stark vor mir. Ich frage mich nur, wie es möglich war, daß sich Menschen vier Jahre hindurch so abschlecheten ließen, ohne sich Gedanken darüber zu machen, weswegen das so ist, ohne die Kriegstreiber selber an die Front zu schicken oder sonst etwas mit ihnen anzustellen. — Obwohl der Film diese Frage nicht klar stellt und überhaupt keinen Ausweg zeigt, würde ich jedem raten, sich den Film anzusehen. Besonders die, die heute wieder für einen frisch-fröhlichen Krieg sind, die, die aus Dummheit und aus Gedankenlosigkeit die nationalen Phrasen reden, sollten sich den Film ansehen. Ich glaube, diese Menschen bekommen einen kleinen Vorgeschmack, was ihnen als Kriegsfreiwilliger blüht, obwohl der Gaskrieg in dem Film noch nicht einmal vorkommt.

Der Film hat mich an unser vergangenes Gespräch in Essen erinnert. Welche Rolle spielte die Kirche im Krieg? Der Film zeigt einen ganz kleinen Ausschnitt hiervon: Während des Krieges ist im französischen Hinterland ein Teil einer Kirche als Lazarett eingerichtet. Furchtbar ist das Schreien und Stöhnen der Verwundeten anzuhören. Im andern Teil der Kirche ist zur gleichen Zeit Gottesdienst, werden — wie in allen Ländern während des Krieges — die Waffen und die Soldaten gesegnet — die Soldaten, die ausziehen, um andere Menschen zu töten („um das Vaterland zu schützen“).

Das gleiche „Ave Maria“ wird in dieser Kirche gesungen, wie in den deutschen Kirchen. Und doch sagt kein maßgebender

der Geistlicher, daß die Christen den Kriegsdienst, den Mörderdienst, verweigern sollen, ruft der unfehlbare Papst nicht auf, daß kein Katholik sich mehr an Kriege beteiligen darf, daß die kriegführenden Herrscher und Feldherren in den Bann gelegt werden.

Hier einiges aus der Broschüre „Das wahre Gesicht der Kirche“ von W. Olschewski:

„Unter dem Titel ‚In Gottes Namen durch!‘ schrieb der protestantische Feldgeistliche Schettler eine Broschüre, in der es heißt:

„Der Soldat soll dem Feinde das Bajonett zwischen die Rippen rennen; er soll sein Gewehr auf ihre Schädel schmettern; das ist seine heilige Pflicht, ja, das ist sein Gottesdienst.“

Das „Neue Volk“ ... zitiert aus einem Tatsachenbericht von H. Vierbücher folgende Sätze:

„Drei Tage lang, am 8., 9. und 10. Juni 1915, Stechen, Würgen, Bauchaufschlitzen. Berge von Leichen und Halbtoten wurden unter dem rohen Gohrull der schlachtenden Unmenschen in den gähnenden Abgrund hinabgeschleudert. Die Männer und Frauen sahen ihre Kinder und Gatten in Stücke zerhackt, aufgeschlitzt, verblutend, ihre Leichname an den Felskanten zerschlagen. Mütter, von dem Anblick des Höllenpekels wahnsinnig geworden, sprangen ihren Kindern und Männern nach in die tödliche Tiefe. ... Die reißenden Fluten klatschten unter dem Fall der toten Körper.“

Und das war nicht das Teufelswerk einer Stunde, nein, drei Tage lang, Stunde um Stunde, ging das Stechen und Würgen fort. —

Der christliche deutsche Botschafter Wangenheim berichtet nach Berlin, daß erwähnte Maßnahmen bei der politischen und militärischen Lage der Türkei leider nicht zu vermeiden waren.“

Osthilfe-Sumpf.

Deutschnationale Angst vor weiteren Enthüllungen.

b Im Haushaltsausschuß des Reichstages werden immer mehr Osthilfe-Skandalfälle ans Licht gezogen, und zwar bezeichnender Weise ohne nennenswerten Protest der Verantwortlichen. Der Zentrumsabgeordnete Erising berichtete: Die beiden Grafen von Kayserling im Kreise Striegau haben in zwei Jahren fast 700 000 Mark Schulden gemacht, ziehen ihre Gläubiger hin und verhindern Zwangsversteigerungen. Ihr ansehnliches Vermögen befindet sich in der Schweiz. Die Umschuldung des Herrn von Quast-Radensleben erfolgte auf besondere Anweisung des Reichskommissars. Der Leiter des Finanzamtes Ruppin äußerte bei Weiterreichung des Antrags über den Antragsteller, seine Schulden seien entstanden, weil er sein Vermögen veräußert, verhuert und versoffen habe. Trotz dieser schwerwiegenden Anschuldigungen entschied der Reichskommissar, daß Quast-Radensleben umgeschuldet werde, da der Besitz seit mehreren Jahrhunderten der Familie gehöre (!).

Besonders skandalös ist die Sanierung des Rittergutsbesitzers Kroeck. Unter Vorspiegelung eines Ehekonflikts erschwindelte sich dieser saubere Herr 151 000 Mark aus der Osthilfe. In einem Strafverfahren wegen Betruges wurde er zu ganzen 400 Mark Geldstrafe verurteilt.

Um diese ganze schmierige Osthilfe-Angelegenheit weiter zu verfolgen, ist vom Haushaltsausschuß des Reichstages beschlossen worden, einen Unterausschuß einzusetzen. Bei der Abstimmung über die Einsetzung dieses Ausschusses stimmten die Deutschnationalen dagegen. Sie stimmten ferner gegen Anträge, die den Rechnungshof um die Prüfung der Osthilfe ersuchten und die Vorlegung weiteren Materials verlangten. Ein Antrag des Zentrums, die Entschuldung von Großbetrieben davon abhängig zu machen, daß die Betriebe vorher geeignetes Siedlungsland abgeben, wurde gegen die Stimmen der Deutschnationalen und bei Stimmenthaltung der Nationalsozialisten angenommen. Die Deutschnationalen stimmten auch gegen den sozialdemokratischen Antrag, daß Personen, die selber oder deren nächste Angehörige in der Osthilfe stehen, keine Tätigkeit in den Landstellen oder als Treuhändler ausüben dürfen.

Es wurde Zeit, daß in diese schmutzige adlige Vetternwirtschaft hineingeleuchtet wurde. Wenn die Deutschnationalen ein einigermaßen reines Gewissen hätten, so könnten sie im Interesse der Weiterführung der Osthilfe ruhig für Klarstellung der Korruptionfälle sein. Daß sie im Haushaltsausschuß gegen alle derartige Anträge stimmten, zeigt nur, wie groß dieser Osthilfe-Sumpf sein muß.

Auch im Ruhrgebiet SA-Freikorps?

Der von Hitler abtrünnige SA-Führer Stegmann teilt der Presse mit, daß sich in Essen ein „Freikorps Ruhr“ aus SA-Truppen gebildet und um Aufnahme in das Freikorps Franken gebeten habe.

Die Leitung der Essener SA teilt daraufhin mit, daß in Essen von einem solchen Freikorps nichts bekannt sei, daß im Gegenteil die SA und SS des Gaues Essen in ihrer Treue zu Hitler nicht den geringsten Zweifel aufkommen lassen.

Warum Wehrsport?

Das „Reichsbanner“ nimmt zu dieser Frage in einer Erklärung Stellung, der wir folgendes entnehmen:

„In Sachen des Kampfes um Deutschlands Freiheit glauben wir an keine wunderartige Entwicklung, die Deutschland von sich aus von der faschistischen Schande befreien würde. Die Rede von der faschistischen Parteikrise läßt uns kalt. Wir warten nicht ab, was Hugenberg und Hitler, Papen und Duesterberg miteinander auszumachen haben — wir gehen dem Beschluß des Bundesvorstandes gemäß mit dem letzten Mann und dem letzten Groschen in den Wehrsport hinein, und wir hoffen, daß man uns versteht.“

Die Beteiligung am Reichskuratorium für Jugendertüchtigung hat das „Reichsbanner“, wir wir bereits mitteilten, mit Recht abgelehnt.

Reichsarbeitsminister a. D. Schäffer, um dessen Person neulich im Reichsrat der Streit zwischen Brecht und Bracht entstanden war, ist entsprechend den Wünschen des Herrn Bracht wieder zum Präsidenten des Reichsversicherungsamtes und des Reichsversorgungsgerichts ernannt worden.

Die Tatsache der Hinmordung von etwa 1,3 Millionen christlicher Armenier im Namen der christlichen kriegführenden Kulturvölker Europas und Amerikas wurde vertuscht und rief keinen Protest hervor. Im Interesse des den Krieg fördernden Kapitalismus schwiegen die Kirche und ihre Diener.“

Es mordeten also Heiden, Mohammedaner, tagelang sinnlos unschuldige Christen, und kein Papst wandte sich dagegen!

Man könnte noch einwenden, daß die Kirche heute einen Krieg nicht mehr unterstützen werde. Aber wie steht es dann mit der Unfehlbarkeit des Papstes? Hat er während des Weltkrieges doch gefehlt? Offenbar nicht, denn wenn wir genau hinsehen, so stellen wir fest, daß auch heute die Kirche mit den Kriegstreibern nicht gebrochen hat. Nach dem Weltkrieg haben ständig Kriege getobt. Es ist mir nicht bekannt, daß auch nur in einem einzigen Fall der Papst Entscheidendes dagegen unternommen hätte. Selbst in einem Lande wie Spanien, in dem die Katholiken sehr großen Einfluß hatten, hat die Kirche nichts gegen die Kriege in Marokko unternommen. Im Gegenteil, ich sehe nur, daß die verschiedenen Kirchen nach wie vor die Kanonen, die Gewehre, Tanks, Soldaten und Giftgase segnen! Nur gegen die Sowjet-Union, in der der Kirche der Einfluß genommen wurde, erließ der Papst einen Aufruf.

Sind alle diese Handlungen mit dem Grundprinzip des Christentums, mit dem Satz: „Liebe deinen Nächsten wie dich selbst“ vereinbar? Muß man hierzu nicht irgendwie Stellung nehmen?

Ich würde mich freuen, bald eine Stellungnahme von Ihnen zu meinen Vorwürfen gegen die Kirche zu bekommen.

Es grüßt bestens

R. L.

Staatskapitalismus im Aufbau.

Zum Kampf um Braunkohle, Steinkohle und elektrischen Strom.

Abermals: Friedrich Flick.

Abermals hat Friedrich Flick, der Herr der Charlottenhütte A.-G., einen Stein ins Rollen gebracht.

Seit Anfang des vorigen Jahres war der in der Inflationszeit reich und mächtig gewordene Herr Flick in großen Nöten. Er konnte, wie die Reichsregierung später sagte, „keine Bilanz machen“. Der Reichsfinanzminister Dietrich kaufte ihm in der letzten Stunde seiner Ministerschaft, im Juni 1932, die Herrschaft über die Vereinigte Stahlwerke A.-G. ab, die Flick auf einem Umweg über den Besitz von Aktien der Gelsenkirchener Bergwerks A.-G., inne hatte. Das Reich zahlte bekanntlich einen guten Preis; es bezahlte die Aktien mit 90 Prozent des Nennwerts, bei einem Börsenkurs, der während der Vorverhandlungen nur 24 Prozent betragen hatte.

Das Reich wurde Großaktionär im engsten Bereich der Schwerindustrie. Das war für die schwerindustriellen Regenten — trotz allem Geschrei über die private Initiative der kapitalistischen Wirtschaftsführer — nichts grundstürzend Neues. Denn der Staat, der hier besonders deutlich sichtbar in ihre Reihen trat, war ihr Staat. Die öffentliche Hand, von der manche Sozialisten sich die fertige Zurichtung der Wirtschaft für den Sozialismus versprochen, war ihre Hand. Die vorgenommenen Besitzveränderungen waren daher für sie kein Grund zur Beunruhigung. Man sah ja auch deutlich: Herr Vögler leitete die Geschicke der Vereinigten Stahlwerke nach wie vor.

Aber auch bei Herrn Flick war die Aenderung nicht tiefgehend, wenigstens nicht tiefgehend genug. Er ist zwar durch das erwähnte Geschäft mit dem Reich von seinen Schulden die runde Summe von 90 Millionen Mark losgeworden. Doch blieben ihm offenbar noch große Schuldensorgen. Und

so kam der zweite Akt: Herr Flick brachte abermals einen Stein ins Rollen.

Der zweite Akt hängt mit dem ersten eng zusammen: Das Reich hatte im Rahmen seines Geschäfts mit Flick diesem aus dem Besitz der Gelsenkirchener Bergwerks A.-G. 13,5 Millionen Mark Aktien der Rheinischen A.-G. für Braunkohlenbergbau (Regent: Silverberg) gegeben. Eben diese Aktien nebst weiteren 8 Millionen Mark, die eine Untergesellschaft seiner Charlottenhütte A.-G. besitzt, will Herr Flick jetzt verkaufen, um seinen Schuldenbestand weiter herabzusetzen. Er will sich offenbar damit aus dem Westen Deutschlands zurückziehen und sich auf den Stahlwerksbesitz der Charlottenhütte in *Mitteldeutschland* (Mitteldeutsche Stahlwerke und Maxhütte) konzentrieren. Doch interessant ist uns in diesem Zusammenhang Herr Flick, einer der klügsten und gerissensten Händler mit Machtpositionen, nicht weiter. Daß er trotz seines guten Geschäfts mit dem Reich noch immer keine Bilanz der Charlottenhütte für 1931 veröffentlicht hat, sei lediglich nebenbei bemerkt.

Wohin rollt der Stein, den Flick neuerdings ins Rollen brachte?

Das Aktienpaket der Rheinischen A.-G. für Braunkohlenbergbau, insgesamt 21,5 Millionen Mark, rollt in das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk, und noch ein anderes Paket, von dem wir gleich sprechen werden, rollt den gleichen Weg. Der Regent der Rheinischen A.-G. für Braunkohlenbergbau, Silverberg, verliert seine Souveränität. Um dies und die wirtschaftspolitischen Folgen dieses Rollens von Aktienpaketen zu verstehen, zunächst einige Ausführungen über die Rheinische A.-G. für Braunkohlenbergbau (kurz: Rheinbraun-A.-G.) und das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk (RWE).

Silverbergs Werk: Die Rheinbraun-A.-G.

Die Unternehmungen, zwischen deren Regenten zur Zeit in Aufsichtsratsitzungen und privaten Besprechungen Machtkämpfe ausgefochten werden, sind durch Personen, und zwar gerade durch die *entscheidenden*, eng mit einander verbunden: Vögler, der Generaldirektor der Vereinigten Stahlwerke A.-G., ist zugleich der Vorsitzende des Aufsichtsrates des RWE und stellvertretender Vorsitzender im Aufsichtsrat der Harpener Bergbau A.-G., die von der Rheinbraun-A.-G. beherrscht wird; er sitzt ferner auch im Aufsichtsrat der Rheinbraun-A.-G. selber. Sowohl Silverberg als auch Fritz Thyssen gehören dem Präsidium des RWE an. Silverberg sitzt ferner zum Beispiel auch im Aufsichtsrat der Gelsenkirchener Bergwerks A.-G. und der Vereinigten Stahlwerke A.-G. Diese persönliche Verflechtung stammt noch aus der Zeit, in der Vögler und Silverberg die engsten Mitarbeiter von Stinnes waren.

Sie hat aber nicht gehindert, daß einer hinter dem Rücken des anderen handelte: Als im Frühsommer 1932 jene 13,5 Millionen Mark Rheinbraun-Aktien an Flick übergingen, hat Silverberg vorher davon nichts erfahren, obwohl Vögler seinen Freund Flick bei Beschaffung der Reichshilfe entscheidend unterstützt hat. Ferner hat Silverberg zwar erfahren, daß die Charlottenhütte, also Herr Flick, neuerdings das Paket Rheinbraun-Aktien verkaufen wollte; aber er hat nicht erfahren, *an wen*. Und er hat schließlich nicht gewußt, daß das RWE gleichzeitig von Thyssen 8—10 Millionen Mark Rheinbraun-Aktien angeboten bekam.

Zu diesem Angebot, weil es politisch besonders interessant ist, eine kurze Erläuterung: Daran, daß Fritz Thyssen sein Rheinbraun-Aktienpaket hergeben will, scheinen die Aufwendungen Thyssens für Hitler schuld zu sein. Die enge Verbindung mit Hitler hat ihn anscheinend mehr gekostet, als er erwartet hatte; Bürgschaften, die er übernommen hat und zunächst für eine materielle unbedeutende Gefälligkeit hielt, zwangen anscheinend zu erheblichen Zahlungen.

Das RWE besitzt bereits 2 bis 3 Millionen Rheinbraun-Aktien. Es hat im Augenblick die „Option“ (das Ankaufsrecht) auf rund 29,5 bis 31,5 Millionen Mark Aktien aus dem Besitz von Flick und Thyssen. Wenn das RWE diese Aktien zu einem geschlossenen Paket vereinigt, kann es die Rheinbraun-A.-G., die ein Aktienkapital von 72,9 Millionen Mark hat, beherrschen.

Ueber was erwirbt das RWE damit die Herrschaft? Ueber ein Unternehmen, das über 35,15 Prozent der Brikettquote im Rheinischen Braunkohlen-Syndikat verfügt. Ueber ein Unternehmen, das inmitten des Stromlieferungsgebietes des RWE von seinem modernen 170 000-Kilowatt-Werk Fortuna aus die Stadt Köln mit Strom beliefert. Ueber ein Unternehmen, das unter Leitung von Silverberg, bei Kurzhaltung der Aktionäre, große Reserven gebildet hat; diese Reserven waren so groß, daß die Rheinbraun-A.-G. 40 Millionen Mark Aktien (40 Prozent des Aktienkapitals) der Harpener Bergbau A.-G., des größten reinen Steinkohlenunternehmens in Deutschland, kaufen konnte.

Es ist also ein fetter Brocken, der auf das RWE zurollt.

Das RWE, eine Stinnes-Schöpfung.

Das RWE ist von Stinnes errichtet worden als gemischtwirtschaftliche Unternehmung, unter Beteiligung privater Unternehmer und zahlreicher Kommunen. Zweck der Gründung war für Stinnes: der Feinkohle der Steinkohlenzechen Absatz zu verschaffen. Mit der Zeit wurde zur Steinkohle als Elektrizitätsrohstoff Braunkohle gefügt. Auf Grundlage der Braunkohlenförderung der Roddörgrube, die jetzt dem RWE gehört, wurde das große Goldenberg-Werk errichtet.

Das RWE kauft übrigens seit langem Strom zu von dem Elektrizitätswerk Fortuna der Rheinbraun-A.-G.; es kauft rund ein Drittel des dort überhaupt erzeugten Stromes. Auch im Stromtransport arbeiten RWE und Fortuna-Werk bereits zusammen. In Brauweiler steht eine gemeinsame Stromausgleichsstelle. Das Zusammenarbeiten wurde dadurch besonders nahegelegt, daß das RWE in erster Linie ein Kraftwerk ist, während die Rheinbraun-A.-G. in erster Linie ein Braunkohlen- und Brikettwerk ist.

Die Bedeutung des RWE schon vor dem Erwerb der Aktienmehrheit bei der Rheinbraun-A.-G. zeigen die folgenden Zahlen: Der Stromabsatz betrug im Geschäftsjahr 1931/32 rund 3 Milliarden Kilowattstunden; im Geschäftsjahr 1929/30 waren es noch 3,5 Milliarden Kilowattstunden.

Das hat 'nen Sinn mein Junge.

Was die einzelnen regierenden Herren in den westdeutschen Großunternehmungen einander im Feilschen um die Macht abnehmen oder zuschustern, kann uns verhältnismäßig gleichgültig sein, obwohl wir denen, die die Nationalsozialisten finanzieren, eine besondere Schröpfung gern gönnen würden. Für uns ist wichtiger, die Entwicklung zum Staatskapitalismus, die sich dort anbahnt und fortsetzt, genau ins Auge zu fassen.

Die einzelnen Kapitalisten fühlen sich nicht stark genug, und sie rufen jetzt den Staat nicht nur als Helfer von außen, der Subventionen gibt, sondern sie nehmen ihn als Genossen in ihre Mitte.

Gelegentlich der Bankensanierung im Frühjahr 1932 hatten gewiß viele von ihnen noch Sorge, der Staat würde ihnen zu sehr ins Handwerk pfuschen. Die staatliche Bankenaufsicht, die so gut wie unsichtbar ist, die Belassung nahezu aller alten Personen in ihren Bankdirektorenstellen, all das hat offenbar „beruhigend“ gewirkt. Daß der Staat seine Machtstellung in den Vereinigten Stahlwerken nicht im Konsumenteninteresse ausnutzt, hat weiter beruhigt. Der Staat ist eben — man kann das nicht oft genug sagen — ihr Staat. Die öffentliche Hand ist ihre Hand.

Welchen Sinn hat das Weitergreifen der Hände des RWE auf die Rheinbraun-A.-G.?

Erstens: Das RWE liefert der Privatindustrie elektrischen Strom. Wenn es auch die Belieferung der Bewohner der Großstadt Köln mit Strom kontrolliert, wenn fast keine Gemeinde im westdeutschen Industriegebiet sich an einen anderen großen Stromlieferanten wenden kann, — welche

glänzende Möglichkeit, den Industriestrom zu verbilligen auf Kosten des Lichtstroms!

Eine neue Form der Subventionierung von Industriellen durch die Konsumenten steht da in großem Ausmaß bevor.

Zweitens: Das RWE und die Rheinbraun-A.-G. produzieren zusammen 62,66 Prozent der Brikettquote und 55,53 Prozent der Rohkohlenquote im Rheinischen Braunkohlensyndikat. Wenn das RWE nun das Silverbergsche Unternehmen schluckt, so hat es eine sehr starke Stellung im Syndikat. Das RWE kann dann je nach Belieben den jüngeren Konkurrenten der Steinkohle, die Braunkohle, im Absatz vorantreiben oder zurückhalten. Steinkohle kann im Preis bekanntlich nicht über den Punkt gesteigert werden, an dem die Verwendung von Braunkohle rentabler wird. Das gilt insbesondere auch für den Hausbrand. Das RWE hat es also, wenn es die Rheinbraun-A.-G. geschluckt hat, in der Hand,

durch Steigerung des Braunkohlenpreises eine wichtige Grundlage für die weitere Hochhaltung oder gar Steigerung der Steinkohlenpreise zu schaffen.

Dazu kommt drittens: Schon durch Erwerb der Gelsenkirchener-Aktien hat das Reich zusammen mit Preußen maßgebenden Einfluß auf das Ruhrkohlen-Syndikat gewonnen. Die Herrschaft über die Rheinbraun-A.-G. schließt in sich die Herrschaft über die Harpener Bergwerks A.-G., das größte deutsche reine Steinkohlen-Unternehmen. Damit wäre ein entscheidender Teil der deutschen Steinkohlenproduktion in den Machtbereich der öffentlichen Hand gelangt.

Kartellkapitalismus und Staatskapitalismus reichen sich öffentlich die Hand. Die Masse der Konsumenten wird das büßen.

Kurz: Die Vereinigten Stahlwerke werden von der öffentlichen Hand beherrscht, im Interesse der schwerindustriellen Kapitalisten. Das von der öffentlichen Hand bereits

Der Stromabsatz macht mehr als ein Zehntel der gesamten deutschen Elektrizitätserzeugung aus.

Das RWE verspricht sich vom Ueberschlucken der Silverbergschen Gesellschaft wohl unter anderem folgendes: Die ihm gehörende Roddörgrube ist angeblich nach einigen Jahrzehnten erschöpft; die unvergleichlich größeren Braunkohlenvorräte der Rheinbraun-A.-G. wären da eine wichtige Ergänzung. Das Fortuna Werk versorgt überwiegend Privatverbraucher, während das RWE überwiegend Industriebetriebe beliefert; ein Ausgleich wäre zum Beispiel zur Stabilhaltung des Absatzes erwünscht. Der jährliche Brikettabsatz der Rheinbraun-A.-G. betrug zuletzt 3,6 Millionen Tonnen, bei der dem RWE gehörenden Roddörgrube nur 2 Millionen Tonnen. Beim RWE überwiegt das Energiegeschäft, bei der Rheinbraun-A.-G. das Kohlegeschäft. Auch hier wäre dem RWE ein Ausgleich erwünscht.

Doch noch zum RWE selber: Ist es ein privates Unternehmen? Der Form nach: Ja. Es wird auch nach privatwirtschaftlichen Grundsätzen geführt. Doch hat nach Ansicht der wohl gut unterrichteten „Frankfurter Zeitung“ die öffentliche Hand — genauer: eine Reihe von öffentlichen Händen haben die Ueberhand über die verstreuten privaten Aktionäre und auch über die beteiligten Großunternehmungen der Montan-Industrie. Zu den öffentlichen Händen gehören übrigens nicht nur die beteiligten Kommunen, die zum Teil auf Namensaktien ein mehrfaches Stimmrecht besitzen, sondern auch das Reichs-Elektrowerk und Preußenelektra.

Wenn das RWE sich jetzt die Rheinbraun-A.-G. irgendwie angliedert — um den Vertrag darüber werden zwischen den Interessenten noch heftige Kämpfe ausgefochten —, so bedeutet das unseres Erachtens ein Vordringen der öffentlichen Hand, deutlicher gesagt: einen weiteren Schritt zum Staatskapitalismus.

Das hat der Kölner Oberbürgermeister A d e n a u e r kürzlich in einer Aufsichtsratsitzung der Rheinbraun-A.-G. festgestellt. Diese Feststellung wird dadurch nur noch unterstrichen, daß merkwürdigerweise er, der Vertreter einer öffentlichen Hand, das Verhalten von Privatindustriellen, die ihre Aktienpakete der öffentlichen Hand ausliefern, brandmarkte (wohl deshalb, weil es nicht seine öffentliche Hand war!).

beherrschte RWE wird als Machtposition ausgebaut, abermals im Interesse der schwerindustriellen Kapitalisten.

Mit dem Gewicht des Staates als Kapitalisten innerhalb der Schwerindustrie wächst zweifellos auch das Gewicht der Schwerindustrie innerhalb des Staates.

Die anderen Kapitalistengruppen sind offenbar zu schwach, das zu verhindern. Und diejenige Gruppe, die es weiterhin könnte, die Arbeiterschaft? Ihre Kräfte werden teils durch den Bruderkampf zersplittert, teils werden sie gelähmt durch die allerdings wohl immer nebelhafter werdenden Hoffnungen, jene kapitalistischen Herren würden sich als Wegbereiter des Sozialismus erweisen. So bleibt für die Schwerindustrie die Aussicht, die öffentliche Hand weiter zu benutzen als das, was sie heute ist, als ihre Hand!

Unsere Aufgabe wird sein, ihnen diese Hand wieder abzuhacken. Hellmut Rauschenplat.

Reichsbankausleihungen schrumpfen weiter.

	Gold	Devisen	Reichs-schatz-wechsel	Lombard	Wechsel, Schecks	Noten-menge	Giro-guthaben	Gesamt-Geld-menge
15. 1. 1932	966	155	23	10	158	1932	384	197
23. 1. 1932	956	151	7	103	1407	1198	371	5973
15. 12. 1932	799	118	43	110	2607	400	354	5423
25. 12. 1932	800	118	9	103	2544	4371	383	1367
15. 1. 1933	801	120	22	71	2385	271	333	5234
23. 1. 1933	807	115	9	68	227	1144	327	5081

Die Deckungbestände haben einen geringen Zugang auszuweisen.

Die Ausleihungen haben sich in der Berichtswoche um rund 113 Millionen Mark verringert. Seit Anfang des Jahres sind nunmehr Kredite in Höhe von 617 Millionen Mark zurückgezahlt worden, sodaß die Ausleihungen der Reichsbank am 23. Januar nur noch 2364 Millionen Mark betragen, — ein Tiefstand, wie er seit Anfang Juni 1931 nicht mehr erreicht worden ist. Bey.

DEUTSCHLAND

Erdöl-Autarkie? Dr. Körding, der Vertreter der holsteinischen Erdöl-Interessenten, ruft zum Zusammenschluß des deutschen Erdölbergbaus auf. Als Ziele des zu gründenden Verbandes werden unter anderem genannt: Deutschlands Selbstversorgung mit Erdöl, Beschaffung von Reichskrediten. — Zur Orientierung: 1931 wurden in Deutschland 229 000 Tonnen Erdöl gewonnen und 235 000 Tonnen eingeführt.

Stahlwarenausfuhr um 56 Prozent niedriger als 1929: 1932 führte Deutschland für 32,2 Millionen Mark Stahlwaren aus, 1929 — im Jahre der größten Stahlwarenausfuhr nach dem Weltkrieg — für 73,4 Millionen Mark. Die Ausfuhr war übrigens 1932 auch erheblich niedriger als 1931, und zwar ist sie der Menge nach um rund ein Drittel, dem Werte nach um mehr als ein Sechstel gegenüber 1931 zurückgeblieben.

NEUSE LAND

Geldentwertung: Das neuseeländische Kabinett hat beschlossen, daß in Zukunft 125 neuseeländische Pfund ebenso viel Wert haben wie 100 englische Pfund. Bisher war der Wert von 110 neuseeländischen Pfund gleich 100 englischen Pfund. Die Banken opponierten ohne Erfolg gegen diese Währungsverschlechterung, durch die vor allem die Forderungen der Landwirtschaft erfüllt werden. Das Kabinett beabsichtigt ferner, die Zinssätze herabzusetzen und Steuererleichterungen für die Landwirtschaft einzuführen.

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich bei Ausfall der Lieferung
bei höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung

Bezugspreis 2.— Mark monatlich zusätzlich Zustellgebühr
nach Vereinbarung Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit

Redaktion und Verlag: Berlin SW 19, Inselstr. 2a. Fernruf: P 7 Janowitz 5939.
Postcheckkonto Berlin Nr. 804 60 (Internationale Verlagsanstalt G m b H.)

NUMMER 308 A

BERLIN • Sonnabend, den 28. Januar 1933

2 JAHRGANG

Die autoritäre Staatsführung wackelt in allen Fugen.

Wie kann die Arbeiterschaft ihr Recht durchsetzen?

Chinas Bauernrevolution — Japans Alpdruck.

Von Karl Hinkel.

Die koreanischen Reisbauern, die in die Mandchurei ausgewandert sind, werden gegen ihren Willen von den Japanern als japanische Staatsbürger reklamiert und in die Zwickmühle genommen zwischen die japanischen und die chinesischen Machtinteressen; sie genießen das besondere Interesse der japanischen Generäle. Denn die Mandchurei ist das Zufluchtgebiet der vertriebenen koreanischen Freiheitskämpfer, die in glühender Freiheitsliebe an der Heimat hängen und zumeist mit dem Kommunismus sympathisieren.

Die Gefahr des Kommunismus.

„Die russische Revolution hatte die soziale Struktur des größten Nachbarvolks geändert und die Gefahr des Kommunismus aufgerichtet. . . . Die Drohung aber dauerte fort, und Japan hatte sich mit dem Vordringen des Kommunismus nach der Mandchurei und nach China auseinanderzusetzen.“ (Kawasaki, japanischer Dolmetscher bei der Lytton-Kommission.)

Die „Lebensfrage“, um die es sich in der Mandchurei für Japan dreht, entpuppt sich hiernach als die Sorge um Verhinderung fremder Einflüsse auf die japanischen Herrschaftsgebiete des asiatischen Festlandes. Und diese Sorge hat besonders Nahrung gefunden in der kommunistischen Bauernbewegung in China. Es ist nicht nur ein Gespenst der Angst, sondern es ist die Millionenbewegung chinesischer Bauern, die die japanischen Machthaber zur Aktion treibt. Denn sie wollen verhindern, daß der Funke der Empörung aus den chinesischen Sowjetbezirken hinüber schlägt nach Korea und von da zu den hungernden Bauernmassen im eigenen Lande.

„China ist heute kein ordnungsmäßig verwalteter Staat mehr“ schrieb kürzlich der „Japanische Verein in Deutschland“. Das heißt auf deutsch: die chinesische Regierung ist nicht in der Lage, das Weiterwachsen der kommunistischen Inseln in China sicher zu verhindern. Diese Tatsache liefert den japanischen Faschisten nicht nur einen Vorwand zum Vormarsch. Das sichert ihrem Vorgehen auch die weitgehende Neutralität der übrigen imperialistischen Mächte, die an der wirtschaftlichen Ausplünderung Chinas interessiert sind und in dem Wachstum der chinesischen Sowjetgebiete mit Recht eine Gefahr erblicken für ihre Profitinteressen in China und in ganz Asien.

Die führende englisch gedruckte, informationsreichste Ingenieurzeitschrift des Fernen Ostens schreibt programmatisch bereits vor einem Jahr (vergleiche: „Geopolitik“ vom Februar 1932):

„Die Regierung von Japan steht für Stabilität, Sicherheit, Fortschritt, Ordnung, Internationale Verpflichtung: als Bollwerk der Zivilisation im Fernen Osten gegen die Ausbreitung von Mächten, die den Frieden der Welt bedrohen.“

„Die Regierung von China, wie sie sich heute hält, steht für Chaos, Anarchie. . . . Versklavung, Rebellion und Kommunismus: ein offener Verbündeter für jene Kräfte, die, wenn sie kein Rückschlag trifft, die Welt und ihre (kapitalistische! K.H.) Zivilisation ruinieren werden.“

„Die Regierung Sowjetrußlands — der dritte und stille Teilhaber am mandchurischen Streit — . . . steht für soziale Wirren, Weltrevolution und Herausforderung der Zivilisation. . . . Zentralchina ist ein Nest kommunistischer Gemeinschaften, die erfolgreich die Streitkräfte von Nanking abgeschlagen und ihre eignen Regierungen aufgerichtet haben.“

Tatsächlich bestand seit 1928 die Hauptbeschäftigung Tschiang Kai-Scheks darin, die roten Armeen in den südöstlichen Provinzen zu bekämpfen. Die Provinzen Fukien und Kiangsi und große Teile der Provinz Kwantung (Kanton) sind sowjetisiert. Aber auch in Nordchina befinden sich einige Sowjetgebiete, so in den Provinzen Honan und Tschili. Sogar in der Nähe von Peking ist ein solcher Bezirk. Anfang 1932 wurde auch von einem Sowjetbezirk bei der Insel Kentau im Yalo-Fluß berichtet, in dem Grenzgebiet zwischen der Mandchurei und Korea!



Wer. Wenn man nicht infolge der ungeheuren Not der Zeit mit ernstesten Sachen vollauf beschäftigt wäre, könnte man über die führenden Staatsmänner Deutschlands politische Satiren schreiben, daß die Kabarets für Jahre hindurch mit einem Repertoire versehen wären. Die aufgeplusterte und pompöse Anzeige des klugen und sozialen Generals von Schleicher als eines Retters aus der Not, die Berufung Herrn von Papens dieses geradezu grotesken „Ritters ohne Furcht und Tadel“, der an Intelligenz

und Können den Edlen von la Mancha gewiß nicht erreicht, die Verhandlungen Hugenbergs, Hitlers, Straßers und Dutzender anderer Anwärter auf den Kanzlerposten eines Sechzigmillionen-Landes sind so traurig, daß das Gefühl der Beschämung, über diese Leute in einer ordentlichen Zeitung überhaupt ein Wort verschwenden zu müssen, nur noch von dem überboten wird,

daß die organisierte Arbeiterschaft mit ihrem Programm des Friedens und der sozialen Gerechtigkeit vor den adligen und anderen Wühlmäusen immer noch kapituliert.

Statt wie gebannt auf das Tohuwabohu zu starren, das hier von Generälen, Pfaffen, beutegierigen Großgrundbesitzern und ähnlichen Zeitgenossen angestellt wird, sollten heute endlich — wie oft soll man es wiederholen! — die Führer der großen Arbeiterorganisationen sich zusammensetzen, um für die allernächste Zeit zu beraten, was man gegen den gemeinsamen Feind nicht nur alles Fortschritte, sondern überhaupt jeder Vernunft und Gerechtigkeit unternehmen könnte. Aber selbst wenn ihnen die Aufstellung solcher programmatischen Forderungen schon zu kompliziert ist, dann sollten die Führer der Arbeiterschaft sich wenigstens für den von der Reaktion geplanten Fall vorher verständigen, daß die Reaktion auf dem Wege des Staatsstreuchs den Reichstag abschafft oder auf längere Zeit vertagt und dann gleichzeitig — was wohl selbstverständlich ist —

auch die Möglichkeit unterbindet, Verabredungen über gemeinsames Vorgehen der verschiedenen Arbeiterorganisationen in der Öffentlichkeit zu treffen und in gemeinsamen großen Demonstrationen für die Ziele der Arbeiterschaft zu werben.

Gerade wenn man damit rechnet, daß die Reaktion einen so entscheidenden Vorstoß machen wird, und zwar weniger aus Mut und Ueberzeugungstraue als deswegen, weil ihr infolge ihrer stümperhaften Politik und der allgemeinen Krise das Messer an der Kehle sitzt, müssen verantwortungsbewußte Arbeiterführer sich für diesen Fall besser rüsten, als es bis heute geschehen ist.

Die Zeit drängt, und es ist bereits viel zu viel Zeit verloren worden. Am 31. Januar soll der Reichstag zusammen treten, vielleicht tritt er einige Tage später zusammen — für den Fall jedenfalls, daß er aufgelöst wird und daß seine Wiedereinberufung durch die Regierung abgelehnt wird, muß die Arbeiterschaft schon heute Verabredungen treffen,

Verabredungen etwa in der Richtung, daß dann auf diese Aktion der Rechten mit einem General-

Die kommunistische Bauernbewegung in China.

Wo die chinesischen Kommunisten zur Macht kommen, wird nach Beseitigung der bisherigen Machthaber die Macht und Verwaltung einem Komitee übertragen, das von den Soldaten, Besitzlosen, Landarmen und Arbeitern gewählt wird. Die Pachtherren, wohlhabenden Bauern, Mönche und Priester jeder Art bleiben von der Wahl ausgeschlossen.

Die Pachtverträge werden annulliert, die Schulden gestrichen, die Steuern herabgesetzt und das Land neu verteilt.

Über die Methode der Landverteilung ist es teilweise zu Meinungsverschiedenheiten gekommen. Aber man denkt

AUS DEM INHALT:

Die Rolle der Polizei.
Die Auflösungsseuche.
„Kulturwidrig und wahnsinnig . . .“
Kampf um das persische Oel.
Haupt-Goldproduktionsland ohne Goldwährung.

streik der Linken geantwortet wird. Ueber die Streikparolen und über die Zusammensetzung der Streikleitung muß jetzt Klarheit geschaffen werden, nicht erst im Augenblick der Ueber raschung; denn diese führt bei einer Ueberrump lung leicht zur bloßen Panik.

Was ist bisher von den Arbeiterführern in dieser Richtung geschehen? Die Antwort kennen Menschen, die lesen können, von selber. Gerade in den jüngsten Tagen wird noch immer innerhalb der Arbeiterpresse ein teils gehässiger, teils versteckt widerwärtiger, teils plump anbietender Kampf gegeneinander geführt, der dem durchsichtigen Zweck dient, die eigene Partei entweder bei kommenden Wahlen zu stärken oder für eigene Parolen mehr Unterstützung zu finden.

So geht es nicht lange weiter. Wir warnen die Führer der Arbeiterschaft und jeden Genossen und Kollegen selber: Die allgemeine Not hat müde gemacht; aber — da wir in einer Frostperiode stecken, mag dieses Beispiel hier angewandt werden —: der politischen Müdigkeit jetzt nachgeben, ist so verhängnisvoll wie das für einen Wanderer ist, den die Kälte ermüdet hat:

es ist zuerst angenehm, der Müdigkeit nachzugeben; aber die Folge dieses Nachgebens ist der Tod.

Die NSDAP.

„Die Entscheidung, ob am 4. Februar die Auflösung des Reichstages kommt, liegt ganz allein beim Reichspräsidenten. Wir wissen nicht, ob er sich bis dahin zu der Ueberzeugung durchgerungen haben wird, daß die Krise nur durch Hitlers Betrugung mit dem Reichskanzleramt zu lösen ist.“
(„Völkischer Beobachter.“)

Herr Schleicher.

Wie von zuständiger Stelle erklärt wird, sind die Gerüchte, daß Reichskanzler von Schleicher zurückgetreten sei, falsch. Der Reichskanzler beabsichtigt auch nicht, zurückzutreten. Er werde, wie das bereits mehrfach erklärt worden sei, die Entscheidung des Aeltestenrats abwarten und frühestens am Sonnabend vormittag dem Reichspräsidenten Vortrag halten über die politische Lage und über die Maßnahmen, die möglicherweise zur Verhütung ähnlicher Vorfälle wie in Dresden getroffen werden könnten. Das Gerücht, der Führer der DNVP, Geheimrat Hugenberg, habe am Donnerstag im Reichspräsidentenpalais eine Ministerliste der Harzburger Front überreicht, treffe nicht zu!

vorläufig nicht daran, die Familiengliederung und die bäuerliche Privatwirtschaft zu beseitigen, wenn auch die neu zugewiesenen Landanteile nicht als Privateigentum, sondern als Eigentum des Gesamtsovjets gelten. An Stelle der vielfachen Steuern und Abgaben wird ein einfacher Grundzins in mäßiger Höhe gesetzt. Der freie Handel wird mit gewissen Beschränkungen (Normierung der wichtigsten Lebensmittelpreise) zugelassen.

Die Zentrale der chinesischen Sowjetgebiete, die keine geographische Einheit bilden, ist die Stadt Juik in im südöstlichen Gebirgsland von Kiangsi, nahe der Grenze von Fukien. Hier wurde auf einem „Ersten Allchinesischen Sowjet-Kongress“ am 7. November 1931 der Entwurf einer „Verfassung der Chinesischen Sowjetrepublik“ ausgearbeitet.

die sich zu einer „demokratischen Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft“ bekennen.

Das Ziel dieser Diktatur ist vor allem „die Vernichtung des Feudalismus, die gründliche Verbesserung des Lebensniveaus der Bauern, Konfiszierung des Grund und Bodens der Gutsbesitzer, Verteilung an die armen und mittleren Bauern und zuletzt die Verwirklichung der Nationalisierung von Grund und Boden“.

Es wird vorsichtig von einer „Beschränkung der Macht des Kapitalismus“ gesprochen, „bis zum Übergang zur Diktatur des Proletariats“. „Abschaffung aller Pachtverträge unter knechtischen Bedingungen“ wird gefordert. Im Schlußsatz der Verfassung wird die Solidarität mit der Sowjetunion ausdrücklich betont. Es ist aber fraglich, ob russische Kommunisten an dem Aufbau der chinesischen Sowjetgebiete tätigen Anteil genommen haben, wie es früher in Kanton der Fall war.

Diese kommunistische Aufstandsbewegung ist eine Bauernbewegung, herausgewachsen aus den „Bauernbünden“, die während der Kuomintangherrschaft in Kanton und während der ersten Hälfte des Feldzugs gegen den Norden (1926) von der Kuomintang selber organisiert wurden. In dem Elend, der Unterdrückung und Ausplünderung der verarmten Landbevölkerung liegt die Ursache des kommunistischen Aufstandes. Und die chinesischen Bauern, die sich in den Sowjetgebieten zusammengefunden und das Joch der Knechtschaft abgeschüttelt haben, verteidigen die gewonnene Freiheit mit Zähnen und Klauen. Die aus ihnen gebildete Rote Armee rekrutiert sich aus Freiwilligen und wird auf 300 000 Mann geschätzt. Sie steht unter der Leitung von Chu The, der früher in Deutschland studiert hat, und gilt als ein ausgezeichnete Machtapparat.

Im Gebiet der chinesischen Sowjetbezirke leben etwa 80 Millionen Menschen — von den insgesamt 475 Millionen Chinesen. Zum großen Teil handelt es sich um Bezirke, die abseits liegen vom Verkehr. Hier reift unabhängig von der politischen Agitation in den Großstädten eine echt bäuerliche Agrarrevolution heran, von der verhältnismäßig wenig bekannt ist, von der aus aber eine gewaltige Revolutionsbewegung die verarmten Bauernmassen ganz Chinas, Indochinas und Indiens, Koreas und Japans in Bewegung bringen kann. Die Anget der Japaner vor dieser Bewegung ist durchaus verständlich. Und ihr Streben, einen Schutzwall „unabhängiger“ Staaten zwischen diesen Revolutionsherden und den eigenen Herrschaftsgebieten aufzurichten, wird daher auch von Seiten der anderen imperialistischen Staaten kaum ernsthaft gestört werden.

Von besonderer Bedeutung für die Zukunft des Sozialismus in der Welt ist die Tatsache, daß

die kommunistische Bauernbewegung in China bis jetzt keine kollektivistische Bewegung

ist. Die Parolen der sofortigen Kollektivierung der Landwirtschaft und der völligen Beseitigung des freien Handels werden ausdrücklich als falsch bezeichnet und als antirevolutionär von der KPCh bekämpft, obwohl die KPCh grundsätzlich für endgültige Kollektivierung der Landwirtschaft und allmähliche Liquidierung des freien Handels eintritt.

Die Führung der chinesischen Agrarbewegung liegt in der Hand der KPCh, ist jedoch ohne organisatorische Verbindung mit der chinesischen Industriearbeiterschaft, die schlecht organisiert und wenig aktionsfähig ist. So traurig dieser Umstand in tagespolitischer Hinsicht ist, so ermöglicht er doch vielleicht bei den chinesischen Agrarrevolutionären die Bildung eines eigenen Urteils über den rechten Weg einer ausbeutungsfreien sozialistischen Agrarpolitik; eines Urteils, das von außen und auch vom kollektivistischen Dogma unbeeinflusst ist. Der KPCh wird von kommunistischen Intellektuellen der Vorwurf gemacht, daß sie Gefahr laufe, eine Bauernpartei zu werden statt eine Arbeiterpartei. Bisher ist das Interesse der Bauern nach freier Arbeit auf freiem Boden von den Kommunisten auf Grund des kollektivistischen Dogmas nicht anerkannt worden. Das hat die Bildung einer zuverlässigen Einheitsfront zwischen Bauernschaft und Proletariat in den kapitalistischen Ländern verhindert und zu einer falschen Behandlung der Bauernschaft in der Sowjet-Union geführt. Hoffentlich haben die

chinesischen Bauernführer die innere Freiheit, sich von dem starken geistigen Einfluß des kollektivistischen Dogmas frei zu halten. Dann besteht hier die Aussicht, daß an einem gewaltigen Experiment die Kraft einer von politischer Ausbeutung freien Bauernmacht erwiesen wird.

Diese sozialistische Bauernbewegung Chinas steht vor ungeheuren Gefahren. Es darf als sicher erwartet werden, daß im Falle einer Intervention des Völkerbundes im chinesischn-japanischen Konflikt die Imperialisten aller Länder die „Ruhe und Ordnung“ in China herstellen würden auf Kosten der chinesischen Bauernrevolution. Jede Art von kollektivistischem Experiment in dieser Bewegung würde zu dieser äußeren Gefahr auch noch die innere Gefahr der Zersetzung und Schwächung hinzufügen. Das wäre für die Bewegung lebensgefährlich.

G. K. Auf Veranlassung der britischen Regierung befaßt sich der Völkerbundsrat mit der Kündigung der britischen Oelkonzession in Persien durch die persische Regierung.

Im Jahre 1901 erhielt der britische Kapitalist William Knox d'Arcy von der persischen Regierung das Ausbeutungsrecht großer Oellager in Persien auf einer Fläche, die größer ist als Deutschland und Frankreich zusammen. Zur Ausnutzung dieses Rechts wurde 1909 die Anglo-Persian Oil Company geschaffen. 1914 erwarb die britische Regierung auf Betreiben Churchills die Aktienmehrheit in dieser Gesellschaft, um die Oelversorgung der britischen Marine sicherzustellen. Durch einen Vertrag vom Jahre 1919 wurden die Ansprüche der britischen Regierung auf die persischen Oelfelder ausdrücklich bestätigt; darüber hinaus wurde die persische Regierung verpflichtet, englische Sachverständige zu verwenden und auf eigene Kosten mittels englischer Offiziere und Munition eine Truppe zur Verteidigung jener britischen Oelkonzessionen zu schaffen.

Seit 1919 ist die persische Regierung immer mehr von der britischen abgerückt: Die Regierung Riza Khans und große Teile der Bevölkerung traten in wachsendem Maße für die Erhaltung der nationalen Unabhängigkeit Persiens ein und sehen in Großbritannien den wichtigsten Feind ihrer Bestrebungen. Die britische Regierung hat dem persischen Nationalismus nach und nach eine große Zahl von Zugeständnissen gemacht: die britischen Flugplätze für den Verkehr mit Indien auf arabischen Boden verlegt, Persien seine eigene Zollhoheit zugestanden u. s. w. Das alles hat aber die persische Regierung nicht daran gehindert, den Vertrag von 1919 zu kündigen und die Rückgabe der Oelkonzessionen zu verlangen.

Die britische Regierung hat selbstverständlich versucht, die Auseinandersetzung mit Persien in Genf übers Knie zu brechen, in der Hoffnung, eine für sie günstige Entscheidung zu erzielen, solange die persische Regierung nicht Zeit hatte, die Darlegung ihres Standpunktes gehörig vorzubereiten. Die Perser jedoch waren auf ihrer Hut und haben erreicht, daß der Konflikt um den Vertrag von 1919 erst zur Entscheidung kommt, wenn sie ihre Verteidigung gründlich haben vorbereiten können, und ihre Vertreter Genf erreicht haben. Wer weiß, ob diese vernünftige Maßnahme erzielt worden wäre, wenn nicht ausgerechnet De Valera, der erbitterte Feind Englands, in diesem Augenblick Vorsitzendes des Völkerbundesrates gewesen wäre.

Welches sind die Interessen, die unmittelbar und mittelbar in diesen Konflikt hineinspielen?

1. Das Interesse Persiens, seine Angelegenheiten unabhängig vom britischen Imperialismus zu regeln, ein völlig berechtigtes Interesse, für das die persische Regierung mit viel Mut und Geschick kämpft.
2. Das Interesse Englands, sich eine Oelbasis für seine Flotte zu schaffen, ein Interesse, das angesichts der Verwendung, die diese Flotte findet, in sich widerrechtlich ist.
3. Das Interesse britischer Unternehmer, durch Ausbeutung der Oelquellen Einkommen zu erzielen, ein Inter-

Schwindel bei der Markenausgabe des Wohlfahrtsamtes kam. Oft wurden wir angehalten und gefragt, warum wir an dem Kloster vorüberfahren, wo es doch drinnen ein gutes Essen gäbe. Die Kunden haben viel Zeit, und noch ehe sie in einen bestimmten Landstrich kommen, wissen sie schon ziemlich genau Bescheid, wo es dort etwas zu holen gibt. In Mittenwald, an der österreichisch-bayerischen Grenze, bekamen wir schon ausführliche Ratschläge, welche Klöster und welche Gemeindeverordnungen eines Besuches wert sind, und daß z. B. in München eine leibhaftige Baronin mit ihren Dienern den Wanderern ein prima Mittagessen persönlich und gratis serviert u. s. w.

In den Jugendherbergen der größeren Städte trafen wir oft eine internationale Gesellschaft. Sie kamen auf Rädern aus Schweden, Holland, der Tschechoslowakei und wollten nach Jugoslawien, Ungarn oder Belgien. Manch interessante, lustige wie traurige Geschichte konnte man da hören. Immer aber strahlte der unbesiegbare Optimismus der Jugend hindurch.

Dieser Optimismus hat auch uns geholfen, denn obwohl zwei von uns bei der Heimfahrt schon an der Grenze keinen Pfennig Geld mehr hatten, und „Schmalhans“ streng regierte, kamen wir froh und gesund, mit vielen Eindrücken und Erfahrungen bereichert, nach Weimar zurück.

172 Kinder durch „Schutz“impfungen erkrankt.

Eine Angelegenheit, die an das Lübecker Kindersterben erinnert, bounruhigt augenblicklich die französische Öffentlichkeit. In Bourbon Lancy bei Charolles sind seit dem 20. Dezember nicht weniger als 172 Kinder an den Folgen einer Impfung erkrankt. Eines der Kinder ist zwei Tage nach der Impfung gestorben, sieben andere, deren Zustand noch besorgniserregend ist, befinden sich in dauernder ärztlicher Beobachtung.

Am 20. Dezember fand in der Ortschaft eine behördliche Impfung der Kinder gegen Diphtherie statt. Schon am folgenden Tage klagten die Kinder über Schmerzen an der Impfstelle, und wenige Tage später stellte sich schweres Fieber, verbunden mit Geschwüren und Geschwülsten ein. Bei fast allen Kindern war ein operativer Eingriff notwendig, um den Eiter abzuleiten. Obgleich die Untersuchung noch nicht beendet ist, behauptet man, daß der angewandte Impfstoff verdorben gewesen sei.

Die in Innerchina schwebende Bauernrevolution ist ein Gefahrenherd für die japanische Generalregierung, für die Nankinger Regierung und für die Herrschaft der imperialistischen Mächte in Asien. Diese Bauernbewegung erheischt das ernste Interesse und die offene Sympathie der Sozialisten aller Länder. Denn hier ist ein Ansatzpunkt dafür gegeben, daß in einem hoffnungslos durch die Bodensperre gefesselten Lande die Fessel gesprengt wird. Daß ein Ventil geschaffen wird für den Ueberdruck der Ausbeutung in Asien! Das europäische Proletariat hat allen Grund, diesen Schlag gegen die chinesische Bodensperre zu begrüßen und Vorbereitungen zu treffen, um den japanischen und den drohenden internationalen imperialistischen Vorstoß gegen diese Bewegung zu parieren.

Hände weg von den chinesischen Sowjetgebieten!

Der Kampf um das Oel.

esse, das in sich selber nicht widerrechtlich, aber doch in der Abwägung ungleich weniger wichtig ist als das Interesse der Perser, von der imperialistischen Umklammerung loszukommen und selber von den Bodenschätzen ihres Landes Gebrauch zu machen.

4. Das Interesse der britischen Regierung, Persien als einen unter ihrem Einfluß stehenden „unabhängigen Pufferstaat“ zwischen Rußland und Indien zu erhalten (wie Mao Donald sich schon im Juni 1914 im englischen Unterhaus ausdrückte), ein Interesse, das ebenfalls wegen der imperialistischen Absichten der „Pufferstaat-Politik“ der britischen Regierung widerrechtlich ist.

5. Das Interesse der russischen Regierung, ihrerseits Persien als ein Bollwerk gegen den britischen Imperialismus zu verwenden und darum die Perser zu einem Bruch mit England zu treiben, ein Interesse, das weit weniger durchsichtig ist, dem aber angesichts des gegenwärtigen Kurses der russischen Außenpolitik mit ziemlich großer Wahrscheinlichkeit ein rechtlicher Charakter zukommt.

6. Das Interesse der amerikanischen Regierung, den englischen Konkurrenten des amerikanischen Oeltrusts (Standard Oil) zu schwächen durch Entziehung eines der ergiebigsten englischen Oelquellen und das in gleicher Richtung gehende Interesse der USA, sich angesichts der Knappheit der Oelvorräte in den Vereinigten Staaten ein Einflußgebiet in anderen Oelländern zu schaffen und eben darum auch auf einen Bruch Persiens mit England hinzutreiben, ein Interesse, das wiederum imperialistischen Charakter hat. Denn um Oel zu kaufen, braucht man nicht andere Länder von sich abhängig zu machen — es sei denn, daß man die Verkäufer übers Ohr zu hauen beabsichtigt.

Was bei diesem Interessenkonflikt herauskommen wird, wird sich bald zeigen. Angesichts der erwähnten Interessen und der hinter ihnen stehenden Mächte und angesichts der sonstigen Schwierigkeiten, mit denen die britische Regierung jetzt zu tun hat, sind wir der Ansicht, daß die persische Zeitung „Iran“ mit folgenden Ausführungen vom 9. Dezember 1932 recht hat:

„Die persische Regierung hat den Entschluß gefaßt, die Güter wiederzuerlangen, die ihr genommen sind. Die persische Regierung, die sehr wohl über die internationale Lage orientiert ist, weiß, daß diese Großbritannien nicht erlaubt, einen Feuerbrand zu entfachen, der drohen würde, die ganze Welt zu erfassen.“

Persischer Oelstreit vor dem Völkerbundsrat

Der Völkerbundsrat beschäftigte sich am Donnerstag in stundenlangem Aussprache mit dem persisch-englischen Oelstreit, den die englische Regierung vor den Völkerbundsrat gebracht hatte. Der englische Außenminister Simon suchte zu beweisen, daß die persische Regierung nach den bestehenden Verträgen keinerlei juristische Rechte habe, England die Konzession zu kündigen. Das Verfahren des Artikels 15 des Völkerbundsvertrages sei in erster Linie ein Vorschlagsverfahren. Er hoffe, daß es gelinge, eine Lösung zu finden, die die friedlichen Beziehungen zwischen Persien und England für die Zukunft sichere. Der Vertreter Persiens, Davar, schlug zur Klärung der Frage, ob der Völkerbundsrat oder die internen persischen Rechtsinstanzen für den Streit zuständig seien, die Vorfrage an den Internationalen Haager Gerichtshof vor. Der Berichterstatter, der tschechoslowakische Außenminister Benesch, beantragte die Vertagung der Angelegenheit, da er die Erklärungen der Vertreter Englands und Persiens zunächst prüfen müsse.

Der linke Block.

Anfang der Debatte über das französische Budget.

Als Auftakt für die Kammerdebatte über den Finanzplan fand in Paris am Mittwoch

eine Kundgebung von 10 000 Landwirten

aus der Umgebung von Paris statt, die ihrer Unzufriedenheit mit der Agrarpolitik der Regierung Ausdruck gaben. In der Nähe des Triumphbogens kam es zu Zusammenstößen mit der Polizei. 50 Demonstranten wurden verletzt.

Zum Protest gegen den im Finanzausschuß angenommenen Antrag der Sozialisten, nach dem es künftig nur noch Namensaktien geben solle (dadurch hoffen die Sozialisten, die Spekulation bekämpfen zu können) sind

die Gehilfen der Pariser Börsenmakler in den Streik getreten, sodaß nur die wichtigsten Papiere der Börse notiert werden können.

Angesichts der Versuche der Rechtsparteien, aus dem zwischen der Regierung und dem Finanzausschuß entstandenen Konflikt Kapital zu schlagen, haben die linken Mehrheitsparteien beschlossen, während der Dauer der Finanzverhandlungen eine geschlossene Front zu bilden. Vertreter dieses Blockes, der hauptsächlich aus Sozialisten und Radikalsocialisten besteht, hatten am Donnerstag vormittag eine Unterredung mit Paul-Boncour, der erklärte, er sei bereit, den Finanzplan zu ändern, vorausgesetzt, daß der Grundsatz des Regierungsplanes erhalten bliebe.

Die Lage der Regierung ist jetzt erheblich gefestigt. Die Mehrheitsparteien haben beschlossen, in ständiger Verbindung mit der Regierung zu bleiben. Chéron hat angekündigt, daß sich die Minister mit der Abdeckung von nur 7 Milliarden Francs des Budgetdefizits begnügen würde.

Nach Beginn der Kammerdebatte forderte der rechtsstehende ehemalige Finanzminister Flandin die Rückverweisung des Finanzplanes an den Finanzausschuß. Die Regierung stellte dagegen die Vertrauensfrage. Der Antrag Flandins wurde mit 368 gegen 205 Stimmen abgelehnt.

Mit dem Fahrrad über die Alpen.

(Schluß.)

Von Otto Pfotenbauer.

Bayerisches Opium: Kirche und Alkohol.

Auffallend selten begegnet man in Oesterreich und Bayern dem Militär, dafür sieht man aber hier die Herrschaft der katholischen Kirche um so deutlicher. Es ist kaum glaublich, was die Kirche ihren Gläubigen heute noch alles zumutet! In einer Ingolstädter Kirche wurde auf Plakaten den Sündern Ablaß gegen Messen und Gebete (die doch bezahlt werden müssen) ankündigt.

Auch der Alkoholkapitalismus in Bayern hat eine traurige Berühmtheit. Kirche und Brauereikapitalismus gedeihen gut auf einem Boden. Schon frühmorgens wird in den Kneipen gezecht. Deutlich sehe ich noch den biedereren Bauersmann vor mir, den ich um Wasser für meine Feldflasche bat. Er machte ein Gesicht, als wenn ihm plötzlich der Verstand etehen geblieben wäre, und sagte dann kopfschüttelnd: „Woas doch im Sommerkeller obi soa guat's Bier hat!“

Not lehrt Fechten.

Ein Kapital für sich sind die Erfahrungen mit der wandernden Jugend auf den Landstraßen und in den Herbergen. Der allergrößte Teil wandert aus bitterer Not. Jeder hat irgendeine Spezialität im „Fechten“, die er meist freiwillig und gern zum Besten gibt. Wir fanden welche, die auf die Wohlfahrtsämter gingen, andere hielten es mit der Kirche und den christlichen Vereinen, wieder andere bevorzugten die Gewerkschaften und proletarischen Verbände; auch die stillen, frommen Gesellenvereinsbrüder waren zu finden, und der neueste Typ versucht sein Heil bei den Nazis. Die meisten bewahren x Mitgliedsbücher unter ihren „Flebben“ sorgfältig auf, um sich in jeder Lage ausweisen zu können. In mitleidigen Töne machte uns einer den Vorwurf, warum wir mit unseren Mitgliedsbüchern des Arbeiter-Radfahrer-Bundes „Solidarität“ nicht in dessen Nürnberger Geschäftsstelle gegangen wären, wir hätten doch 1 Mark und Essen oder Schlafstelle kriegen können. — Ein 18jähriger Buchdrucker erzählte mir stolz seinen Trick, mit dem er täglich zu zwei- oder dreimaligem Mittagessen durch einen kleinen

Auf dem Wege zum Krieg.

„Fortschritt“ der Wissenschaft.

„Daily Herald“ meldet aus Marseille, daß französische Flieger in den Dschungeln von Indochina ein neues Gas ausprobiert hätten. Es handele sich um

das sogenannte Lähmungsgas, das in Bomben abgeworfen werde und für 10 bis 48 Stunden völlige Lähmung verursache.

Bisher sei das Gas nur gegen wilde Tiere angewandt worden. Es könne jedoch ebensogut im Kriegsfall gegen feindliche Truppen oder gegen die Zivilbevölkerung benutzt werden.

Verbot chemischer Waffen „stößt auf Schwierigkeiten“.

Das Präsidium der Abrüstungskonferenz beschäftigte sich am Mittwoch mit dem Bericht des Sonderausschusses für die chemischen und bakteriologischen Waffen. Der Ausschuss erklärte in seinem Bericht, daß die praktische Durchführung eines

Verbots dieser Waffen fast unüberwindlich schwierig sei und ein allgemeines Verbot daher nur begrenzten Wert habe. Dagegen wird in dem Bericht betont, daß die

Vorbereitung von Schutzmaßnahmen unerlässlich sei zur Verteidigung gegen den chemischen Krieg.

Also auch international wird die sogenannte Luftschutzindustrie bereits unterstützt, und die Unvermeidlichkeit eines neuen (chemisch-bakteriologischen) Krieges wird schon von den Stellen aus propagiert, die eingerichtet worden sind, um der Sicherung des Friedens zu dienen.

Die Vertreter Englands und der USA waren dem Verbot des chemischen Krieges abgeneigt, die Vertreter Frankreichs machten ihre Stellungnahme von der Frage der Sanktionen abhängig, die deutsche Regierung nahm vorläufig noch gar nicht Stellung.

Für den „Notfall“.

Britischen Pressemeldungen zufolge findet demnächst eine Konferenz von Vertretern des britischen Kriegsministeriums und der Führung der Territorial-Armee statt, um die Frage einer raschen Vergrößerung der Territorial-Armee im Notfall zu besprechen. Es handelt sich angeblich darum, den Heeresapparat für eine rasche Ausdehnung der Armee vorzubereiten. Angesichts der starken Herabsetzung des stehenden Heeres müsse die Territorial-Armee im Kriegsfall die Grundlage der Armeeverstärkung bilden.

Der General spricht.

Schleichers Forderungen in Genf.

Schleicher hat einen Aufsatz über seine (er selber sagt: Deutschlands) Ziele geschrieben, und zwar ist der Aufsatz in einem Organ veröffentlicht, das Generäle im allgemeinen nicht für ihre Publikationen wählen: im „Völkerbund“, dem Organ der deutschen Liga für Völkerbund.

„Deutschlands Gleichberechtigung in der Wehrfrage ist durch die Fünf-mächte-Entscheidung vom 11. Dezember 1932 anerkannt worden. Wir kehren jetzt auf die Abrüstungskonferenz zurück, um zu erreichen, daß hier in kürzester Frist eine Abrüstungskonvention abgeschlossen wird, welche durch die Abrüstung der hochgerüsteten Staaten die allgemeine, für alle gleiche Sicherheit schafft.“

Deutschland hat einen Weg zu diesem Ziel durch seinen Abrüstungsplan vom 18. Februar 1932 gewiesen. Wir würden aber auch jede andere Abrüstungsmaßnahme unterstützen, welche den beschleunigten Abschluß einer Konvention ermöglicht, die unsere grundsätzlichen Forderungen erfüllt.

Von der Art und Weise, wie die Konferenz die allgemeine Abrüstung durchführen wird, wird auch die Verwirklichung unserer Gleichberechtigung abhängen.

Denn dieser Grundsatz verlangt, daß alle Ergebnisse der Konferenz uneingeschränkt auch für uns gelten. Zweierlei Recht für die Sieger und für die Besiegten des Weltkrieges darf es nicht mehr geben. Eine Konvention, die diesem Grundsatz nicht Rechnung trägt, würden wir niemals unterzeichnen.

Die Herstellung der allgemeinen Sicherheit durch allgemeine Abrüstung ist die Vorbedingung für die Wiederkehr des Vertrauens und für die Wiederkehr gesicherter politischer

Guilbeaux vor dem Militärgericht.

Die Anklageschrift ist der Generäle würdig!

„Ich habe Vertrauen zur Justiz meines Landes“, bat Henri Guilbeaux angeblich am 26. August 1932 zu einem Berichterstatter des „Paris-Soir“ gesagt.

Wie wir bereits berichteten, hat in Paris der Prozeß gegen Henri Guilbeaux begonnen, der während des Krieges in Genf mit Romain Rolland und den Bolschewiki gearbeitet hatte und nach Kriegsende in Abwesenheit zum Tode verurteilt worden ist. Der Bericht über den Beginn der Verhandlung vor dem Militärgericht entnehmen wir der „Humanité“.

Das Gericht in voller Dekoration. Der Vorsitzende im roten Gewande, zu beiden Seiten sitzen die acht Beisitzenden in Uniform. Acht Käppis und Säbel liegen vor ihnen auf dem Tisch.

Henri Guilbeaux, klein, mager, leicht angegraut, antwortet auf die Fragen über seine Personalien.

Dann beginnt der militärische Gerichtsdienner mit der Verlesung der Anklage.

In diesem langatmigen Dokument erstet die Atmosphäre des Krieges wieder. Man vergift keinen Augenblick, vor was für einem Gericht man sich befindet.

„Der Kreis verkommener Menschen um Romain Rolland“.

Guilbeauxs Tätigkeit während des Krieges wird geschildert: Bald nach Kriegsbeginn ist er nach der Schweiz gefahren, hat dort Romain Rolland kennen gelernt, der „im Zusammenhang mit seiner kriminellen Propaganda und unter dem Vorwand, daß er sich über den Massen halte, einen Kreis verkommener Menschen sammelte, zu denen Guilbeaux gehörte“.

Lenin, der russische Anarchist und Agent Deutschlands.

Guilbeaux hat, so fährt die Anklage fort, an der Konferenz von Zimmerwald teilgenommen und Beziehungen zu „den russischen Anarchisten Lenin, Lunatscharski, Sinowjew und Trotzki aufgenommen, die Agenten der deutschen Regierung waren“. Diese „russischen Anarchisten“, zu denen auch Alexandra Kollontai und Kalinin gerechnet werden, „sind mitschuldig am Vertrag von Brest-Litowsk, durch den der Erfolg der Alliierten vermindert worden ist“.

Die „kriminelle Propaganda“.

„Demain“, die Zeitschrift Guilbeauxs, setzte sich für jene „Anarchisten“ ein. Sie veröffentlichte pazifistische Briefe. Ein „Beweisstück“ gegen den Angeklagten: er hat einen Brief von Maurice Wullens veröffentlicht, in dem auf menschliche Züge, die es bei den Deutschen gäbe, hingewiesen wurde.

Weitere „Beweisstücke“ gegen Guilbeaux: er korrespondierte mit Deutschen, Russen und französischen Sozialisten und blieb im Verkehr mit Romain Rolland und

wirtschaftlicher Verhältnisse in der Welt. Die Konferenz trägt die schwere Verantwortung dafür, daß dieses Ziel schnell erreicht wird.“

Kriegsgegner an die Abwehrfront!

W. H. Am Mittwoch führte der Bremer Ortsverein des ISK einen öffentlichen Diskussionsabend durch, an dem, trotz der Verschiedenheit in den Auffassungen der anwesenden Kriegsgegner aus den verschiedensten Lagern, der Wille bemerkbar war, in einer sachlichen und kameradschaftlichen Diskussion die Möglichkeiten einer einheitlichen Aktion zu erwägen.

Genosse Dehms wies zunächst darauf hin, daß mit dem Erstarken des Faschismus in den meisten kapitalistischen Staaten die Gefahr eines neuen Weltkrieges vor der Arbeiterschaft steht. Die militärische und wirtschaftspolitische

Auguste Forel, „diesen notorischen Feinden unseres Landes“.

Hochverrat.

Der Hochverrat, den Guilbeaux begangen habe, ist, der Anklageschrift zufolge, gemeinsam mit Hartmann und Schlesinger (einem Mitarbeiter der „Vossischen Zeitung“, der angeblich einmal Geld für „Demain“ gegeben hat) ausgeführt worden und „von einem der deutschen Propagandachefs, dem Abgeordneten Erzberger“, geleitet worden. Ferner habe Guilbeaux mit Lenin den Umsturz in Rußland zustande gebracht. „Die russischen Maximalisten haben von der Disconto-Gesellschaft 75 000 Mark erhalten, um die russische Revolution durchzuführen. Die Anklage spitzt sich auf folgenden Vorwurf zu: „Guilbeaux und sein Komplize Hartmann haben einen revolutionären Pazifismus propagiert, der im Einklang steht mit den Plänen der Mittelmächte.“

Dieses Dokument gibt einen echten Vorgeschmack des Geistes, der wieder unter den Völkern herrschen wird, wenn die Arbeiterschaft nicht schon jetzt von allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln Gebrauch macht, um die Gefahr einer Wiederholung der Greuel des Krieges zu verhindern.

Eine „kleine Verwechslung“.

Bereits am zweiten Verhandlungstag konnte ein erheblicher Teil der Anklage entkräftet werden. Ueber die Beziehungen Guilbeauxs zu Schlössinger erklärte G., daß der deutsche Journalist ein Pazifist sei, der aus diesem Grunde Geld für den Pressfonds von „Demain“ gezahlt habe.

Vor allem wurde Guilbeaux aber vorgeworfen, daß er größere Summen von einem österreichischen Bankier, Rosenberg, erhalten habe. Guilbeaux erklärte, daß es sich hier um eine Verwechslung handle; er habe zwar von einem Mann namens Rosenberg in verschiedenen Zahlungen insgesamt 18 000 Francs erhalten, dieser Mann sei aber nicht der österreichische Bankier, sondern ein russischer Pazifist gewesen.

Diese Verwechslung, die schon zur Zeit der Verurteilung Guilbeauxs vor 15 Jahren mit Leichtigkeit hätte aufgedeckt werden können, bildete im wesentlichen die Grundlage des seinerzeit gegen Guilbeaux gefällten Todesurteils!

Vor dem Gericht marschieren dann die Polizeispitzel

auf, die völlig sicher sind, daß Guilbeaux ein Spitzel war, einer auf Grund von Auskünften, die in der Pariser Polizeipräfektur eingelaufen sind, nach denen er dann Berichte verfertigte und unterzeichnete, in denen „bewiesen“ war, daß Guilbeaux ein Verräter war!

Am Donnerstag wurden die Entlastungszeugen

vernommen: Victor Basch, der Vorsitzende der französischen Liga für Menschenrechte, Guernot, der ehemalige Generalsekretär der Liga und SP-Abgeordnete, der Maler Paul Signac und verschiedene andere Schriftsteller und Maler legten Zeugnis für die Ehrlichkeit der Gesinnung Guilbeauxs ab.

Kriegsvorbereitung wird unterbaut durch die Schaffung einer Kriegspsychose in der breiten Masse der Bevölkerung. Für diese Entwicklung ist Deutschland ein Musterbeispiel. Es ist höchste Zeit, daß die Arbeiterschaft in geschlossener Front die weitere Entfesselung der Kriegsfurie verhindert. Wenn die herrschende Klasse den entschlossenen Willen der Arbeiterschaft, die Einheitlichkeit und Wucht ihrer Maßnahmen gegen jede Kriegsvorbereitung spüren wird, dann wird sie zögern, einen neuen Krieg zu entfesseln.

Allgemeine Zustimmung war vorhanden, als in der Aussprache darauf hingewiesen wurde, daß die organisierte Arbeiterschaft in kurzer Zeit vor einer praktischen Einheitsfrontaufgabe stehen werde, die es vorzubereiten und zu organisieren gelte: der Sabotage von Luftschutzmanövern, die die Luftverpaster in allen deutschen Städten durchführen möchten.

Mit dem gemeinsamen Gesang der Internationale wurde die Veranstaltung geschlossen.

A. M. FREY

(12)

DIE PFLASTERKÄSTEN

Unberechtigter Nachdruck verboten. Copyright 1929 by G. Kiepenhauer Verlag AG. Berlin.

Sie stoßen zum Dorf hinaus und geraten auf einen Feldweg. Zwischen verwahrlosten Aeckern waten sie durch Staub, und die Aecker sind in einer gigantischen Weise besiedelt von Unkraut, von verfilztem Gespinnst, von Resten in den Haln geschossenen Getreides, von Verdurstetem und Verdorrtem. Man erwartet — sagt sich Funk — Riesenraupen und Spinnen von Hundsgröße darin umherkriechen zu sehen.

Renoth pfeift sich eins. Er sieht das alles nicht mehr, er hat es zu oft schon gesehen. Aber er sieht die unbeholfene Ausrüstung des Neuen — und sein Hohn wird wach. „Du trägst den Helm, als ging's zur Parade vorm Kaiser. Ich hab' überhaupt keinen mehr. Wozu? Meinst, das Dreckzeug schützt vor der Kugel? Ich hab' in meinem eine junge Katze den Bach hinunterschwimmen lassen.“

„Und wenn Appell ist?“

„Appell, was, da leihst du dir schnell einen. Irgendwo treibt sich immer einer herum.“

„Und was war mit der Katze?“, fragt Funk, den das Tier mehr beschäftigt als alle Helme der deutschen Armee.

„Mit der? Weiß nicht“, sagt Renoth gleichmütig. „Was für ein Seitengewehr du hast! Von anno Toback. Da fällt man ja drüber, so ellenlang ist es. Uns von der Sanität hängen sie immer den ärgsten Mist auf. Ein Glück, daß wir ein Bißchen für uns selber sorgen können. Dem nächsten Toten, den wir haben, nimmst du das Seitengewehr

und gibst ihm deins mit ins ewige Leben. Ins ewige Leben grad net, denn die Waffen werden ja gesammelt und eingeliefert.“

Er schwätzt weiter. Funk denkt über die Katze an seinen Rattenbiß. Der Handballen schmerzt, wie es ihm scheint, mehr als er schmerzen dürfte für diese kleine nadel-scharfe Verletzung. Aber was soll er beginnen? Ist es nicht widerwärtig, am ersten Tag des Dienstes gleich mit Kranksein aufzuwarten — und lächerlich, gestehen zu müssen: mich hat eine Ratte gezwickt! — Er betrachtet verstohlen die Hand: sie ist angeschwollen, sie spannt, sie ist hochrot. Er muß daran denken, der Nager könne an stinkigen Küchenabfällen oder an Aas sich gelabt und gleich darauf ihn gebissen haben. Es schüttelt ihn.

Renoth bemerkt es. „Du bist noch net ganz heimisch hier. Aber der Mensch gewöhnt sich an alles.“ Er ist beladen mit vielen kleinen Paketen, die um ihn her baumeln, den braunen Pappschachteln, die fettig durchschlagen, in denen Schmalznudeln, Butter, Geräuchertes, Eier aus der Heimat herbeigerüstet sind.

Sie passieren verdeckte Geschützstellungen. Feldartillerie hat ihre Kanonen unter vereinzelt Bäume postiert, halb eingegraben. Wo kein Baum war, hat sie selber einen wachsen lassen. Leere Munitionskörbe liegen umher. Die Rohre gleißeln im Blätterschatten schläfrig und verschwiegen. Ein paar Artilleristen sagen mit gelangweilter Miene Gruß Gott — halblaut, als gälte es, jemanden nicht zu wecken. Schläft der Krieg — oder hat er hier überhaupt noch nicht recht begonnen?

Aber hundert Schritte weiter stoßen sie auf eine gallertartige Masse hart am Weg — auf eine ansehnliche Pflanze, die dunkelrot-ölig ins Violette schillert: da schillert, wo der heitere Himmel blau sich spiegelt. Ein Fliegenschwarm summt drohend auf, als wahre er sich gegen Zudringlichkeit.

„Was ist das —?“ fragt Funk stockend. Oel —? denkt er — es ist, als habe Meister Krieg, Viechkerl Krieg seine halbe Lunge hingespuckt. Vielleicht ist er doch am Verrecken, denkt Funk.

„Was wird's sein? Eine Blutlache“, sagt Renoth. „Die liegt schon länger da. Jetzt trocknet sie ein.“

„Von wem? Wer ist denn hier —?“

„Weiß nicht. Vielleicht von den Artilleristen einer. Eher noch ein Gaul. Denn so viel Blut kann ein Mensch allein gar net verlieren. Einen Gaul wird's erwischt haben.“

Sie trösten sich beide damit — wenn es ein Trost ist. Funk verspürt wachsend, es sei keiner. Und wenn ein Geschoß in den Boden fährt und nichts ermordet als die Wurzeln von Grashalmen: es ist kein Trost. Denn die Dummheit bleibt. Die Gemeinheiten, die Vergewaltigungen, die sturen Brutalitäten, die ohne einen Schimmer selbst von dem sind, was man „ritterlichen Zweikampf“ nennt — sie bleiben. Funk erkennt es unverlierbar.

So rücken sie ihrem Ziele näher. Es taucht auf in Gestalt des ehemaligen Dorfes Fromelles, in Gestalt eines wüsten Steingebrodeks, eines erstarrten Kataraktes von Trümmern. Daß sie einst zu Häusern zusammengefügt waren, ist ganz ungläubhaft. Heute sind sie nichts als ein Erguß der großen Bestie, die die Welt umkrallt hat.

9.

Der Vorbandplatz Fromelles ist in Kellerräumen eines Bauerngehöftes untergebracht, dessen Gebäude karreeartig einen Hof umschließen. Das Gehöft ist erstaunlich gut erhalten, gemessen an der völligen Vernichtung des Dorfes. Kommt es daher, daß es — schon wie eine Ferne — abseits liegt und sein eigenes Dasein führt — oder daß es, als Sanitätsstation seit langem eingerichtet und durch die Genfer Fahne kenntlich gemacht, von den Kanonen geschont wird?

(Fortsetzung folgt.)

Mit Margarine wird gekämpft!

„Um nicht arbeitslos zu sein, würde ich alles tun!“

M. H. Ich treffe einen alten Bekannten. Früher pflegte er das „Reichsbanner“- oder SP-Abzeichen zu tragen; heute sieht er ganz unpolitisch aus. Ich frage ihn, was er jetzt tut, ob er Arbeit hat. Ja — er ist bei einer Margarine-Firma angestellt. Welche Marke? Nun, das ist etwas ganz Besonderes. Sie heißt „Deutsche Kampfmargarine“. Nun interessiert mich die Sache näher.

Er erzählt: Es handelt sich um ein Parteiunternehmen der NS — nach außen etwas neutral getarnt —, in dem man Anhänger unterbringen kann, und das wahrscheinlich auch Ertrag abwirft für die auffüllungsbedürftigen Kassen der NSDAP. Die Firma erhält die Adressen, vor allem aus ländlichen Gegenden, aus der Parteikartothek der NS.

Mein Bekannter fährt zum Beispiel mit dem Auto nach Mecklenburg und Pommern. Dort sucht er an Hand der ihm gelieferten Adressen die Kunden auf, die für „deutsche Kampf-Ware“ empfänglich sind. Sein Gehalt besteht zum Teil in freier Verpflegung, die ihm unterwegs von den NS-Funktionären gewährt wird; diese sind auch verpflichtet, ihm freies Quartier und Unterstützung zu gewähren. So verschafft man sich billige Angestellte.

Ich frage ihn, wie ihm diese Sache nun gefällt, da er doch früher in SP und „Reichsbanner“ war. Von seiner Gesinnung darf er natürlich nirgends etwas verlauten lassen. Er ist durch persönliche Empfehlung angestellt worden — mußte übrigens erst mehrere hundert Mark einzahlen! Nun muß er mit den Wölfen heulen.

„Im übrigen bekomme ich viel Interessantes zu sehen und zu hören“, sagt er. „Im Herzen bin ich Sozialist — aber um nicht arbeitslos zu sein, würde ich alles tun!“

Auch der Donnerstag brachte in Berlin wieder einen Ladenüberfall, bei dem zwei junge Männer in der jetzt üblichen Weise etwa 30 Mark erbeuteten.

Kulturwidrig und wahnsinnig.

Die Bauarbeiter-Internationale über Löhne und Arbeitszeit.

Wöchentliche Arbeitszeit.

Die wöchentliche Arbeitsdauer hat sich in 13 Ländern nicht verändert: Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Großbritannien, Holland, Memel, Oesterreich, Schweden, Schweiz, Spanien, Südafrika und Tschechoslowakei. In diesen Ländern arbeiten die Bauarbeiter 48 Stunden und weniger.

Mehr als 48 Stunden wird noch gearbeitet

In Frankreich (bis zu 54), Jugoslawien (bis zu 72), Rumänien (bis zu 60), der Schweiz (bis zu 55) und Ungarn (bis zu 60). Erhöht wurde in der Berichtsperiode die Arbeitszeit in Jugoslawien (in einem Fall von 48 auf 72 Stunden, in drei Fällen von 48 auf 66, in zwei Fällen von 66 auf 72 Stunden), Polen (in drei Fällen von 46 auf 60 Stunden) und Ungarn (in fünf Fällen von 57 auf 60 Stunden). Die niedrigste Arbeitszeit mit einheitlich 44 Stunden hat Südafrika. Aus drei Ländern werden

Verkürzung der Arbeitszeit

gemeldet: In Frankreich wurde in 7 Orten die bisherige Arbeitszeit von 54 auf 48 Stunden verkürzt; immerhin gibt es aber unter den 12 Orten, aus denen berichtet wird, noch vier mit einer Arbeitszeit von 54 Stunden. In Norwegen wurde in zwei Fällen die Arbeitszeit um eine Stunde von 48 auf 47 Stunden verkürzt. Aus Rumänien, wo man

trotz der Ratifizierung des Arbeitszeitübereinkommens von Washington noch allgemein 60 Stunden arbeitet,

wird in einem Falle die Verkürzung auf 48 Stunden gemeldet. „Kulturwidrig und wahnsinnig gehandelt ist es“, so heißt es in der Einleitung zu den statistischen Tabellen der BI, „daß in einigen Ländern die Arbeitszeit verlängert und dazu der an sich niedrige Lohn noch abgebaut wurde. In dieser Hinsicht steht Jugoslawien an der Spitze.“

Die Löhne.

In großen Zügen ist festzustellen, daß im Juni 1932 in 5 von 20 erfaßten Ländern, nämlich in Dänemark, Holland, Schweden, in der Schweiz und in Spanien die Löhne noch nicht gekürzt worden waren. In Dänemark, Schweden und Spanien ist bisher überhaupt kein Lohnabbau versucht worden. In der Schweiz mußte die Organisation einige heftige Abwehrkämpfe führen, um die Lohnabbaugelüste der Unternehmer abzuwehren; in Holland hat jedoch die Regierung einen Lohnabbau von durchschnittlich 10 Prozent erzwungen, der vom 1. Oktober 1932 ab gilt.

Beachtenswert waren die Ausführungen, die der Vertreter der Beamtenschaft in dem Prozeß machte: seit Jahren kämpfte die Beamtenschaft gegen die Dienstordnung, die für die Lokomotivführer und Heizer

Dienstdauer bis zu 15 Stunden vorsehe.

Erleichterte Zuteilung von Reichsmitteln für Hausreparaturen.

Die Reichsregierung hat bekanntlich im Dezember eine zweite Rate von 50 Millionen Mark für Instandsetzungs- und Umbauarbeiten am Hausbesitz bereitgestellt. Dieser Betrag ist jetzt an die Länder zur Verteilung gelangt und wird von den Ländern weiter an die Gemeinden verteilt werden.

Es gelten für die Vergebung dieser Mittel fast die gleichen Bestimmungen wie bei der ersten Rate. Nur zwei Änderungen sind aufgenommen worden:

Einmal soll es genügen, wenn die Instandsetzungskosten insgesamt 100 Mark statt wie bisher 250 Mark betragen. Diese Herabsetzung ist erfolgt, damit auch dem kleineren Hausbesitz auf dem Lande sowie in kleineren und mittleren Gemeinden die Zuschüsse mehr als bisher zugute kommen. Weiter können Zuschüsse auch gegeben werden bei der völligen Instandsetzung einer Leerwohnung.

Es wird besonders darauf hingewiesen, daß nur solche Anträge berücksichtigt werden dürfen, bei denen sofort oder innerhalb ganz kurzer Zeit mit der Arbeit begonnen werden kann, damit die Wirkungen auf dem Arbeitsmarkt sich noch in diesem Winter erkennen lassen.

Kleine Ursachen — große Wirkungen.

In der Berliner Pianoforte- und Harfenfabrik von L. Mörs & Co. wollte man eingefrorene Heizungsrohre mit einer Spirituslampe auftauen.

Das Ergebnis: Die vorräufigen Lackreste und Hölzer fingen Feuer, drei Stockwerke gerieten in Brand. Ein Feuerwehrmann wurde durch eine Stichflamme schwer verletzt. Wertvolle Hölzer sind in großer Menge verbrannt.

Kälte schafft Futternot.

Die strenge Kälte macht auch den freilebenden Tieren die Futtersuche schwer. Wir erinnern darum an die Schaffung von Futterplätzen. Für Vögel kommen besonders Hanfsamen, Sonnenblumenkerne, Ebereschensamen, Schälhafer in Frage. Großen Beifall finden auch Nußkerne und mit Fett gefüllte Walnuß-Schalen, ferner Fettringe mit Futterkörnern. Wo es möglich ist, stelle man auch gelegentlich Trinkwasser heraus, das nicht so schnell einfriert, wenn man es auf einen erwärmten Ziegelstein stellt.

An öffentlichen Futterplätzen findet man oft Vögel mit Fußverletzungen, die wahrscheinlich darauf zurückzuführen sind, daß die häufig sehr zutraulichen Vögel ungeachtet angefaßt worden sind. Es ist darum besser, gar nicht den Versuch zu machen, die Vögel anzufassen oder festzuhalten.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin Anzeigen-R. Lindmann, Berlin, Verl. Internationale Verlagsanstalt GmbH, Berlin SW 19 Inselstr. 8a. Tel.: F 7 Jannowitz 5909 Druck A Janiszewski Buchdruckerei und Verlag GmbH, Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.

Dienst am Kunden bei der Reichsbahn.

Mit Wirkung vom 1. März 1933 werden die Netz-, Bezirks- und Bezirksteilmontatkarten der Reichsbahn wesentlich verbessert und verbilligt. Die Netz-, die mit einer Geltungsdauer von einem Monat von jedem Tag an ausgestellt werden können, gelten künftig zur Benutzung von Schnell-, Eil- und Personenzügen auf etwa 7000 km (jetzt etwa 6000 km) Eisenbahnstrecken.

Ihre Preise werden betragen:

für ein Netz	in 3. Kl. 90 M.	in 2. Kl. 120 M.
für zwei aneinander anschließende Netze	in 3. Kl. 140 M.	in 2. Kl. 185 M.
für drei aneinander anschließende Netze	in 3. Kl. 170 M.	in 2. Kl. 225 M.
für jedes weitere anschließende Netz	in 3. Kl. 20 M.	in 2. Kl. 25 M.
für Netz Ostpreußen	in 3. Kl. 60 M.	in 2. Kl. 40 M.

Die Preise der Bezirkskarten mit der gleichen Geltungsdauer wie die Netz-, die jetzt für große und kleine Bezirke sowie für Personen- und Eilzüge verschieden sind, betragen künftig für die 3. Klasse 40 M. (bisher 40 bis 65 M.) und für die 2. Klasse 52 M. (bisher 52 bis 80 M.). Ihr Geltungsbereich wird etwa 1000 km umfassen.

Außerdem werden Anschließbezirkkarten für anschließende Bezirke zum Preise von 15 M. für die 3. Klasse und 20 M. für die 2. Klasse neu eingeführt. Sämtliche Bezirkskarten gelten künftig auch zur Benutzung von Eilzügen ohne Zuschlag.

Bezirksteilmontatkarten, die für eine Woche von Sonntag bis Sonntag gültig sind, kosten künftig einheitlich für die 3. Klasse 16 M. (bisher 14 bis 22 M.) und für die 2. Klasse 21 M. (bisher 18 bis 27 M.); auch sie werden etwa 1000 km umfassen. Diese Karten gelten künftig ebenfalls zur Benutzung von Eilzügen ohne Zuschlag.

Wann end ich Verkürzung der Arbeitszeit bei der Reichsbahn?

Ein Jahr sechs Monate Gefängnis wegen Ueberfahrens der Halte Signale erhielt der Lokomotivführer Kupke in Berlin, der im vergangenen Sommer am Bahnhof Gesundbrunnen mit einer Rangier-Lokomotive in einen Ferienzug hineingefahren war und dadurch ein schweres Unglück verursacht hatte. Das Urteil des Landgerichts III in Berlin lautete auf fahrlässige Tötung in Tateinheit mit fahrlässiger Körperverletzung und fahrlässiger Transportgefährdung.

Das Haus der guten Schöbe
H. Ebel
Berlin N 65, Maxstr. 27
Reinickendorf, Residenzstr. 97/98
Telefon: D 6 Wedding 2358
Bei Vorzug d. Inserates 5% Rabatt!

Nähmaschinen
Reparaturen / Reinigung
Ersatzteile
gut · schnell · billig
EUGEN GEHM
Frankfurt a. M., Riederwall
Friedensplatz 12

Erstklassige
Madarbeit
Herren- Anzüge
Mäntel
Damen- Mäntel
Kostüme
Tadelloser Sitz

Bürobedarfsartikel
Reparaturen und Reinigung
von Schreibmaschinen
A. H. Timmermann
Hamburg 85, Luisenweg 61 III.

Freunde
und Leser des
„Funken“!
Unterstützt
Euro
Zeitung!
Werbt Abonnenten!
Sammelt Anzeigen!
Gewinnt bei Einkäufen
unserer Anzeigen!

VEGA KÖLN, Beethovenstraße 19
Vegetarische Gaststätte
Neuzeitliche Ernährung nach Dr. med. Bircher Benner, Zürich
Speisezeit ununterbrochen von 12 bis 20 Uhr

Sonnenblumen-Öl
kalt abgepreßt, daher vollwertiger. Bestes Speiseöl für Salate, zum Braten, Backen usw., milder Geschmack.

Oberhemdenstoffe, Tricoline, Flanelle, Oxfords
günstige Posten Macintosh
kauft man gut und billig bei
Kurt Levy, Berlin O 112
Scharnweberstr. 16/17.

Schönheit
MAUDEBURG
Johannisbergstr. 10, III
Stoffmuster
vorrätig

Anfertigung eleganter
Damengarderobe
und
Reformkleidung
I. Fürchtenicht
Böttcherei, Nikolausberger Weg 87.

Schallplatten sind besser. Hören Sie z. B.:
Phil. Orchester Berlin, Kaukasische Suite von Ippolitow
Plattenpreis: 2,50 Mark
Wilhelm Kempff (Bechstein-Fibzel), Beethoven op. 87 Sonate Nr. 28
in F-Moll (Appassionata)
Plattenpreis: 5,40 Mark

Otto Plotenhauer, Weimar, Gläserstr. 14.

5-kg-Kanne 5,50 RM ab hier.
Kanne 1,— RM Pfand.
Frischkost-Reformhaus
Magdeburg
Otto v. Guerickestr. 104.

Seifen
Wirtschaftsartikel
gut und preiswert
Otto Scaruppe
Berlin-Reinickendorf-Ost, Wilkstr. 1

Röstkaffee
per Pfund 2,—, 2,40, 2,80, 3,20 Mark.
Lieferung ab 3 Pfund frei Haus.
Nachnahme oder Vorweisung auf Post-
scheckkonto: Hamburg 71108.
Robert Ziegler, Kaffee-Versand
Hamburg 88 / Heidberg 42

Für den
Befreiungskampf des Proletariats

Zeitschriften, Broschüren, Flugschriften, Plakate
stellt schnell, sauber und billig her
Oscar Wettig, Gelnhausen

Reparaturen von elektrischen Bügeleisen.
Klingelanlagen usw. **Spezialität:**
Anfertigung
mod. Tisch- u. Nachttischlampen
G. Funke
Elektrotechniker
GÖTTINGEN / Jüdenstraße 8, III

Ist besonders in der heutigen Situation weitgehend eine Neuorientierung in den grundsätzlichen und taktischen Fragen notwendig.

„WER DEN FRIEDEN WILL, RÜSTE ZUM KRIEG!“
Das ist gestern wie heute die armselige Weisheit der internationalen Veräpplten, hinter Profiten skrupellos herziehenden Rüstungsindustrie, die in ihrer blutrünstigen Scheinheiligkeit endlich entlarvt am Pranger steht.
MENSCHENSCHLÄCHTEREI
mit Maschinenbetrieb, mit Phosphorbomben, mit Giftgasen, mit Flugzeugen und Tanks, belliger gesprochen immer noch von den Nationalisten aller Länder, von unehelichen Berufsmilitärs und von den Kanonenteleferanten in der von ihnen gekauften Presse, wird vollends als bloße internationale Profitsucht entlarvt. Jemand, der ernstlich Bescheid weiß, läßt die Schlei der Geheimnisse über die furchtbaren Tatsachen, die bisher hinter nationalen Phrasen ängstlich verborgen gehalten worden sind. Lest Otto Lehmann-Rußbildts Schrift
„DIE BLUTIGE INTERNATIONALE DER RÜSTUNGS-INDUSTRIE“
5. Auflage (31.—40. Tausend). In 9 Sprachen übersetzt, erweitert und zugleich verbilligt! Jetzt 1.— RM.
PACKELREITER-VERLAG, BERLIN W 18.

BERLIN
KAMERA
Unter den Linden 14 — A 1 Jäger 2987
Seit 23. Januar:
Verlängerte Ausführung des
Estimo-Films
IGLU
Wildwasserfahrt
Ein Kennanorfilm
Anlaufzeiten: 18, 17, 19 und 21 Uhr

„Ohne revolutionäre Theorie keine revolutionäre Praxis!“
Wer die Schriften kennenlernen will, in denen die Theorie niedergelegt worden ist, auf der der ISK seine politische Arbeit aufbaut, der fordere zunächst die unentgeltliche Zusendung des neuen Verzeichnisses unserer politischen Schriften.
Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin S 14, Inselstraße 8a.
Postscheckkonto: Berlin 31342.

Die Auflösungsseuche.

Was die Berliner Polizei kann, kann auch die Potsdamer!

Die Arbeitslosen aus der Umgebung von Michendorf hatten für Mittwoch nachmittag zu einem Arbeitslosenmarsch zum Amtssitz Potsdam-Nowawes, das in Nowawes seinen Amtssitz hat, aufgerufen. Der Vorsteher des Arbeitsamtes erhielt von diesem Plane Kenntnis und alarmierte die Landjäger, die die Chaussee nach Potsdam absperre. Der Zug der Arbeitslosen wurde sodann ohne Zwischenfälle aufgelöst.

Kein Wort enthält der Bericht darüber, mit welchem Recht eigentlich die Auflösung des Zuges erfolgt ist. Man gibt sich nicht einmal mehr die Mühe, die „Gefährdung von Sicherheit und Ordnung“ als Vorwand an die Wand zu malen.

Die Polizei- und Landjägerbehörden stellen sich die Frage der Berechtigung ihres Verhaltens gegen alles, was nicht reaktionär ist, anscheinend schon längst nicht mehr. Einer machte dem anderen nach — heute hier und morgen dort!

Und die Arbeiterschaft marschiert weiter getrennt und läßt sich Stück für Stück dem Abgrund näher zutreiben.

Eine einzige gemeinsame Demonstration, zu der SP, KP und Gewerkschaften aufrufen, der sich mit Begeisterung und Schwung unzählige andere Organisationen und unorganisierte Menschen anschließen würden, genügt, den Herren, die sich durch solche Bajonettmethoden an der Macht halten möchten, samt den braunen Erweckern Deutschlands, die sich vor den Toren zur Macht fühlen, einen eisigen Schreck in die Glieder zu jagen.

Was vergibt sich eigentlich eine Partei, die die Initiative zu einer solchen Arbeiterkundgebung ergreift? Sie würde sich — so, wie die Dinge heute liegen — die größten Sympathien erwerben, sogar bei denen, die heute noch — nach jahrelangem Bombardement durch eine demagogische, parteiologische Presse — nicht in der Lage sind, sich einmal unabhängig von den ihnen eingehämmerten Schlagworten eigene Gedanken darüber zu machen, was heute geschehen sollte. Sie fürchten, sich mit Haut und Haar den „Bonzen der SP“ oder dem „ZK der KP“ zu verschreiben oder von ihnen korrumpiert zu werden, wenn sich ihre Führer nur einmal an einen gemeinsamen Tisch setzen.

Was heute möglich ist, braucht gar nicht so weit zu gehen, wie es letzten Endes im Interesse der Verwirklichung des Sozialismus das Beste wäre:

eine endgültige Einigung der sozialistischen Parteien steht heute nicht zur Diskussion.

Es gilt, heute und morgen, der Reaktion zu zeigen, daß die Arbeiterschaft dort zusammensteht, wo man sie einzeln körperlich und seelisch verkommen lassen, sie niederknüppeln möchte, wo noch ein Rest von Lebenswillen oder Gerechtigkeitsgefühl sich regt.

Diese Abwehr will jeder sozialdemokratische, jeder kommunistische, jeder parteilose Arbeiter, der noch ein Gefühl hat für die namenlose Schmach, die grenzenlose Ungerechtigkeit, die ihm jeden Tag von der herrschenden Klasse zugetragen zugemutet wird.

Was hat das damit zu tun, daß Thälmann oder Wels nicht die Führer sind, die das Proletariat heute brauchte, daß sie tausend und aber tausend Fehler oder Verrätereien begangen haben? Warum können sie sich nicht trotzdem verabreden zu diesem gemeinsamen Schritt? Wer verbietet ihnen, sich offen gegenseitig zuzugestehen — falls es einer solchen Bekräftigung bedarf —, daß es sich hier nicht um einen Freundschaftsbund, sondern um ein

Notgemeinschaft

handelt. Das Proletariat lebt doch wirklich in einem Notstand, in einem ganz akuten Notstand. Wenn er beseitigt ist, wenn die Reaktion erst einmal wieder in die Mauselöcher zurückgekrochen ist, können auch die Arbeiterparteien wieder daran gehen, ihre Meinungsverschiedenheiten mit einander auszutragen. Wahrscheinlich wird der gemeinsame praktische Abwehrkampf viele ihrer Mitglieder reifer

Die Rolle der Polizei.

Stürmische Landtagssitzung.

Die Niedermetzlung der neun Arbeiter im Kegler-Heim in Dresden war am Donnerstag Gegenstand einer äußerst stürmischen Sitzung des Sächsischen Landtags. Die Sozialdemokraten hatten einen Antrag eingebracht, der die sofortige strengste Untersuchung des Falles fordert, und zwar durch Beamte,

die nicht dem Dresdener Polizeipräsidium unterstehen. Einen ähnlichen Antrag hatten auch die Kommunisten gestellt. Die Kommunisten hatten außerdem in ihrem Antrag auseinandergesetzt, daß die Polizei zweimal geschossen habe, und zwar habe sie zuerst vierzig, dann etwa achtzig bis hundert Schüsse abgegeben. Die Kommunisten haben ferner angegeben, daß die Verletzten und Getöteten meist Rückenschüsse aufwiesen.

Die beiden Anträge wurden sofort behandelt. Der Minister des Innern, Richter, nahm das Wort und erklärte u. a., daß auf die Beamten Schüsse abgegeben worden seien, wodurch der traurige Vorfall ins Rollen gekommen sei. Diese Erklärung rief auf der Linken einen großen Lärm hervor. Die Kommunisten fragten: „Ist vielleicht ein Polizist verwundet worden?“ Die übrige Verhandlung des Landtags wurde mit Tumultszenen ausgefüllt. Ein nationalsozialistischer Pressemann rief von der Tribüne beleidigend Zuerufe gegen die Kommunisten in den Saal, ein kommunistischer Abgeordneter wollte ihn daraufhin von der Tribüne herunterzerrén und wurde daran gehindert; der Präsident des Landtags, der erst nicht feststellen konnte, was der Pressemann gesagt hatte, wurde schließlich durch ein Dutzend Zeugen belehrt, daß es sich wirklich um beleidigende Zuerufe gehandelt habe. Er entzog darauf dem Berichterstatter die Tribünenbesuchskarte. Einige kommunistische und sozialdemokratische Abgeordnete wurden im Lauf der Verhandlungen von der Sitzung ausgeschlossen.

Die ganze Verhandlung hat gezeigt, daß wahrscheinlich von der Sächsischen Regierung nichts Erhebliches getan werden wird, um die Vorgänge wirklich zu klären.

Die Rechte.

Die Rechte bemüht sich, aus dem Vorfall sogar einen planmäßigen Akt der Kommunistischen Partei zu machen. Die nationalsozialistische Presse in Dresden ist offenbar froh, daß sie von der Fememord-Affäre an dem SA-Mann Heitsch etwas ablenken kann, und auch die Dresdener Polizei, deren Verhalten bei der Aufklärung des Mordes an dem SA-Mann ebenfalls einige Male zu erheblichen Beanstandungen Anlaß gegeben hat, ist vielleicht nicht ungeneigt darüber, ihre Erregung wider die Linke auf diese Weise abzureagieren zu können.

Die Polizei.

Die Polizei ist in der Tat in diesem Fall, der natürlich noch ziemlich unaufgeklärt ist, nicht wenig belastet. Die Aussagen einiger Polizisten, daß sie beschossen worden seien,

machen, an der Lösung der dann noch offenen Fragen zu arbeiten.

Soweit sind wir jedoch heute noch nicht; heute muß man sich darauf konzentrieren,

Maßnahmen zu ergreifen.

die verhindern, daß weiterhin täglich Arbeiterblut vergossen wird und daß die Lebens- und Kampfkraft des Proletariats vollends zermürt und zerstört wird.

An einigen Stellen Berlins löste die Polizei kommunistische Demonstrationen auf, die angeblich „verbotene Lieder“ gesungen oder „Rot Front lebt“ gerufen haben.

Braune Banditen.

Ein Nazidemonstrationszug traf am Donnerstag abend in der Palisadenstraße auf zwei Arbeiter mit sozialdemokratischen Abzeichen. Ohne weiteres lösten sich einige SA-Leute aus dem Zuge, stürzten sich auf die Arbeiter, die durch Schläge über den Kopf verletzt wurden.

nahmen abbauen zu können. Leider ist ein solcher Ausgleich heute noch nicht zu verzeichnen. Man wird besonders auch angesichts der starken Mißverhältnisse zwischen dem Preis der Industrieerzeugnisse und dem Viehpreis einen sehr langen Weg gehen müssen, um diesen Ausgleich zu finden. Es gibt, so erklärte der Minister, kein Mittel und auch keine Regierung, die diesen Ausgleich in kurzer Zeit zustande bringen könnte. Daß es aber Mittel gibt, ihn zu beschleunigen, ist meine Überzeugung und die Agrarpolitik, die ich für richtig halte, soll diesem Ausgleich dienen.

(Das bezweifeln wir allerdings sehr! Denn aus echt kapitalistischen Beweggründen denkt Herr Braun nicht daran, eine Agrarpolitik zum Schutze der Landwirtschaft zu machen. Eine solche Politik müßte anders aussehen!)

Wieder einmal: Fettwirtschaft.

Braun tischte eine Menge Zahlen auf, um nachzuweisen, daß durch eine Beimischung zur Margarine die Fetteinfuhr eingeschränkt werden kann. Er fuhr dann fort: Wir haben immer den Standpunkt vertreten, daß für die armen Volksschichten unter keinen Umständen die Margarine verteuert werden darf. Ich bin auch der Meinung, daß selbst, wenn man die billige Margarine wesentlich verteuern würde, der Erfolg lediglich wäre, daß die Betroffenen mit Verbrauchsenthaltung antworten würden. Die billige Margarine darf also auf keinen Fall verteuert werden. Anders liegen die Dinge bei den teureren Qualitäten. In der Notverordnung ist der Reichsregierung lediglich die Berechtigung zur Beimischung gegeben worden, ebenso die Berechtigung zur Kontingentierung der Erzeugung. Ob sie davon Gebrauch machen wird, hängt davon ab, in welcher Form man sich mit der Margarine-Industrie einigt. Ich persönlich, so hob der Minister hervor, bin der Überzeugung, daß man angesichts der Gewinne, die die Margarine-Industrie, die zu 70 Prozent in ausländischen Händen ist, in den letzten Jahren gehabt hat, keine Bedenken tragen sollte, einen gewissen Beimischungszwang zu verordnen.

(Wir sind davon überzeugt, daß die Margarine-Industriellen nicht so leicht geneigt sein werden, Abstriche von ihren Gewinnen zu machen, sondern es eben erst einmal mit einer Preiserhöhung zu versuchen.)

stimmen mindestens bedenklich, wenn man überlegt, daß tatsächlich kein einziger von ihnen auch nur verletzt ist, und daß kein einziger der angeblichen Schützen aus der Versammlung festgenommen worden ist. Wenn es weiter stimmt, daß

die meisten der Getroffenen Rückenschüsse aufweisen, daß sie also verletzt worden sind, nachdem sie den polizeilichen Schützen bereits den Rücken gekehrt hatten, also auf dem Wege waren, den Saal zu verlassen, dann ist es eine Ungeheuerlichkeit, wie hier die Polizei gehaust hat. Dazu kommt, daß der Redner nach den vorliegenden Meldungen überhaupt nichts gesagt hat, was einem Bürger der deutschen Republik verboten ist. Er soll dem Sinne nach gesagt haben: „Wenn ihr gestochen werdet, dann stecht wieder, und wenn man auf euch schießt, dann schießt wieder.“ Die Selbstverständlichkeit einer Notwehr, die bei der nationalsozialistischen Mord- und Fememord-Atmosphäre durchaus angebracht ist, zu erörtern, gibt keinem Polizisten das Recht, eine Versammlung zu schließen. Aber die Sache ist so, daß jeder, der in einer Funktion herumsitzt, sich auch gern wichtig macht. Und was liegt näher, als daß ein Polizist, der dazu verurteilt wird, eine Versammlung zu überwachen, nun auch einen Beweis für seine Existenzberechtigung antreten zu müssen glaubt.

Vielleicht meint jemand, die Polizei komme hier zu schlecht weg. Wir nehmen keinen Anstand, auf Grund reicher Erfahrungen zu behaupten, daß die Polizei in außerordentlich vielen Fällen die Unruhen selber hervorruft — natürlich nicht planmäßig, aber einfach durch die Tatsache ihres Vorhandenseins. Die unpsychologische läppische Art, einer Gruppe von Menschen, und zwar von Erwachsenen, die etwas erörtern möchten, einen Polizisten als Kontrolle vor die Nase zu setzen, ist derart beleidigend für einen einigermaßen frei empfindenden Menschen, daß er von vornherein gegen den Kontrolleur, und zwar mit Recht, aufgebracht wird. Wenn dieser sich dann noch, wie es oft geschieht und wie es besonders jetzt im Dresdner Kegler-Heim der Fall gewesen zu sein scheint, nervös und aufgeregt benimmt, dann ist der Krach allemal da.

Die führenden Menschen, die für die öffentliche Sicherheit und Ordnung verantwortlich sind, sollten — statt Arbeiterdemonstrationen zu verbieten — einmal riskieren, den größten Teil ihrer Beamten während einer solchen Demonstration ruhig zu Hause zu lassen oder die Nazis überwachen zu lassen. Sie würde auf die Dauer bestimmt mehr damit erreichen. Diese Erfahrung ist so alt, wie es eine Arbeiterbewegung und eine Polizei gibt. Wenn aber die rechten Radaubröder und sogar Fememörder durch Polizei und Gericht unverkennbar bevorzugt werden, wie jetzt fast durchweg, dann ist klar, daß gerade die verschärften Ausnahmestimmungen gegen die linke Bevölkerung besonders ungerecht sind.

Als Ausdruck des Protests gegen die Erschießung der Arbeiter im Dresdner Kegler-Heim haben am Donnerstag sämtliche Arbeiter (etwa siebenhundert Mann) im Licht- und Kraftwerk Sachsenwerk in Niederschütz den Betrieb verlassen.

Ebenfalls am Sonnabend schlug ein Nationalsozialist einen Parteilos in Berlin am Friedrichshain zu Boden und trampelte ihm auf dem Gesicht und auf der Brust herum. Er wurde festgenommen.

Neuer Fememord der SA?

Wir berichteten bereits über die Erschießung des SA-Führers Wehtekam in Düsseldorf am Abend des 20. Januar, die von den Nazis den Kommunisten in die Schuhe geschoben wurde.

Die Mitteilung, daß Wehtekam im Rahmen eines Naziüberfalles erschossen worden ist, wird bestätigt. In Wahrheit scheint aber außerdem ein Femefall vorzuliegen. Der Überfall auf das Lokal war nämlich, wie die Düsseldorf „Volkezeitung“ erfährt, daß der Sturm Wehtekam Anordnung hatte, uniformiert und unbewaffnet an dem Lokal vorbeizumarschieren, während zwei andere Stürme in Zivil, aber bewaffnet antraten. Während die Uniformierten an dem Lokal vorbeizogen, warfen die bewaffneten Nazis in Zivil einen Sprengkörper gegen ein Fenster des Lokals, um den Wirt hervorzulocken und dann zu feuern.

Als die Schüsse fielen, war Wehtekam bereits 20 bis 30 Meter am Lokal vorbeimarschiert. Den Todesschuß muß er, dem Schußkanal nach, von hinten, und zwar von der dem Lokal gegenüberliegenden Seite her erhalten haben.

Polizisten waren nur im Lokal anwesend, weil sie von einem bevorstehenden Überfall erfahren hatten. Die tödliche Kugel hat das Kaliber 6,35 mm, ist also keine Polizeikugel, wenigstens keine übliche.

Rechtsanwalt, Stahlsägen, Gefangenenbefreiung?

Der Berliner Rechtsanwalt Georg Meyer wurde am Donnerstag verhaftet, nachdem er vormittags aus einer Gerichtsverhandlung heraus festgenommen und in seinem Büro eine Haussuchung unternommen worden war. Die Anschuldigung gegen Meyer geht auf Begünstigung und versuchte Gefangenenbefreiung. Unter anderem soll er einem Komplex des Einbrecherkönigs Marggraf eine Stahlsäge und Sägeblätter ins Untersuchungsgefängnis hineinge schmuggelt haben. Meyer bestreitet, sich schuldig gemacht zu haben.

Auch am Donnerstag fanden wieder einige Ladenplünderungen, vornehmlich in Buttergeschäften, statt. Die jungen Menschen erbeuteten in der üblichen Weise kleinere Geldbeträge. In einem Falle führten sich die Täter ein unter dem Ruf: „Wir kommen vom Wohlfahrtsamt!“

Braunschweig

Gegen Rechtsnot und Sonderjustiz!

Oeffentliche Versammlung am Dienstag, dem 31. Januar, 20.15 Uhr, im großen Saal des „Sächsischen Hof“, Gördelinger Straße.

Redner: Erich Lewinski (Kassel)

Eintritt 20 Pf. Jugend und Erwerbslose 10 Pf.

IHV, ISK, KPD-O, SAP.

Deutsche Friedensgesellschaft, Bez. West.

Montag, 30. Januar 1933, um 20.15 Uhr, im Lokal Patzenhofer, Grotmanstraße 20, Ecke Pestalozzistraße, Nähe Savignyplatz, spricht Dr. Richard Klein in einer Mitgliederversammlung mit Gästen über das Thema: Morgen wieder Krieg.

Herr Braun am Ende seines Lateins.

Der Reichsernährungsminister im Haushaltsausschuß des Reichstages.

b. Im Haushaltsausschuß des Reichstags sprach der Reichsernährungsminister Braun am Donnerstag über handels- und wirtschaftspolitische Fragen. In der Aussprache war der Wunsch geäußert worden, daß endlich einmal ein klares Bild von dem wirtschaftspolitischen Kurs der Reichsregierung gegeben werde. Brauns Rede brachte jedoch nichts Neues; die Herren da oben sind oben mit ihrem Wirtschaftslatein am Ende.

Außenhandelspolitik, „wie sie schrecklicher nicht ging“.

Die Handelspolitik zu Gunsten der Handvoll deutscher Junker im Osten versuchte Braun damit zu rechtfertigen, daß die auf den verschiedensten Gebieten festzustellende Uebererzeugung in der Welt die Lage außerordentlich verschärft und vielfach Gegenmaßnahmen veranlaßt habe. Seit dem 1. Dezember seien in neun Ländern neue Einfuhrverbote erlassen und in sieben Staaten neue Einfuhrmonopole errichtet worden. In 21 Staaten sei die Kontingentierung der Einfuhr neu eingeführt oder erweitert worden. Zehn Länder hätten neuen Verwendungsschutz für inländische Erzeugnisse eingeführt, und in 53 Ländern seien neue Zölle oder Zollerhöhungen zu verzeichnen. In 16 Ländern sei eine Entwertung der Währung eingetreten, wodurch die deutsche Ausfuhr aufs schwerste betroffen worden sei. Auch das Ergebnis der Konferenz von Ottawa wirke, wie der Minister hervorhob, nicht nur direkt auf die betroffenen Länder, sondern auch indirekt auf Deutschland dadurch, daß diese Länder, denen die Einfuhr nach England erschwert werde, ihre Waren auf den deutschen Markt zu werfen suchen, zum Teil zu Preisen, die weit unter den eigenen Gestehungspreisen liegen. Alle diese Dinge hätten zu einer Absperrung der Länder gegen einander geführt, wie sie schrecklicher nicht erfolgen konnte.

Wenn gefragt worden ist, so fuhr der Minister fort, ob die Maßnahmen, die wir zum Schutze der Landwirtschaft getroffen haben und treffen werden, als Dauermaßnahmen anzusehen sind, so möchte ich feststellen: Auch wir sehnen den Tag herbei, an dem ein Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage und damit wieder gesunde Preisverhältnisse in der Weltwirtschaft erreicht sein werden, um diese Maß-

Noch ein Abtrünniger.

Hauptgoldproduktionsland ohne Goldwährung.

Südafrika, das Land, aus dem die Hälfte der jährlichen Goldproduktion der Erde stammt, ist um die Jahreswende von der Goldwährung abgegangen. Inzwischen hat sich das südafrikanische Pfund so stark entwertet, daß es jetzt auf einer Stufe mit dem englischen Pfund steht (erstmalig am 20. Januar).

Gerade weil es sich um das Hauptgoldproduktionsland handelt, lohnt es wohl, die ziemlich plötzliche Abkehr von der Goldwährung, die man aus der Entfernung zum Teil nur schwer deuten konnte, auf Grund der jetzt vorliegenden Nachrichten aus Südafrika zusammenfassend darzustellen.

Was ging Ende 1932 in Südafrika vor?

1. Die Tatsachen.

Das plötzliche Erscheinen des Richters Tielman Roos auf dem politischen Kampfplatz mit dem Schlachtruf „Entwertung der Währung“ hatte politisch eine *Kabinettskrise*, wirtschaftlich eine *Panik auf dem Geldmarkt* zur Folge. Die Lage wurde dadurch besonders verschärft, daß die meisten Mitglieder des Kabinetts Hertzog ihren Weihnachtsurlaub angetreten hatten und daß bei den großen Entfernungen im Land mehrere Tage vergingen, bevor das Kabinett zusammentreten und zu den Ereignissen Stellung nehmen konnte. Roos hatte angedeutet, daß er eine Koalition mit General Smuts eingehen möchte, dessen Partei schon immer die Aufgabe der Goldwährung gefordert hatte. Smuts aber war gleichfalls zunächst nicht erreichbar, und es dauerte fast eine Woche, bis er zu dem Programm von Tielman Roos Stellung nahm.

Diese Zeit der Ungewißheit benutzte die berufsmäßige Spekulation, aber auch die Masse des Publikums, in der Annahme, daß Roos und Smuts gemeinsam die Hertzog-Regierung stürzen und daß dann die Anhänger der Pfundentwertung ans Ruder gelangen würden, zur Ueberweisung aller verfügbaren Gelder nach Uebersee, insbesondere England. Man hoffte, nach Aufgabe der Goldwährung diese Gelder mit etwa 30 Prozent Gewinn wieder zurückholen zu können.

Insgesamt sind vom 22. bis 24. Dezember zwischen 2 und 3 Millionen Pfund (40—60 Millionen Mark) aus der Südafrikanischen Union nach England überwiesen worden.

Als die Banken die Nachfrage nach Devisen nicht mehr befriedigen konnten, kamen sie überein, die Devisenabgabe Beschränkungen zu unterwerfen. Darauf setzte sofort ein Ansturm auf die Reservebank (Staatsbank) ein, die mit Anträgen auf Einwechslung von Noten in Gold uberschwenmt wurde. Der Mittagsbankschlu am 24. und die Feiertage vom 25. bis 27. Dezember kamen den Banken zu Hilfe. Der Ansturm auf die Schalter war so stark, daß ein Schalterschlu sonst kaum hätte vermieden werden können.

Am 25. Dezember fand die erste Kabinettsitzung statt. An den folgenden Tagen beriet sich Finanzminister Havenga mit den Bankleitern und am 28. Dezember, dem Tage der Wiedereröffnung der Banken, wurde bekanntgegeben, daß die Regierung sich auf Anraten der Banken zur Vermeidung einer Krise von *Riesenausmaen* entschlossen habe, die Reservebank von der Verpflichtung zur Einlösung der Banknoten in Gold zu befreien und daß in Zukunft Banknoten gesetzliches Zahlungsmittel seien.

Eine Sonderausgabe des Regierungsanzeigers vom 28. Dezember brachte die Bekanntmachung. Gleichzeitig führten die Banken auf Grund einer zwischen ihnen getroffenen Vereinbarung eine scharfe Beschränkung der Devisenabgabe durch. Da das Ausland auf die Nachricht von der Aufhebung der Goldeinlosungspflicht zunächst mit der Einstellung von Ankufen südafrikanischer Devisen und Noten antwortete, stellten auch die südafrikanischen Banken und die Postverwaltung vorübergehend die Ueberweisungen nach dem Ausland völlig ein. Am 30. Dezember wurde der Devisenverkehr in beschränktem Umfang (bis 100 Pfund pro Person) wieder aufgenommen, und zwar zu einem nur noch 10 Prozent über dem englischen Pfund liegenden Kurse. Das südafrikanische Pfund war damit seit Aufgabe der Goldwährung um 21 Prozent entwertet.

2. Vom Zweifel zur Gewißheit.

Die Ansichten über die Bedeutung der Aufhebung der Goldeinlosungspflicht waren anfänglich geteilt. Während in einem Teil der Presse erklärt wurde, die Union habe die *Goldwährung endgültig verlassen*, vertrat eine Reihe von Fachleuten die Ansicht, daß die Union zu einer *Goldkernwahrung* übergegangen sei, daß sie also im internationalen Ueberweisungsverkehr noch auf dem Goldstandard sei. Finanzminister Havenga machte dieser Ungewißheit durch eine in der Morgenpresse vom 30. Dezember veröffentlichte Erklärung ein Ende. In dieser Erklärung heißt es, daß die Unionsregierung den gleichen Schritt getan habe wie Großbritannien am 21. September 1931. Die Union habe die Goldwährung ganz aufgegeben; Gold, gemünzt oder ungemunzt, sei weder bei der Reservebank, noch bei einer anderen Bank erhältlich; die Regierung habe keinerlei Maßnahmen zur Regulierung der Devisenkurse getroffen; sie habe auch keine Schritte zur Kontrolle der Goldproduktion getan, um etwa die Devisenkurse zu beeinflussen. Der Chamber of Mines (Goldbergwerkskammer) — deren den Ankauf von Gold betreffenden Abkommen mit der Reservebank durch Aufgabe der Goldwährung automatisch beendet wurde — stehe es frei, Gold da zu verkaufen, wo es für die Produzenten am günstigsten sei. Die Regierung habe im Augenblick nicht die Absicht, den Pfundkurs in irgendeiner Weise zu beeinflussen, die Banken hätten völlig freie Hand. Die zukünftige Währungspolitik der Union werde von dem Parlament festgelegt werden müssen.

Nachdem durch diese offizielle Erklärung alle Zweifel über beseitigt waren, daß die Union völlig von der Goldwährung abgegangen ist, wurde der Ueberweisungsverkehr nach dem Auslande, wenn auch anfänglich in sehr beschränktem Umfang, wieder aufgenommen. Es waren zunächst nur Devisen auf London erhältlich. Die Banken gaben diese weiterhin zu einem 10 Prozent unter dem afrikanischen Pfund liegenden Kurse ab. Gleichzeitig wurde aber betont, daß es sich nur um einen *provisorischen* Kurs handle, daß der wahre Wert des südafrikanischen Pfundes auf dem internationalen Geldmarkt erst noch ermittelt werden müsse. Die Devisenabgabe unterliegt Beschränkungen, deren Art die Banken von

Zeit zu Zeit durch Vereinbarung regeln. Jeder Antrag auf Devisenzuteilung wird zur Zeit von den Banken daraufhin geprüft, ob es sich nicht um Spekulationszwecke handelt.

3. Erste Wirkungen.

Die Johannesburgser Burse antwortete auf die Nachricht von der Aufgabe der Goldwährung mit einer

Hausse in Goldaktien. Die Anteile einzelner Gesellschaften stiegen um mehrere hundert Prozent.

Die Ursache hierfür bildet die Annahme, daß der steigende Goldpreis den Bergwerken erheblich größere Gewinne bringen werde und daß insbesondere Gruben, deren Erz einen so geringen Goldgehalt hat, daß ein rentabler Abbau bisher nicht möglich war, in Zukunft wieder gewinnbringend abgebaut werden können.

In Handelskreisen herrschte zunächst teilweise eine panikartige Stimmung, die in

Preiserhöhungen

für alle möglichen Artikel, sogar für Erzeugnisse der Union selber, ihren Ausdruck fand. Preise für eingeführte Erzeugnisse sind zum Teil bereits um mehr als 20 Prozent gestiegen, doch ist die Preissteigerung bisher nicht allgemein.

Zweifellos sind durch das Abgehen von der Goldwährung die **Ausfuhrindustrien der Südafrikanischen Union konkurrenzfähiger**

geworden. Einen besonderen Vorteil werden bis auf weiteres die Goldminen haben, die bei den alten oder nahezu den alten Produktionskosten höhere Erlöse für das verkaufte Gold haben werden. — alles in afrikanischen Papierpfunden gerechnet.

Belastet werden insbesondere die Arbeiter.

deren Löhne nicht entsprechend der Preiserhöhung heraufgesetzt werden.

Der Schritt der südafrikanischen Regierung ist nicht ohne Eindruck auf diejenigen Länder geblieben, die an der Goldwährung noch festhalten. Insbesondere in den USA hat sich die Propaganda für Wahrungsexperimente verstärkt. Zu allen Forderungen in dieser Richtung ist zu sagen: Gewiß, Währungsreformen könnten auch zu Gunsten der Arbeiter vorgenommen werden. Diejenigen Währungsreformen, die wir von kapitalistischen Regierungen zu erwarten haben, werden aber sämtlich dazu gemacht, Kapitalisten besondere Vorteile zuzuschancen oder aber drohende Nachteile von ihnen abzuwehren. Die Arbeiterschaft hat daher keinerlei Interesse, sich für solche kapitalistischen Wahrungsmanover einzusetzen. Rpt.

Katastrophenziffern aus den USA.

Die Produktion von Fertigstahl ist während der letztvergangenen vier Jahre folgendermaßen zurückgegangen:

1929	40 590 000 Tonnen
1930	29 190 000 Tonnen
1931	18 980 000 Tonnen
1932	9 950 000 Tonnen

Die Ausnutzung der vollen Leistungsfähigkeit der Betriebe ist von 87,5 Prozent im Jahre 1929 auf 19,5 Prozent im Jahre 1932 gesunken.

Ein ähnliches Bild ergibt die Roheisenproduktion, die von 42,5 Millionen Tonnen im Jahre 1929 auf 8,75 Millionen Tonnen im Jahre 1932 gefallen ist. Die Roheisenproduktion dieses Jahres war nur wenig höher als die des Jahres 1896, die 8,3 Millionen Tonnen erreichte. Auch damals lag die Produktion unter einer vorhergegangenen Rekordproduktion: 1895 hatte die Produktion 9,2 Millionen Tonnen betragen. Mit dem Rückgang auf 8,3 Millionen Tonnen im Jahre 1896 vergleiche man den Rückgang in der gegenwärtigen Krisenzeit! 1932 betrug die Produktion nur 20 Prozent der Rekordproduktion von 1929!

Die Ziffern über den Produktionsrückgang lassen es glaubhaft erscheinen, daß die Gesamtverluste der amerikanischen Stahlindustrie im Jahre 1932 rund 200 Millionen Dollar betragen.

. . . aus Großbritannien.

Die Zahl der in Großbritannien amtlich registrierten Erwerbslosen war im Jahre 1932 durchschnittlich 2,5 Millionen. 1932 haben sich insgesamt 5 750 000 Personen während irgend einer Zeit als arbeitslos gemeldet. Das heißt:

Fast die Hälfte der versicherten Arbeiter (genau: 46 Prozent) waren während des Jahres 1932 längere oder kürzere Zeit erwerbslos.

Im Januar 1932 hatten 337 500 Personen, 13,8 Prozent derer, die Antrag auf Erwerbslosenunterstützung stellten, ein Jahr oder länger keine Arbeit. Im Dezember betrug ihre Zahl 462 000, und sie machten 19,1 Prozent aller registrierten Erwerbslosen aus.

Das englische Arbeitsministerium schätzt den durchschnittlichen Rückgang der Geldlöhne während des Jahres 1932 auf 2 Prozent. Wenn die Löhne stärker gesenkt worden wären, so wäre zweifellos die Arbeitslosigkeit noch stärker gestiegen; so stieg sie „nur“ von 2 510 000 im Dezember 1931 auf 2 723 000 im Dezember 1932. H. H.

Neue Scheidemünzen?

Hier sind noch Munzgewinne zu machen, Herr Reichsfinanzminister!

Nach der Notverordnung vom Juli 1931 beträgt die Höchstgrenze für den Scheidemunzenumlauf in Deutschland — unter Zugrundelegung einer Bevölkerungszahl von 65 Millionen — 1,95 Milliarden Mark. Am 31. Dezember 1932 betrug die Gesamtauspragung rund 1,68 Milliarden Mark. Es besteht also juristisch die Möglichkeit, noch Münzen für rund 270 Millionen Mark auszuprägen. Die ausgeprägten Münzen im Betrage von 1,68 Milliarden Mark befinden sich nicht alle im Verkehr. Ende 1932 hatte die Reichsbank einen Scheidemunzenbestand von 177 Millionen Mark aufzuweisen, Ende der ersten Januar-Woche von 241 Millionen Mark. Zur Zeit besteht also wenig Aussicht, außer diesen Beständen auch noch die zu prägenden 270 Millionen Mark in den Verkehr zu pressen.

Das Reichsfinanzministerium hat aber großes Interesse daran, die gesetzlichen Möglichkeiten zur Herausgabe von Scheidemünzen voll auszunutzen. Es verdient nämlich an jeder Silbermünze fast 90 Prozent des Nennwertes (bei einem Funfmark-Stück also rund 4,50 Mark). Der Munzgewinn des Reichs von 1924 bis heute wird auf 1,1 Milliarden Mark geschätzt. Bei dem Stand der deutschen Reichsfinanzen ist es verständlich, daß das Reichsfinanzministerium darnach sucht, den Munzgewinn zu vergrößern.

Zur Zeit wird folgender Plan erwogen: Das Publikum beklagt sich über die schweren unhandlichen Funfmark-Stücke. Wie wäre es also, wenn man den Wünschen des Publikums entgegenkäme durch die Prägung von leichteren, kleineren Münzen, die man noch minderwertiger macht, an denen man also noch mehr verdient, als an den bisherigen? Das Publikum ist vielleicht über die Befriedigung seiner Wünsche so beglückt, daß es — ungeschadet der größeren Minderwertigkeit — bereit ist, noch mehr Scheidemünzen in seine Geldbuntel zu stecken als heute. Zur Zeit besteht das Metall der „Silber“-Münzen zu 50 Teilen aus Silber und zu 50 Teilen aus Kupfer. Nun wird erwogen, die Metallzusammensetzung zu ändern und die Silber-Kupfer-Legierung durch Nickel zu ersetzen und ein an Umfang und Gewicht verkleinertes Funfmark-Stück zu prägen. Zur Vermeidung von Verwechslungen würden dann die Dreimark-Stücke eingezogen und durch vermehrte Ausprägungen von Ein- und Zweimark-Stücken ersetzt werden.

Was würde das Reich dabei gewinnen? Die Aussicht, die gesetzlich zulässige Scheidemünzen-Menge im Betrage von 1,95 Milliarden Mark in den Verkehr zu pressen, würde — wie schon erwähnt — vergrößert. Ferner könnte die Reichskasse bei Ersetzung der Silber- durch Nickelmünzen, auch nach Abzug der Pragekosten für die neuen Münzen — erhebliche Gewinne einstreichen. Die Kosten für die erforderliche Nickelmenge werden auf etwa 10 Millionen Mark geschätzt. In den heute ausgeprägten Silbermünzen sind 3,75 Millionen Kilo Silber enthalten, die zur Zeit einen Silberwert von rund 130 Millionen Mark haben.

Roh gerechnet ergibt sich ein Gewinn von 120 Millionen Mark.

Bei einer genauen Berechnung des Gewinns müßte man noch die Kosten für das Einschmelzen der alten Münzen, das Scheiden des Silbers vom Kupfer und ferner das Ausprägen der Nickelmünzen berücksichtigen. Interessant ist übrigens, daß

das Reich infolge des Preisfalls auf dem Silbermarkt an dem für die Münzen eingekauften Silber rund 130 Millionen Mark (50 Prozent des Einkaufspreises) verloren hat, wenn es das Silber zum heutigen Preis verkauft.

Das Reich ist also ein betrogener Betrüger.

Betrogen sind alle die Konsumenten, die an vollwertige Silbermünzen glauben und nicht wissen, daß in Deutschland mit Silbergeld schon seit langem in kleine Inflation zu Gunsten der Staatskasse gemacht wird. Betrogen ist im Grunde aber auch das Reich: Wenn es ihm nicht auf die Täuschung der Konsumenten angekommen wäre, so hätte es von vornherein billigeres Material als Silber für seine Münzen nehmen können; weil es um jener Täuschung willen zunächst das teure Silber genommen hat, setzt es nun beim Wiederverkauf des Silbers zu. — Daß es trotzdem an den Wiederverkauf denkt — durch den der Silberpreis natürlich noch weitergedruckt wird — zeigt, in welcher Finanznot es ist. Bey.

Lehrreiche Überraschung.

Der erste deutsche Grobankabschlu.

Die Berliner Handelsgesellschaft veröffentlicht ihren Jahresabschluß so früh wie noch nie. Sie weist einen gegenüber dem Vorjahr von 1,5 auf 2,1 Millionen Mark erhöhten Gewinn aus und verteilt 5 statt 4 Prozent Dividende auf ihr Kapital von 28 Millionen Mark. Eine doppelte Ueberraschung!

Sie vergrößert in der Wertschätzung des Publikums sicherlich den Abstand gegenüber den anderen Großbanken, bei denen an eine Ausschuttung von Dividenden überhaupt nicht zu denken ist und die noch besondere Stutzungsinstitute in Anspruch nehmen müssen, damit ihre Bilanzen nicht allzu katastrophal aussehen.

Das gute Geschäftsergebnis bei der Berliner Handelsgesellschaft wurde erzielt trotz einer Umsatzschrumpfung von 20,4 Milliarden Mark im Jahr 1931 auf 9,5 Milliarden Mark im Jahr 1932 (verursacht insbesondere durch Rückgang des Devisengeschäfte); es wurde vor allem erzielt, weil die Berliner Handelsgesellschaft ein *übersichtliches Bankunternehmen*, ohne Filialen, mit *tachtiger Geschäftsführung* ist. Sollte man daraus nicht lernen? — Manche werden sagen: Ja, die Berliner Handelsgesellschaft hat eine besonders einträgliche Kundschaft. Wir fragen zurück: *Warum* hat sie eine solche einträgliche Kundschaft?

Die Lehre daraus, daß die Mammutbanken mit ihrer Bürokratie und ihren Ober- und Unterfilialen heute in Deutschland nur dank vielfältiger staatlicher Krücken, Bandagen, Um- und Verhullungen überhaupt noch stehen und, wenn auch nicht *angesehen sind*, so doch *angesehen werden*, — und daß die Berliner Handelsgesellschaft all diese Hilfen nicht braucht, daß sie stolz Anteile an jenen Banken-Hilfsinstituten besitzt, ohne sie in Anspruch zu nehmen, daß sie ihre Dividende erhöht, während andere ihre Verluste kaum verstecken können. — Die Lehre daraus wollen wir uns nicht verdunkeln lassen. Sie ist wichtig für den Umbau der kapitalistischen in eine sozialistische Marktwirtschaft. Rpt.